



*Masterplan 100 % Klimaschutz
für den Großraum Braunschweig*

BÜRGERGUTACHTEN

INHALT

Vorwort - 3

Zusammenfassung - 4

1 Einführung zum Bürgergutachten: Verfahren, Programm und Teilnehmerkreis - 6

1.1 Was ist ein Bürgergutachten? - 6

1.2 Anlass des Bürgergutachtens „Masterplan 100 % Klimaschutz“ im Großraum Braunschweig - 7

1.3 Auswahl und Einladung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer - 7

1.4 Organisation und Ablauf des Bürgergutachtens - 8

1.5 Zusammensetzung der Bürgergruppen - 12

2 Ergebnisse - 18

2.1 Klimaschonend mobil - 18

2.2 Klimafreundlich leben - 25

2.2.1 Schwerpunkt: Energiesparen im Alltag - 25

2.2.2 Schwerpunkt: Ernährung und Konsum - 28

2.3 Erneuerbare Energien nutzen - 33

2.4 Klimaschutz gemeinsam gestalten - 44

3 Bewertung des Bürgergutachtens durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer - 46

4 Ausblick - 51

5 Quellenverzeichnis - 52

Anhang: - 53

Abbildungsverzeichnis - 80

Tabellenverzeichnis - 82

Impressum - 83



Detlef Tanke



Manuela Hahn

VORWORT

Das Bürgergutachten als Baustein im Beteiligungsprozess

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

mit dem Bürgergutachten zum Thema Klimaschutz haben wir Neuland beschritten. Erstmals haben Bürgerinnen und Bürger ihre Ideen und Vorstellungen über die künftige Entwicklung der Region im Bereich Klimaschutz diskutiert und festgehalten.

Hintergrund ist der „Masterplan 100 % Klimaschutz für den Großraum Braunschweig“. Ziel ist es, den Weg zu einer klimafreundlichen Region aufzuzeigen: Bis zum Jahr 2050 sollen die Treibhausgasemissionen um 95 % und der Energieverbrauch um 50 % gegenüber 1990 gesenkt werden. Das Bürgergutachten ist ein wichtiger Baustein des breit angelegten Beteiligungsprozesses zum Masterplan und trägt dazu bei, Erfahrungen und Empfehlungen von Bürgerinnen und Bürgern aus der Region in den Masterplan einzubeziehen.

Insgesamt 77 Frauen und Männer haben im Februar 2017 in intensiver Diskussion Leitlinien formuliert, an denen sich die Regionalplanung und die Kommunalpolitik orientieren können. Dass sich diese ernsthaft mit den Empfehlungen auseinandersetzen und Rückmeldung zur Umsetzung geben, ist ein besonderes Anliegen der „Bürger-Botschafter“. Denn: Klimaschutz ist mehr als der Erhalt unserer Umwelt, Lebensqualität und unseres Wohlstandes. Er lebt vom alltäglichen Mitwirken jedes Einzelnen und den vielen kleinen Schritten in Familie, Beruf und Freizeit. Gleichzeitig ist er von den komplexen Entscheidungen in Kommunalgremien, im Landtag, im Bundestag oder in internationalen Klimakonferenzen abhängig.

Einige Teilnehmende werden den weiteren Prozess in einem Bürgerbeirat aktiv begleiten. Dieses Gremium soll dazu beitragen, dass die Ergebnisse des Bürgergutachtens im Masterplan berücksichtigt werden und Einschätzungen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich in die Umsetzung einfließen.

Unser Dank gilt den Bürgerinnen und Bürgern, die sich mit großem Engagement dieser Aufgabe gewidmet haben. Unser Respekt gilt ihrem Engagement, sich in den Dienst der Entwicklung unserer Region zu stellen.

Detlef Tanke
Verbandsvorsitzender

Manuela Hahn
Erste Verbandsrätin

Zusammenfassung

An zwei Wochenenden im Februar 2017 kamen 77 Bürgerinnen und Bürger aus der Region Braunschweig zusammen, um in vier Bürgergruppen das Bürgergutachten zum Masterplan 100 % Klimaschutz im Großraum Braunschweig zu erarbeiten. Ziel des Masterplans ist es, den Weg hin zu einer klimafreundlichen Region aufzuzeigen: Bis zum Jahr 2050 sollen die Treibhausgasemissionen um 95 % und der Energieverbrauch um 50 % gegenüber 1990 gesenkt werden. Das Bürgergutachten ist ein wichtiger Baustein des breit angelegten Beteiligungsprozesses zum Masterplan und trägt dazu bei, Erfahrungen und Empfehlungen von Bürgerinnen und Bürgern aus der Region in den Masterplan einzubeziehen. Die Teilnehmenden wurden in einem Zufallsverfahren durch die Ziehung aus den Einwohnermelderegistern regionsangehöriger Städte und Gemeinden ausgewählt. Ihre Aufgabe war es, nach grundlegenden Informationen von Fachleuten Handlungsempfehlungen für die Bereiche Mobilität, nachhaltiger, klimafreundlicher Lebensstil und erneuerbare Energien zu formulieren und Erfolgsfaktoren für gemeinsamen Klimaschutz zu identifizieren. Die wichtigsten Aussagen des Bürgergutachtens sind im Folgenden zusammengefasst.

Klimaschonend mobil

Um eine klimaschonende Mobilität 2050 zu erreichen, ist nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und –gutachter ein Mix von Maßnahmen aus den Bereichen der Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und technischen Optimierung von Fahrzeugen und Infrastruktur zu verfolgen.

Hohe Priorität hat nach Auffassung vieler Teilnehmender die Stärkung klimafreundlicher Verkehrsmittel. Dies sollte laut ihrer Einschätzungen allen voran durch eine bedarfsgerechte und attraktive Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) erfolgen. Als weiteren Beitrag für eine klimafreundliche Mobilität empfehlen die Bürgergutachterinnen und –gutachter die Fahrrad- und Fußgängerfreundlichkeit zu erhöhen. Um den Verkehr insgesamt zu reduzieren, empfehlen sie kurze Wege zwischen Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Freizeit zu fördern, den Verkehr durch eine bessere Vernetzung und intelligente Steuerung effizienter zu machen und stärker auf neue Mobilitätsmodelle wie Carsharing oder klimafreundliche Lieferdienste zu setzen. Auch von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Förderung kraftfahrzeugfreier oder -reduzierter Bereiche sollte nach Ansicht der Teilnehmenden in Zukunft häufiger Gebrauch gemacht werden. Insbesondere in Richtung Politik und Industrie richten sich ihre Forderungen die Elektromobilität zu fördern, effiziente und bedarfsgerechte Fahrzeuge zu entwickeln sowie klimafreundliche Treibstoffe zu nutzen. Darüber hinaus sehen die Gutachterinnen und Gutachter in der Sensibilisierung und der Schaffung finanzieller Anreize für

klimaschonendes Mobilitätsverhalten notwendige Maßnahmen, um die Mobilität in Zukunft klimafreundlicher zu gestalten.

> Details siehe Kapitel 2.1

Klimafreundlich leben

Energiesparen im Alltag

Die Bürgergutachterinnen und –gutachter waren sich größtenteils einig, dass die Änderung des eigenen Verbrauchsverhaltens einen zentralen Ansatzpunkt zum Energiesparen im Haushalt darstellt. Verhaltensänderungen sollten ihrer Ansicht nach durch zwei zentrale Strategien unterstützt werden:

Zum einen haben die Teilnehmenden Empfehlungen ausgesprochen, die auf der Angebotsseite ansetzen und Anlagen und Geräte in den Blick nehmen. Viele von ihnen sprechen sich für die Weiterentwicklung klimaschonender Technik und intelligenter Steuerung, die einheitliche Kennzeichnung der Energieeffizienz und die Verschärfung gesetzlicher Vorgaben aus.

Zum anderen wurden viele Anregungen entwickelt, die auf die Sensibilisierung und Information der Verbraucher abzielen. Öffentlichkeitsarbeit sowie Informations- und Beratungsangebote sollten aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger weiter ausgebaut werden. Daneben empfehlen sie, Energiesparen im Bildungsbereich zu verankern und vermehrt finanzielle Anreize für energiebewusstes Verhalten zu setzen.

> Details siehe Kapitel 2.2.1

Ernährung und Konsum

Für den Bereich des klimafreundlichen Konsums sehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer jeden Einzelnen in der Pflicht und fordern zu einer Änderung des persönlichen Konsumverhaltens auf, z.B. durch eine Reduktion des Fleischkonsums oder den Kauf regionaler und saisonaler Produkte. Darüber hinaus empfehlen sie die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen, um dem Konsumenten einen klimabewussten Einkauf zu ermöglichen. Neben der Beachtung der Klimafreundlichkeit bei Herstellung und Handel von Lebensmitteln, gilt es nach Ansicht der Bürgerinnen und Bürger Verpackungsmüll zu reduzieren, transparente Produktkennzeichnung einzuführen und klimafreundliche Produkte herzustellen. Für ebenso wichtig erachten sie aber auch die Ausweitung von Bildungsangeboten und Verbraucherinformation, um für einen klimafreundlichen Lebensstil zu sensibilisieren.

> Details siehe Kapitel 2.2.2

Erneuerbare Energien

Im Rahmen eines Planspiels haben die Teilnehmenden in 20 Kleingruppen Modelle entwickelt, wie der Energiebedarf im Jahr 2050 durch eine Nutzung verschiedener erneuerbarer Energien gedeckt werden kann. Die erarbeiteten Vorschläge berücksichtigen den Flächenbedarf der verschiedenen erneuerbaren Energien und fallen sehr unterschiedlich aus. Es sind jedoch auch einige

Gemeinsamkeiten und Schwerpunkte erkennbar. So setzen die meisten Gruppen auf eine Kombination der Nutzung vieler verschiedener Energieträger. In der Gesamtschau zeigt sich, dass die Mehrzahl der Gruppen deutliche Schwerpunkte im Ausbau der Nutzung der Solarenergie auf bestehenden Dachflächen setzt (Photovoltaik und Solarthermie) und in unterschiedlichem Umfang auch einen Ausbau der Nutzung der Windenergie vorsieht. Die Nutzung von Biomasse aus Reststoffen und Holz wird von vielen Gruppen als wichtiger Baustein der Energieversorgung gesehen. Bezüglich Photovoltaik auf Freiflächen und der Nutzung von Biomasse aus nachwachsenden Rohstoffen für die Energieversorgung sind die meisten Gruppen sehr zurückhaltend.

> Details siehe Kapitel 2.3

Erfolgsfaktoren für einen gemeinsamen Klimaschutz

Die Bürgergutachterinnen und –gutachter haben eine Reihe von Erfolgsfaktoren für eine erfolgreiche regionale Zusammenarbeit für den Klimaschutz herausgearbeitet. Als wichtige Voraussetzung sehen sie die Schaffung vielfältiger, zielgruppengerechter Bildungs-, Informations- und Beratungsangebote. Eng damit verknüpft ist die Empfehlung, die Öffentlichkeitsarbeit für Klimaschutzprojekte auszubauen und vielfältige Mitsprache- und Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten. Für sehr wichtig erachten die Teilnehmenden es auch, ein Bewusstsein für regionale Verantwortung und regionale Handlungsmöglichkeiten für den Klimaschutz zu schaffen. Angesichts der Tatsache, dass Klima-

schutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt, weisen sie darauf hin, dass die Vernetzung von Akteuren und die Bündelung von Aktivitäten entscheidend für den Erfolg der Klimaschutzbemühungen sind. Schließlich sehen die Bürgerinnen und Bürger auch in der Schaffung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für einen klimafreundlichen Lebensstil und in der Unterstützung klimafreundlichen Handelns durch finanzielle Anreize wesentliche Faktoren für den Erfolg der Klimaschutzbemühungen.

> Details siehe Kapitel 2.4

Bewertung des Bürgergutachtens und Ausblick

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben das Bürgergutachten als besondere Form der Beteiligung positiv bewertet: Ihrer Ansicht nach hat es Bürgerinnen und Bürgern eine gute Gelegenheit geboten, sich in den Masterplanprozess einzubringen, und die Zusammenarbeit und Entscheidungsfindung in den Bürgergruppen wurde als sehr konstruktiv wahrgenommen.

Im Bürgerbeirat begleiten einige der Teilnehmenden den weiteren Masterplanprozess. Dieses Gremium soll dazu beitragen, dass die Ergebnisse des Bürgergutachtens im Masterplan berücksichtigt werden und Einschätzungen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern kontinuierlich in die Umsetzung des Masterplans einfließen.

1 Einführung zum Bürgergutachten: Verfahren, Programm und Teilnehmerkreis

1.1 Was ist ein Bürgergutachten?

Das **Verfahrensmodell Bürgergutachten**, auch als „Planungszelle“ bezeichnet, wurde vor über vierzig Jahren von dem Wuppertaler Professor Peter C. Dienel (*1923 – 2006) entwickelt. Dem Modell liegt der Gedanke zu Grunde, dass Bürgerinnen und Bürger in die Rolle von sachkundigen Beraterinnen und Beratern versetzt werden und ihre Meinung konstruktiv in politische Entscheidungsprozesse einbringen können. Sie werden über ein konkretes Problem umfassend informiert und arbeiten auf dieser Grundlage Einschätzungen und Empfehlungen zu realitätsnahen Maßnahmen aus, basierend auf ihren Erfahrungen und ihrem Wissen.

Das **Besondere dieser Form der Bürgerbeteiligung** im Vergleich zu anderen Beteiligungsformaten ist, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer per Zufallsverfahren ausgewählt werden. Die Teilnehmenden werden auf mehrere Bürgergruppen aufgeteilt. Jede einzelne Bürgergruppe besteht in der Regel aus 20 bis 25 Personen. Über mehrere Tage verteilt und innerhalb eines fest vorgegebenen Programms erarbeiten die Gutachterinnen und Gutachter Lösungsvorschläge zu vorgegebenen Fragestellungen. Die Arbeit in den Bürgergruppen besteht dabei aus einem Wechsel von fachlichen Informationen durch Expertenvorträge, dem Ausfüllen von Fragebögen, Diskussionen in Kleingruppen und im Plenum sowie Bewertungsphasen. Unterstützt werden die Teilnehmenden von einem Moderationsteam und Fachleuten. Die Ergebnisse und Empfehlungen werden schließlich dokumentiert und in Form eines Bürgergutachtens veröffentlicht.

Zentrale Merkmale der Methode sind:

- **Zufallsauswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer**
Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden in einem **Zufallsverfahren** ausgewählt. Als Grundlage dafür dient das Einwohnermelderegister. Somit soll sichergestellt werden, dass die Teilnehmerauswahl repräsentativ die Zusammensetzung der Bevölkerung widerspiegelt. Jede Person in einer zuvor festgelegten Altersspanne (in der Regel ab 16 Jahren), die im festgelegten Einzugsbereich wohnt, hat demnach die gleiche Chance zu einer Bürgergruppe eingeladen zu werden. Neben einer für den Planungsraum möglichst repräsentativen Durchmischung der Bürgergruppe bezüglich Alter, Wohnort, Migrationshintergrund etc. erhöht die zufällige Auswahl gleichzeitig auch die Chance, dass Personen in den Prozess eingebunden

werden, die durch andere Beteiligungsformate nicht erreicht werden könnten.

- **Vergütung der Teilnahme**
Um allen Ausgewählten die Teilnahme zu ermöglichen, erhalten sie eine **Aufwandsentschädigung** zum Ausgleich entstehender Kosten, z.B. für die Anreise, sowie als Anerkennung und Dank für ihr Engagement. Sofern die Bürgergruppen an Wochentagen stattfinden, sollten die Teilnehmenden möglichst von ihren arbeitsalltäglichen Verpflichtungen freigestellt werden.
- **Gruppenprozess**
In den Bürgergruppen wird zu einem großen Teil in **Kleingruppen** gearbeitet (in der Regel vier bis fünf Personen), um das Gespräch zu erleichtern und intensive Diskussionen zu ermöglichen. Gerade Personen, die es nicht gewohnt sind, vor einem größeren Kreis von Menschen zu sprechen, fühlen sich in Kleingruppen wohler. Die Zusammensetzung der Kleingruppen wird für jede Gruppenarbeit geändert, damit möglichst viele Begegnungen stattfinden und sich keine Meinungsführerschaft einzelner Personen herausbildet. Sowohl die Aussagen des Plenums als auch der Kleingruppen sind somit Ergebnisse von Gruppenprozessen.
- **Prozessbegleitung und Unterstützung durch Fachleute**
Die Bürgergruppen werden bei der Durchführung durch eine **Prozessbegleitung** und durch Fachleute unterstützt. Die Prozessbegleitung umfasst die Tagungsleitung und Moderation sowie die gesamte Organisation vor und während der Bürgergruppen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden während der Durchführung von einem Zweierteam, das sich bei der Moderation der einzelnen Arbeitsphasen abwechselt, durch das Programm geleitet. Die Moderation wird für organisatorische Abläufe und die Dokumentation durch eine Assistenz unterstützt. Die Expertinnen und Experten geben Grundinformationen, die für die Bearbeitung des Themas und die Kleingruppenarbeit notwendig sind. Weder die Prozessbegleitung noch die Fachleute nehmen Einfluss auf die Diskussion oder die Bewertungsprozesse.
- **Vorgegebene Fragestellung und Programmstruktur**
Während des Bürgergutachtens arbeiten die Bürgergruppen an einer **vorgegebenen Fragestellung**. Die Fragestellung wird so festgelegt, dass sie in der verfügbaren Zeit bearbeitet werden kann. Zur Bearbeitung der Aufgabenstellung ist die Vermittlung von Informationen von zentraler Bedeutung. Die Informationen werden allgemeinverständlich aufbereitet und berücksichtigen verschiedene Sichtweisen des Sachverhalts. Als Informationsinputs dienen zum Beispiel Expertenvorträge, Ortsbesichtigungen sowie aufbereitetes Informationsmaterial. Im Anschluss an die Informationsvermittlung nehmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu den Sachverhalten Stellung und erarbeiten eigene Einschätzungen oder Empfehlungen.

▪ Dokumentation der Ergebnisse

Die Ergebnisse der Bürgergruppen werden in einem **Bürgergutachten** zusammengefasst. Dieses wird den politischen Entscheidungsträgerinnen und –trägern als Entscheidungshilfe zur Verfügung gestellt. Die Auswertung und schriftliche Zusammenfassung der erhobenen Daten erfolgt ebenso wie die Konzeption und praktische Durchführung der Bürgergruppen durch eine neutrale Stelle. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten ein persönliches Exemplar des Bürgergutachtens.

1.2 Anlass des Bürgergutachtens „Masterplan 100 % Klimaschutz“ im Großraum Braunschweig

Der Großraum Braunschweig ist als eine von 22 Kommunen ausgewählt worden, am **Modellvorhaben Masterplan 100 % Klimaschutz** im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) teilzunehmen. Der Masterplan knüpft an das Regionale Energie- und Klimaschutzkonzept für den Großraum Braunschweig (REnKCO2) an und wird gemeinsam mit Akteuren aus der Region erarbeitet.

Ziele des Masterplanes sind die Senkung des Energieverbrauches um mindestens 50 % und die Reduzierung der Treibhausgasemissionen um mindestens 95 % bis zum Jahr 2050 bezogen auf das Basisjahr 1990. Um diese Ziele zu erreichen, gilt es im Rahmen des Masterplanprozesses Multiplikatoren sowie die Bevölkerung für den Klimaschutz zu aktivieren. Der Masterplan soll dazu beitragen, organisatorische und institutionelle Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende in der Region zu schaffen, den Erfahrungsaustausch zu intensivieren sowie das Bewusstsein für das Thema zu verstärken. Dabei geht es darum, vorhandene Aktivitäten auf regionaler Ebene zu unterstützen und mit den Akteuren vor Ort gemeinsam eine regionale Handlungsstrategie zu entwickeln.

Einen besonderen Baustein des breit angelegten zivilgesellschaftlichen Beteiligungsprozesses zum Masterplan für den Großraum Braunschweig bildet das **Bürgergutachten**. Ziel ist es, Empfehlungen für die Bereiche Mobilität, Energiesparen, Ernährung und Konsum, erneuerbare Energien und Zusammenarbeit für den Klimaschutz aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger zu formulieren.

Für die Durchführung des Bürgergutachtens zum Masterplan 100 % Klimaschutz wurde eine Kurzform der Methode gewählt (Kurz-Planungszelle). Die Bürgergruppen kamen an zwei Tagen zusammen und arbeiteten schwerpunktmäßig an der Ausarbeitung von Empfehlungen. Auf ergänzende Programminhalte wie Exkursionen oder Politikerhearings wurde verzichtet. Die Abweichung von der Standarddauer eines Bürgergutachtens von vier Tagen wurde gewählt, um die Schwelle für eine Mitwirkung zu senken.

Die Ergebnisse des Bürgergutachtens fließen in den Masterplanprozess ein.

Im **Bürgerbeirat** wirken Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die sich während der Bürgergruppen freiwillig für die Mitarbeit gemeldet haben, am weiteren Masterplanprozess mit. Aufgaben des Bürgerbeirates sind es,

- die Berücksichtigung der Bürgergutachten-Ergebnisse im Masterplan sicherzustellen,
- die Fertigstellung und Umsetzung des Masterplans aus Bürgersicht zu begleiten und
- Einschätzungen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich in den weiteren Prozess einzubringen.



Abbildung 1.1: Begrüßung durch Manuela Hahn, 1. Verbandsrätin des Regionalverbandes Großraum Braunschweig und das Team vom Masterplanmanagement

1.3 Auswahl und Einladung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Auswahl der Teilnehmenden

Ziel des **Auswahlverfahrens** war es, eine möglichst repräsentative Auswahl an Bürgerinnen und Bürgern aus dem Großraum Braunschweig für die Teilnahme am Bürgergutachten zu gewinnen. Somit sollte sichergestellt werden, dass Kenntnisse und Erfahrungen aus den verschiedensten Lebensbereichen in die

Diskussionen und die Ergebnisse einfließen.

Der Auswahl der einzuladenden Personen lagen folgende Überlegungen zugrunde:

- Bei einer **Zielzahl von 100 Teilnehmenden** sollten ca. 3.000 Personen eine Einladung bekommen. Dieser Wert hatte sich aus den Erfahrungen des Einladungsverfahrens zum Bürgergutachten STADT+UM+LAND 2030 ergeben, das ebenfalls für den Großraum Braunschweig erarbeitet wurde.
- Wie es für Bürgergutachten üblich ist, erfolgte die Auswahl durch eine **Zufallsstichprobe** aus den Einwohnermelderegistern, die in den einzelnen Städten, Samtgemeinden und Gemeinden geführt werden.
- Aufgrund der Größe der Region mit 24 regionsangehörigen Einheits- und 16 Samtgemeinden war eine Auswahl aus allen Einwohnermelderegistern nicht praktikabel. Daher wurde im ersten Schritt eine **Auswahl an Städten, Samtgemeinden und Gemeinden** getroffen, die den Großraum Braunschweig in ihrer Gesamtheit repräsentieren (siehe Tabelle 1.1). Zusätzlich zu einer möglichst ausgewogenen regionalen Verteilung wurde hierbei zum einen die Besiedlungsdichte und Siedlungsstruktur berücksichtigt. Zum anderen wurde sichergestellt, dass sowohl Kommunen mit vielen Erfahrungen und Aktivitäten im Klimaschutz als auch solche mit wenig Erfahrung in diesem Themenbereich einbezogen wurden.

Tabelle 1.1: Übersicht der für die Stichprobenziehung ausgewählten Kommunen im Großraum Braunschweig

Auswahl der 17 Städte, Samtgemeinden und Gemeinden für das Einladungsverfahren	
Stadt Braunschweig	Stadt Salzgitter
Gemeinde Cremlingen	Samtgemeinde Sickinge
Stadt Gifhorn	Gemeinde Vechelde
Stadt Goslar	Samtgemeinde Velpke
Stadt Helmstedt	Samtgemeinde Wesendorf
Stadt Langelshem	Stadt Wittingen
Gemeinde Lehre	Stadt Wolfenbüttel
Samtgemeinde Papenteich	Stadt Wolfsburg
Stadt Peine	

Die **Grundgesamtheit** für die Zufallsstichprobe umfasste alle Personen im Alter von 16 bis 80 Jahren mit Hauptwohnsitz in den ausgewählten Kommunen. Bei der Stichprobenziehung entsprach der Anteil der Altersklassen der Altersstruktur der jeweiligen Kommune. Aus der Erfahrung, dass Frauen und Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft schwerer für eine Teilnahme an Bürgergutachten zu gewinnen sind, wurde der Anteil dieser Gruppen bei der Ziehung der Stichprobe leicht erhöht.

Auf Grundlage der genannten Vorgaben haben die Kommunen die Stichproben selbst gezogen und die Daten an das Büro KoRiS –

Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung weitergegeben. Nach Abschluss des Einladungsverfahrens wurden die Daten gelöscht.

Einladungsverfahren und Rücklauf

Insgesamt erhielten 2.995 Bürgerinnen und Bürger eine **Einladung** per Post. Das Einladungsschreiben bestand aus einem Anschreiben vom Regionalverband Großraum Braunschweig und von KoRiS, einem Informationsflyer zum Bürgergutachten und einer portofreien Antwortkarte. Alternativ zum Postweg konnten sich die Teilnehmenden telefonisch oder per E-Mail zum Bürgergutachten anmelden. Die Zu- und Absagen sowie Rückfragen zum Ablauf, zur Anreise und zur Gruppeneinteilung nahm das Büro KoRiS entgegen.

Von den 2.995 angeschriebenen Bürgerinnen und Bürgern haben sich 200 zurückgemeldet. Dies entspricht einer **Rücklaufquote** von 6,5 %. Von diesen haben sich 97 Personen angemeldet (3,1 %); an der Veranstaltung teilgenommen haben schließlich 77 (2,5 %). Informationen zur Gruppenzusammensetzung sind Kapitel 1.5 zu entnehmen.

1.4 Organisation und Ablauf des Bürgergutachtens

Veranstaltungsort und Zeitpunkt

Das Bürgergutachten wurde von 77 Bürgerinnen und Bürgern in **vier Bürgergruppen** mit je 18 bis 20 Teilnehmenden an zwei Wochenenden, erarbeitet. An jedem Wochenende arbeiteten zwei Bürgergruppen parallel. Die Bürgergruppen A und B kamen am Wochenende des 4. und 5. Februar 2017 und die Bürgergruppen C und D am Wochenende des 11. und 12. Februar 2017 ganztags für jeweils acht Stunden in den Räumlichkeiten des Regionalverbands in Braunschweig zusammen. Die Gruppen arbeiteten um eine Stunde zeitversetzt, so dass alle Gruppen dieselben Informationsinputs von denselben Referentinnen und Referenten erhielten.

Arbeitsformen und Bewertungsvorgänge

Um einen möglichst abwechslungsreichen Programmablauf zu gestalten, wurden unterschiedliche **Arbeitsformen** angewendet: Arbeit in Kleingruppen, im Plenum sowie Einzelarbeit.

Die Arbeit in **Kleingruppen** stellte die wichtigste Arbeitsform dar. Hiermit wurde allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Gelegenheit geboten, ihre Meinungen und Vorschläge einzubringen. Um zu vermeiden, dass sich eine Meinungsführerschaft einzelner Personen herausbildet, wurde die Zusammensetzung der Kleingruppen für jede Arbeitsphase neu festgelegt. Auf diese Weise wurde auch gewährleistet, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer viele unterschiedliche Sichtweisen im Austausch kennenlernten.

Ziel der Kleingruppenarbeit waren Gruppenergebnisse, die von allen Mitgliedern weitestgehend mitgetragen werden. Durch das Ziel zur Einigung wurde dabei ein **Meinungsfindungsprozess** in Gang gesetzt: Das Bestreben, sich in der Gruppe auf einen gemeinsamen Standpunkt zu einigen, förderte die Bereitschaft auch andere Meinungen zuzulassen und abzuwägen. Es bestand jedoch auch die Möglichkeit auf Konflikte bei der Ergebnisfindung oder kontroverse Positionen innerhalb der Gruppe hinzuweisen. Während der zwei Tage gab es insgesamt vier Kleingruppenphasen. Die **Ergebnisse** wurden auf vorbereiteten Arbeitsmaterialien festgehalten. Am Ende jeder Kleingruppenarbeit stellte jede Gruppe ihre Ergebnisse im Plenum vor. Die Ergebnisse konnten für die Auswertung den einzelnen Gruppen zugeordnet werden. Die **Informationsvermittlung durch Referentinnen und Referenten** erfolgte im Plenum. Hier hatten die Anwesenden auch die Möglichkeit Nachfragen zu den Referaten zu stellen. Im Plenum jeder Bürgergruppe wurden zudem die Kleingruppenergebnisse vorgestellt und zu einigen Themen auch **individuelle Bewertungen bzw. Gewichtungen** der Kleingruppenergebnisse oder vorgegebener Vorschläge durch Bepunktung vorgenommen. Im Rahmen der **Einzelarbeit** wurden mit Hilfe von Fragebögen persönlichen Erfahrungen, Einschätzungen und Bewertungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einzelnen Themen erfragt. Die Fragebögen enthielten dabei standardisierte, teil-standardisierte und offene Fragen. Um die Anonymität zu gewährleisten, erhielten die Teilnehmenden zu Beginn der Veranstaltung eine persönliche Arbeitsnummer. Diese diente dazu, dass bei der Fragebogenauswertung eine Verknüpfung zu statistischen Angaben ohne Berücksichtigung des Namens der Person hergestellt werden kann. Während der Veranstaltung konnten die Bürgerinnen und Bürger zusätzliche Hinweise geben, die nicht im Programm eingebracht werden konnten. In jeder Gruppe stand dafür eine „**Meinungskiste**“ bereit. Eine der Bürgergruppen hat zusätzlich eine Stellwand für die Sammlung weiterer Ideen genutzt, die in den Pausen gefüllt wurde (siehe Anhang C).

Arbeitsprogramm

Das Programm des Bürgergutachtens war in acht **Arbeitseinheiten** unterteilt, die auf zwei Tage verteilt waren (siehe Tabelle 1.2). Zwischen den einzelnen Arbeitseinheiten gab es Pausen (an jedem Tag zwei Kaffeepausen und eine Mittagspause), in denen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer stärken und informell austauschen konnten.

Jede der vier Bürgergruppen hat das gleiche Programm absolviert. Die Themenschwerpunkte der einzelnen Arbeitseinheiten sind der Übersicht in Tabelle 1.2 zu entnehmen.



Abbildung 1.2: Kleingruppenarbeit



Abbildung 1.3: Arbeit im Plenum



Abbildung 1.4: Einzelarbeit



Abbildung 1.5: Bewertung

Tabelle 1.2: Übersicht über das Arbeitsprogramm der Bürgergruppen

Samstag	Sonntag
Arbeitseinheit 1 Begrüßung und Einführung <ul style="list-style-type: none"> ▪ Einführung in Thema und Verfahren ▪ Kennenlernen und erster Austausch zum Thema Klimaschutz 	Arbeitseinheit 5 Klimafreundlich leben – Schwerpunkt Ernährung und Konsum <ul style="list-style-type: none"> ▪ Impuls: Klimafreundlich Leben – Ernährung und Konsum ▪ Kleingruppenarbeit 3: Wer muss was tun, um klimafreundlichen Konsum voranzubringen?
Pause	Pause
Arbeitseinheit 2 Klimaschonend mobil – Input <ul style="list-style-type: none"> ▪ Impuls: Mobilität und Klimaschutz im Großraum Braunschweig ▪ Phantasiereise: Klimafreundliche Alltagsmobilität im Jahr 2050 	Arbeitseinheit 6 Erneuerbare Energien <ul style="list-style-type: none"> ▪ Impuls: Erneuerbare Energien in der Region ▪ Kleingruppenarbeit 4: Wie kann der Energiebedarf 2050 aus erneuerbaren Energien gedeckt werden?
Mittagspause	Mittagspause
Arbeitseinheit 3 Klimaschonend mobil – Arbeitsphase <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kleingruppenarbeit 1: Wie kann klimafreundliche Mobilität erreicht werden? 	Arbeitseinheit 7 Klimaschutz gemeinsam gestalten <ul style="list-style-type: none"> ▪ Impuls: Zusammenarbeit für den Klimaschutz in der Region ▪ Rollenspiel: Klimaschutzvorreiter am Zwischenziel
Pause	Pause
Arbeitseinheit 4 Klimafreundlich leben – Schwerpunkt Energiesparen <ul style="list-style-type: none"> ▪ Impuls: Klimafreundlich Leben – Energiesparen im Alltag ▪ Kleingruppenarbeit 2: Wie kann erreicht werden, dass in Haushalten mehr Energie eingespart wird? 	Arbeitseinheit 8 Abschluss <ul style="list-style-type: none"> ▪ Schlussplenum ▪ Information zur Mitarbeit im Bürgerbeirat ▪ Dank und Verabschiedung

Impulse von Experten – Vermittlung von Grundinformationen

Zur Methode des Bürgergutachtens gehört es, dass sich die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in kurzer Zeit in Themenfelder einarbeiten müssen, mit denen sich viele von ihnen noch nicht tiefgreifend beschäftigt haben. Für die Vermittlung der Grundinformationen zu den einzelnen Themen waren Expertinnen und Experten zuständig (siehe Tabelle 1.3). Diese vermittelten in etwa 20-minütigen Vorträgen grundlegende Informationen als Basis für die Bearbeitung der Fragestellungen.

Die **Impulsvorträge** wurden allgemeinverständlich und anschaulich illustriert in allen Bürgergruppen identisch vorgetragen. Im Anschluss hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit Nachfragen zu stellen. Die Fachleute standen jeder Bürgergruppe nur für den Zeitraum des Vortrages und der Nachfragen zur Verfügung. Alle Fachleute brachten für ihren jeweiligen Themenbereich neben ihrem Fachwissen auch konkrete Kenntnisse der Situation im Großraum Braunschweig ein.

Tabelle 1.3: Themen der Impulsvorträge und vortragende Experten

Thema	Expertinnen und Experten	Institution
Masterplan 100 % Klimaschutz Großraum Braunschweig Hintergründe und Ziele	Janna Gehrke und Nadège Fiard	Masterplanmanagement Regionalverband Großraum Braunschweig
Mobilität und Klimaschutz im Großraum Braunschweig	Manfred Michael	WVI Prof. Dr. Wermuth Verkehrsforschung und Infrastrukturplanung GmbH
Klimafreundlich Leben – Energiesparen im Alltag	Dedo von Krosigk	e4-Consult
Klimafreundlich Leben – Ernährung und Konsum	Jan-Christoph Sicard	Planungsgruppe Umwelt
Erneuerbare Energien in der Region	Jan-Christoph Sicard	Planungsgruppe Umwelt
Zusammenarbeit für den Klimaschutz in der Region	Patrick Nestler	Masterplanmanagement Regionalverband Großraum Braunschweig



Abbildung 1.6: Unterstützung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die Moderation

Moderation und Betreuung

Das Büro KoRiS organisierte die **Durchführung und Moderation der Bürgergruppen** (siehe Tabelle 1.4). Die Aufgabe der jeweils dreiköpfigen Teams bestand darin, die Bürgergruppen durch das Programm zu führen und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu betreuen. Konkret umfasste dies neben der Moderation, die jeweiligen Aufgabenstellungen zu erklären, Arbeitsmaterialien bereit zu legen, für Fragen zur Verfügung zu stehen und die Einhaltung der Zeitplanung zu gewährleisten. Moderation und Assistenz verhielten sich neutral und nahmen keinen inhaltlichen Einfluss auf die Diskussion.

Tabelle 1.4: Teams zur Moderation und Betreuung der Bürgergruppen

Bürgergruppen	Moderation	Tagungsassistenz
A und C	Dieter Frauenholz Lena Nelges	Jacqueline Arndt
B und D	Kerstin Hanebeck Jochen Rienau	Isabel Grüneberg

Dokumentation der Ergebnisse – Rückkopplung mit Bürgerbeirat

Im Anschluss an die Durchführung der vier Bürgergruppen erfolgte die **Auswertung und Zusammenführung aller Ergebnisse**. Im ersten Schritt erstellte KoRiS als Zwischenstand eine Kurzfassung im Entwurf, die dem Bürgerbeirat (siehe Kapitel 1.2) zu seiner ersten Sitzung im Mai 2017 vorgelegt wurde. In der Sitzung haben die anwesenden Mitglieder des Beirates die vorläufigen Ergebnisse gesichtet und den darin enthaltenen Empfehlungen und Aussagen zugestimmt.

1.5 Zusammensetzung der Bürgergruppen

Gruppengrößen

In den vier Bürgergruppen haben insgesamt 77 Bürgerinnen und Bürger mitgearbeitet. Kurzfristige Absagen - meist bedingt durch Krankheit - haben zu unterschiedlichen Gruppengrößen geführt (siehe Tabelle 1.5 und Abbildung 1.7, Abbildung 1.8, Abbildung 1.9, Abbildung 1.10)

Tabelle 1.5: Termine und Teilnehmerzahl der Bürgergruppen

Bürgergruppen
4. und 5. Februar 2017
Bürgergruppe A: 18 Teilnehmer Bürgergruppe B: 20 Teilnehmer
11. und 12. Februar 2017
Bürgergruppe C: 20 Teilnehmer Bürgergruppe D: 19 Teilnehmer



Abbildung 1.7: Bürgergruppe A

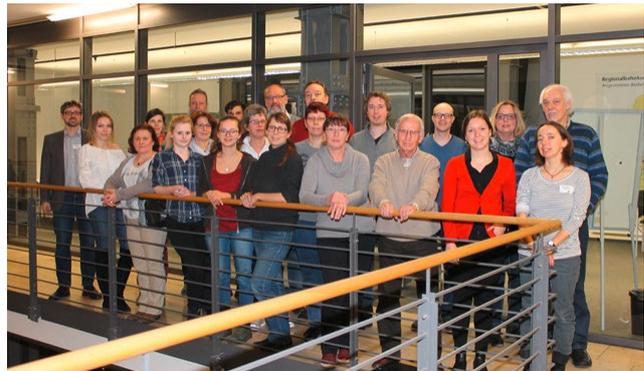


Abbildung 1.8: Bürgergruppe B



Abbildung 1.9: Bürgergruppe C



Abbildung 1.10: Bürgergruppe D

Altersstruktur und Staatsangehörigkeit

Von den 77 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sind 40 Frauen (52 %) und 37 Männer (48 %). Verglichen mit dem regionalen Geschlechterverhältnis von 45 % weiblicher Bevölkerung und 55 % männlicher Bevölkerung (Stand 31.12.2015), war der Frauenanteil in den Bürgergruppen damit überdurchschnittlich hoch. (vgl. LSN 2017). Die jüngste Teilnehmerin war 16 Jahre alt, die älteste 76 Jahre. Die Verteilung der Altersklassen in den Bürgergruppen insgesamt zeigt Abbildung 1.11. Im Vergleich zur **Altersverteilung** im Gebiet des Großraum Braunschweigs sind die Altersgruppen der 16 bis 24-Jährigen und der 45 bis 64-Jährigen in den Bürgergruppen überdurchschnittlich vertreten, während die Altersgruppen der 25 bis 44-Jährigen und der 65 bis 80-Jährigen unterdurchschnittlich vertreten sind (siehe Abbildung 1.11) (vgl. LSN 2017).

Sechs der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Bürgergruppen haben eine nicht-deutsche bzw. doppelte Staatsangehörigkeit (deutsch-französisch, irakisch, italienisch, kosovarisch, österreichisch und russisch). Dies entspricht einem Anteil von 8 % und ist damit deckungsgleich mit dem Ausländeranteil im gesamten Großraum Braunschweig (Stand: 31.12.2015) (LSN 2017).

Bildungsabschluss und Berufstätigkeit

Das **Bildungsniveau** der Bürgergutachterinnen und -gutachter im schulischen und akademischen Bereich ist hoch: So verfügen rund zwei Drittel über eine Hochschulreife und mehr als 40 % über einen Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss (siehe Abbildung 1.12)

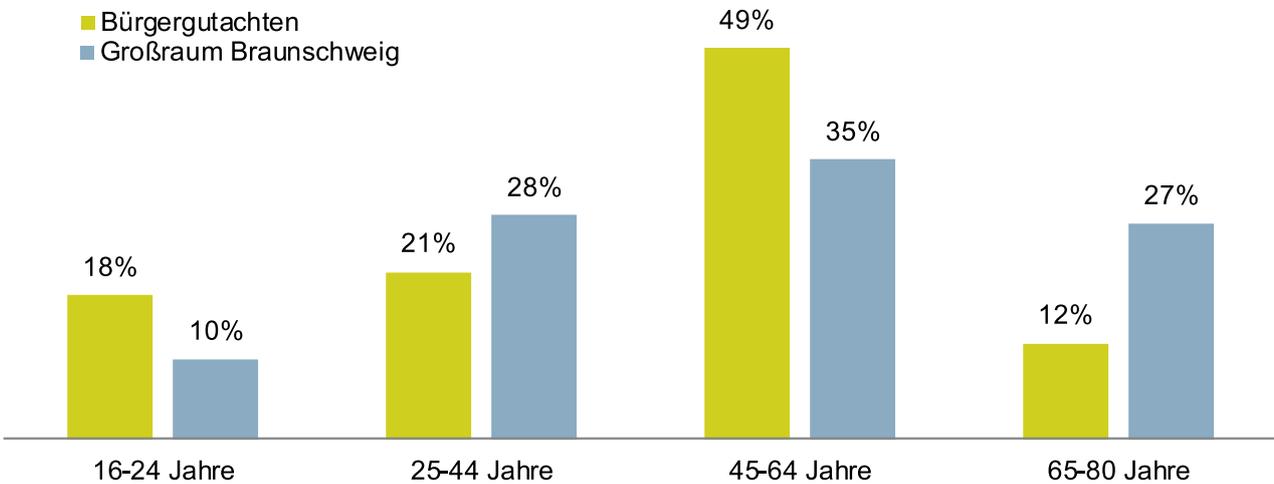
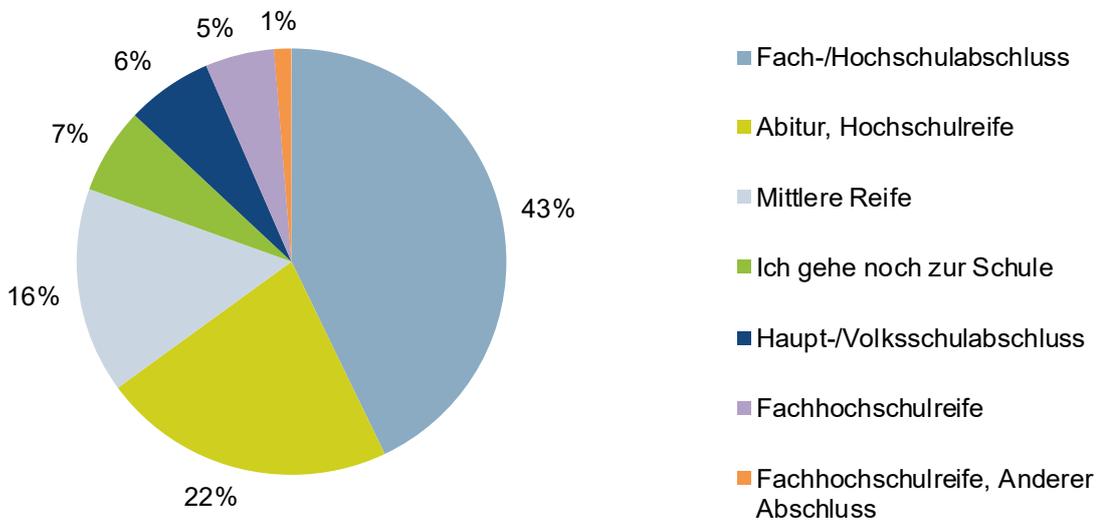


Abbildung 1.11: Vergleich der Altersverteilung der Bürgergruppen im Bürgergutachten Großraum Braunschweig mit der Altersverteilung im gesamten Großraum (LSN 2017)

Welches ist Ihr höchster Bildungsabschluss?



n=77

Abbildung 1.12: Höchste Bildungsabschlüsse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Knapp die Hälfte (47 %) der Teilnehmenden waren zur Zeit des Bürgergutachtens berufstätig, davon 40 % im Angestelltenverhältnis und 7 % selbstständig. Etwa ein Fünftel der Bürgergutachterinnen und –gutachter waren als Studenten (10 %) oder (Berufs-)Schüler (12 %) in der Ausbildung und 16 % waren Rentner. Insgesamt gaben die Befragten **44 verschiedene Berufe** an, die sie aktuell ausüben oder in der Vergangenheit ausgeübt haben (siehe Tabelle 1.6). Hier waren Mehrfachnennungen möglich. 64 % der Berufstätigen üben ihre Tätigkeit in Vollzeit aus und 36 % in Teilzeit. Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben keine Angaben zu ihrer beruflichen Tätigkeit gemacht.

Wohnorte

Mit gut einem Drittel kommt der überwiegende Teil der Bürgergutachterinnen und gutachter aus der Stadt Braunschweig (34 %). Dieser hohe Anteil ist sicherlich auf die direkte Nähe zum Veranstaltungsort des Bürgergutachtens beim Regionalverband in Braunschweig zurückzuführen. Ebenfalls stark vertreten sind der Landkreis Gifhorn (26 %) und der Landkreis Wolfenbüttel (15 %). 9 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommen aus dem Landkreis Peine, 6 % aus dem Landkreis Helmstedt und 4 % aus dem Landkreis Goslar. Die Städte Salzgitter und Wolfsburg sind mit 3 % vertreten (siehe Abbildung 1.13). Insgesamt kommen die Teilnehmenden aus 20 verschiedenen Städten und Gemeinden des Großraums Braunschweig (siehe Tabelle 1.7).

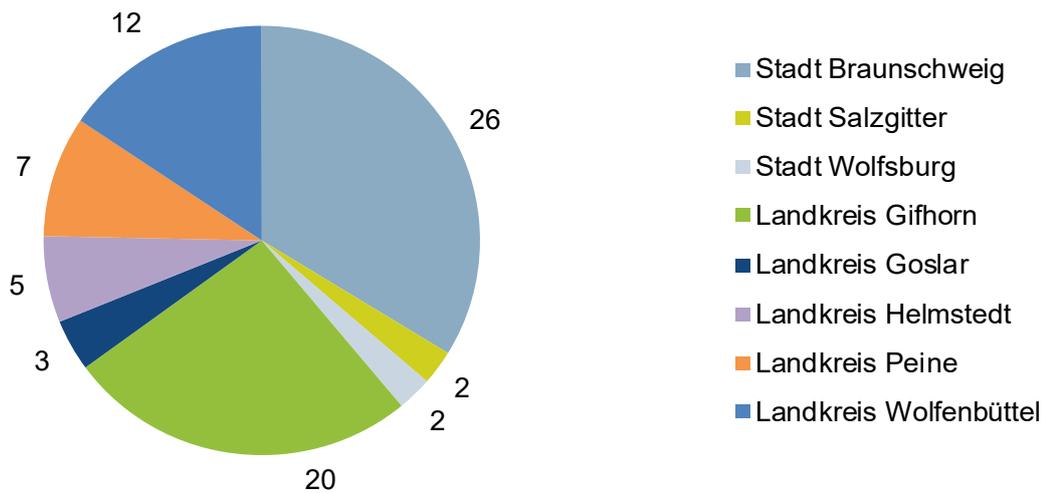
Tabelle 1.6: Berufe/Tätigkeiten der Bürgergutachterinnen und –gutachter

Aktuelle und vormalig ausgeübte Berufe bzw. Tätigkeiten der Bürgergutachterinnen und –gutachter (wörtlich übernommene Angaben aus Fragebögen, alphabetisch sortiert)		
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Agrarbiologin ▪ Angestellte im öffentlichen Dienst Wasserwirtschaft ▪ Aushilfskraft in einem Lichthaus/ Druck/Plot-Betrieb ▪ Automobil, Versuch ▪ Bankkauffrau/-mann ▪ Beamter im öffentlichen Unternehmen ▪ Betriebswirtin ÖD ▪ Chief Information Officer der TU Braunschweig, - IT-Strategie ▪ Coaching (im Aufbau) ▪ Chemisch Technische/r Assistent/in ▪ Designer ▪ Dipl.-Ing. Energieberater ▪ Diplom Sozialpädagoge (ambulante Jugendhilfe) ▪ Diplom-Ingenieur 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Elektrotechnik-Ingenieur ▪ Entwicklungsingenieur ▪ Erzieherin ▪ Freiberufliche Dolmetscherin und Übersetzerin ▪ Fußpflege und Nageldesign ▪ Glasarbeiterin (Schleiferei) ▪ Handelskauffrau ▪ Heimarbeiterin im Altenheim ▪ Industriekaufmann ▪ Informatiker ▪ IT Abteilung, SAP Finanzen und Controlling ▪ Kauffrau ▪ Kaufmann für Versicherungen und Finanzen ▪ kaufmännische Angestellte ▪ KFZ Mechaniker-Meister ▪ Küchenhilfe/Essensausgabe 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Landwirt ▪ Lehrerin ▪ Logistikleiter ▪ Physiotherapeut/in ▪ Projektleiter (techn.) ▪ Prozessingenieur fremdsprachige Diagnosetechnik ▪ Schülerin/Schüler ▪ Selbstständige Kauffrau ▪ Selbstständiger Einzelhandelskaufmann ▪ Stadt Braunschweig, Ordnungsamt ▪ Steuerfachgehilfin ▪ Studentin/Student ▪ Tischlermeister ▪ Verwaltungsbeamter ▪ VW Financial Service ▪ wissenschaftliche Mitarbeiterin, molekularer Pflanzenzüchter, Qualitativer Genetiker

Tabelle 1.7: Städte und Gemeinden, aus denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen

Städte und Gemeinden nach Teilnehmern		
Adenbüttel (SG Papenteich)	Langelsheim	Schwülper (SG Papenteich)
Braunschweig	Lehre	Vechede
Cremlingen	Meine (SG Papenteich)	Vordorf (SG Papenteich)
Didderse (SG Papenteich)	Peine	Wahrenholz
Gifhorn	Rötgesbüttel (SG Papenteich)	Wolfenbüttel
Goslar	Salzgitter	Wolfsburg
Helmstedt	Sicke (SG Sicke)	

Ich wohne in/im ...
(Gesamtanzahl: 77 Teilnehmerinnen und Teilnehmer)



n=77, absolute Nennungen

Abbildung 1.13: Herkunft der Bürgergutachterinnen und -gutachter50

Bürgerschaftliches Engagement

Knapp die Hälfte der Bürgergutachterinnen und –gutachter engagiert sich in der Freizeit **ehrenamtlich**, die meisten sind in Vereinen aktiv (siehe Abbildung 1.14).

Bisheriger Bezug zum Klimaschutz

Für einen ersten inhaltlichen Einstieg in das Thema wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einem Fragebogen zu ihren **bisherigen Bezügen zum Thema Klimaschutz** befragt (siehe Anhang A.1). Die große Mehrheit (über 80 %) hat ein großes oder

sogar sehr großes Interesse an diesem Thema. Darüber hinaus kommen 87 % zu der Einschätzung, dass Deutschland bereits heute vom Klimawandel betroffen ist und knapp drei Viertel der Befragten rechnen damit, dass sich die klimabedingten Veränderungen überwiegend negativ auf ihre persönlichen Lebensverhältnisse auswirken werden. Ein Großteil der Bürgergutachterinnen und –gutachter gibt an, den Klimawandel bereits häufig bei ihren alltäglichen Entscheidungen zu berücksichtigen, insbesondere in den Bereichen Energie, gefolgt von Haushalt, Konsum und Ernährung (siehe Abbildung 1.15). Informationen zum Klimaschutz

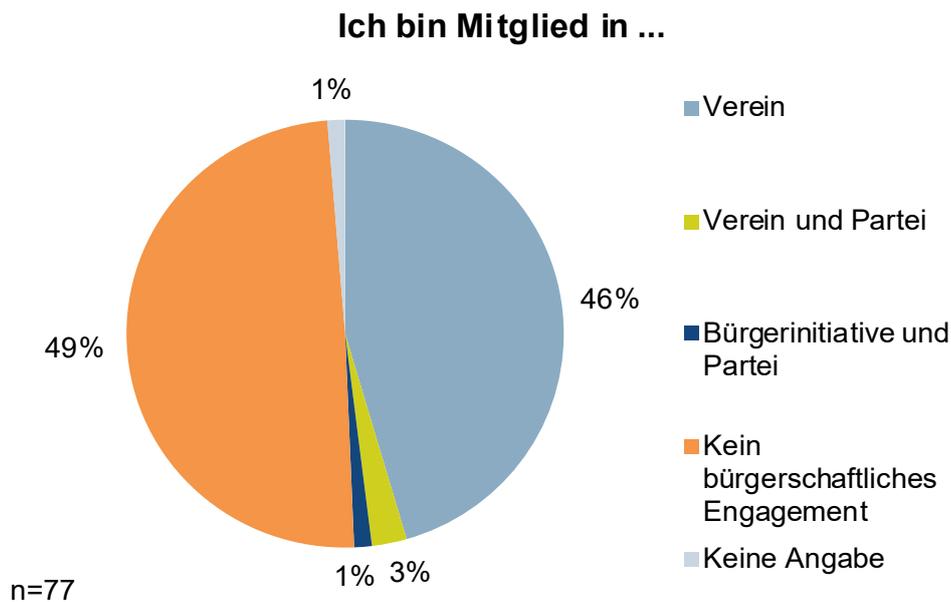


Abbildung 1.14: Bisheriges ehrenamtliches Engagement der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Inwiefern haben Sie in den folgenden Lebensbereichen schon mal den Klimaschutz bei alltäglichen Entscheidungen berücksichtigt?

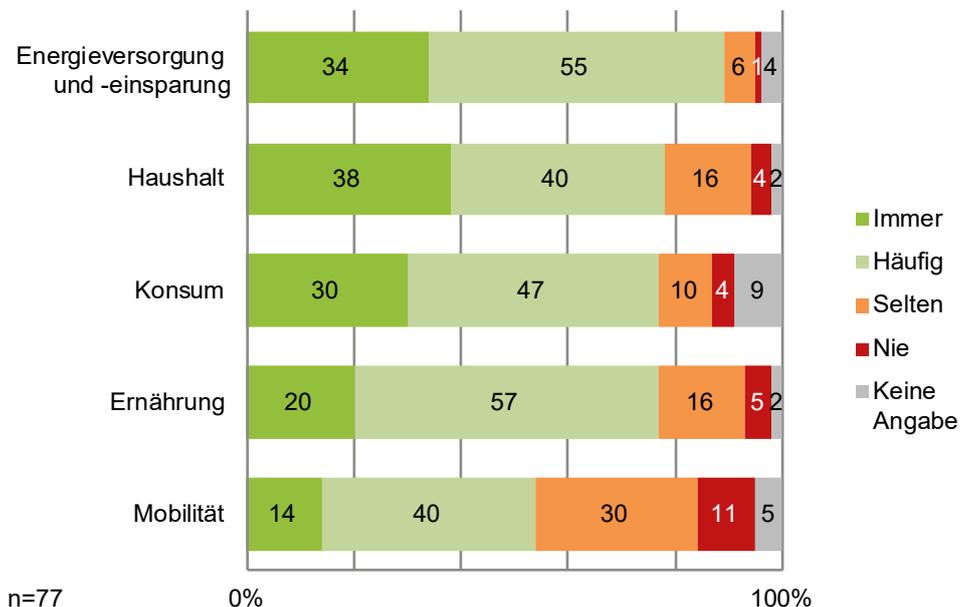
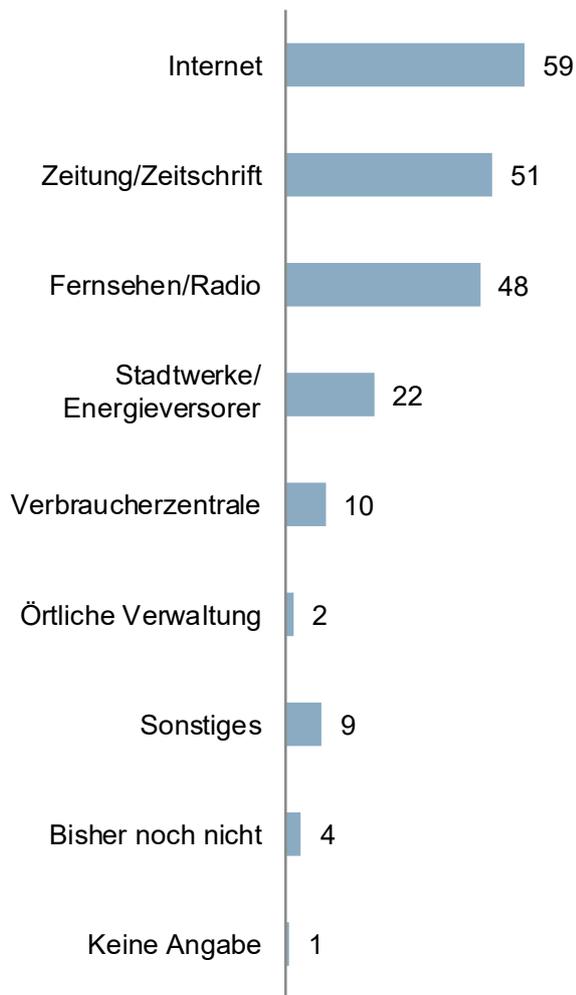


Abbildung 1.15: Angaben der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur bisherigen Berücksichtigung des Klimaschutz bei alltäglichen Entscheidungen



n=77, absolute Nennungen, Mehrfachnennungen möglich

Abbildung 1.16: Wo haben Sie sich bisher schon einmal Informationen zum Thema Energiesparen/Klimaschutz beschafft?



n=77, absolute Nennungen, Mehrfachnennungen möglich

Abbildung 1.17: Woher würden Sie sich bevorzugt Informationen zum Thema Energiesparen/Klimaschutz beschaffen?

haben die Teilnehmenden vor allem verschiedenen Medien wie Zeitungen, Radio, Fernsehen oder auch dem Internet entnommen. Diese Quellen werden auch für die zukünftige Informationsbeschaffung als favorisierte Anlaufstellen genannt (siehe Abbildung 1.16 und Abbildung 1.17). Insgesamt haben die Befragten vielfältige Vorkenntnisse im Klimaschutz und zeigen ein überdurchschnittliches Interesse an diesem Thema.

Einschätzung der Repräsentativität

In den Bürgergruppen haben sich Menschen verschiedener Altersklassen, mit und ohne Migrationshintergrund, Menschen aus eher ländlich geprägten sowie solche aus eher städtischen Berei-

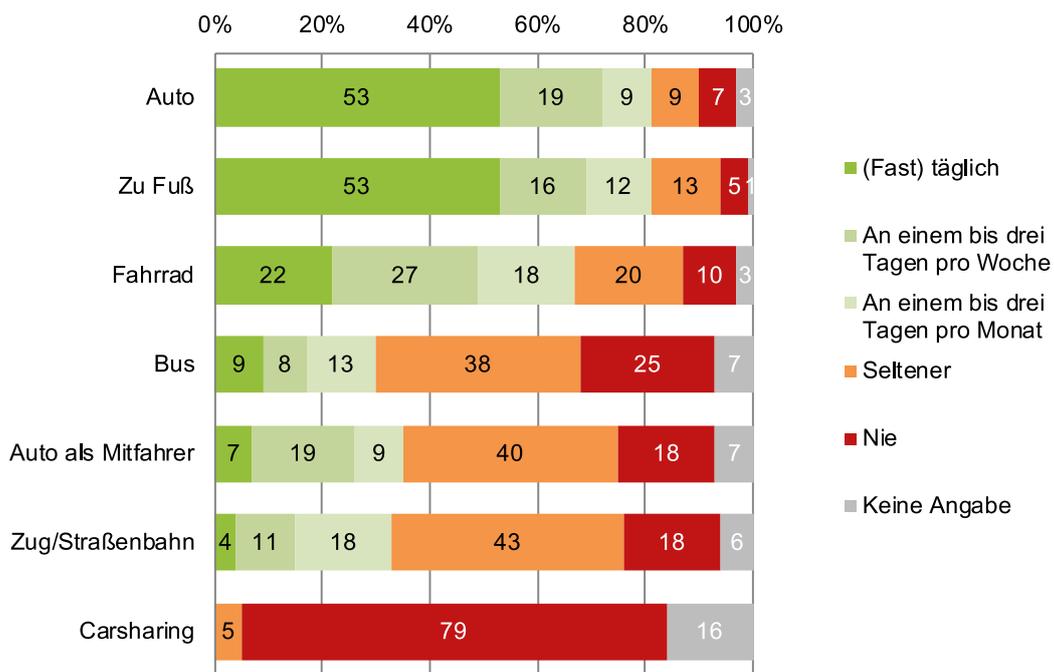
chen zusammengefunden. Es waren Personen mit unterschiedlichem Bildungshintergrund und aus zahlreichen Berufszweigen vertreten. Das Spektrum der Teilnehmerinnen und Teilnehmer kann daher als **gutes Abbild der Regionsbevölkerung** angesehen werden, auch wenn es weitreichenden Ansprüchen an Repräsentativität, zum Beispiel bezogen auf die Wohnortverteilung in der Region und den Bildungsstand, nicht gerecht wird und sich deutlich zeigt, dass sich auch im Rahmen der Zufallsauswahl ein Teilnehmerkreis mit bereits vorhandenem persönlichen Interesse am Thema zur Mitwirkung bereit erklärt.

2 Ergebnisse

2.1 Klimaschonend mobil

Die Gestaltung einer **klimafreundlichen Mobilität** ist einer der zentralen Bausteine im Bereich Klimaschutz. Im Großraum Braunschweig machen die Treibhausgas-Emissionen aus dem Verkehrsbereich 30 % aus (vgl. Zweckverband¹ Großraum Braunschweig 2010: 55). Um die ambitionierten Klimaschutzziele auf regionaler und nationaler Ebene zu erreichen, wird der Verkehr künftig einen deutlichen Beitrag zur Reduktion klimaschädlicher Treibhausgase leisten müssen. Ziel muss es sein, eine bedürf-

nisgerechte Mobilität für alle zu gewährleisten und gleichzeitig den Verkehr so umweltschonend wie möglich zu organisieren. **Mobilität** ist die Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben und zur Teilnahme an außerhäuslichen Aktivitäten. **Verkehr** ist die Verwirklichung von Mobilität mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln und an unterschiedlichen Standorten (Michael 2017). Um eine klimaschonende Mobilität zu erreichen, sind tiefgreifende Maßnahmen insbesondere in den Bereichen Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung sowie Technische Optimierung und Infrastruktur notwendig. Aufgabe der Teilnehmerinnen und Teilnehmer war es, Handlungsansätze für eine zukünftige, klimaschonende Mobilität zu identifizieren.



n=77

Abbildung 2.1: Wie häufig nutzen Sie die folgenden Verkehrsmittel?

Fragestellung und Methodik

Für den inhaltlichen Einstieg hörten die Bürgergutachterinnen und gutachter ein **Referat** von Manfred Michael (WVI - Prof. Dr. Wermuth Verkehrsforschung und Infrastrukturplanung GmbH) zur derzeitigen Verkehrssituation im Großraum Braunschweig. Darüber hinaus zeigte er allgemeine Trends für die weitere Entwicklung im Bereich Verkehr und Mobilität auf und gab Hinweise zu möglichen Wegen hin zu einer zukunftsfähigen und klimaschonenden Mobilität.

Mit Hilfe einer offenen Abfrage zur Verkehrsmittelwahl und in Form eines Fragebogens wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowohl zu ihrem aktuellen **persönlichen Mobilitätsverhalten** als auch zu Anregungen für die Gestaltung einer zukünftigen klimafreundlichen Mobilität befragt (siehe Abbildung 2.1 und Anhang A.2). Im Rahmen einer Einzelarbeit wurden sie eingeladen, sich auf eine Phantasiereise in die Alltagsmobilität 2050 zu begeben. Ausgehend von ihrer derzeitigen Lebenssituation sollte

jeder Einzelne notieren, wie er oder sie sich im Jahr 2050 seine Mobilität an einem typischen Werktag, am Wochenende und im Urlaub vorstellt. Die gesammelten Ideen dienten als Grundlage für die anschließende Arbeitsphase.

In **Kleingruppen** arbeiteten die Bürgerinnen und Bürger dann heraus, was geschehen muss, damit bis 2050 eine klimafreundliche Mobilität möglich wird. Die Teilnehmenden identifizierten die aus ihrer Sicht wichtigsten **Handlungsansätze** in den Bereichen Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und Technische Optimierung und Infrastruktur. Als Diskussionsgrundlage war jeweils ein Set an Handlungsansätzen vorgegeben, das die Kleingruppen um eigene Ansätze ergänzten. Die Gruppenergebnisse wurden im Plenum zusammengeführt. Zum Abschluss der Arbeitseinheit verteilten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer jeweils fünf Punkte auf die aus ihrer persönlichen Sicht wichtigsten Handlungsansätze.

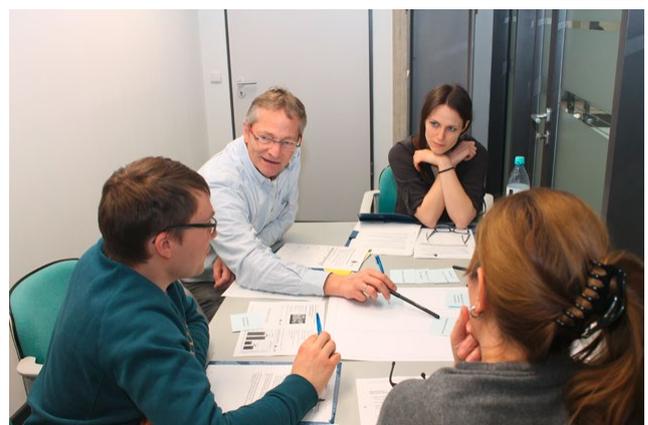


Abbildung 2.2: Kleingruppenarbeit und Bewertung zur klimafreundlichen Mobilität

Empfehlungen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter

In der Gesamtschau empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter, folgende Schwerpunkte zur Förderung einer klimafreundlichen Mobilität zu setzen (siehe Abbildung 2.3 sowie ausführlich in Anhang B.1):

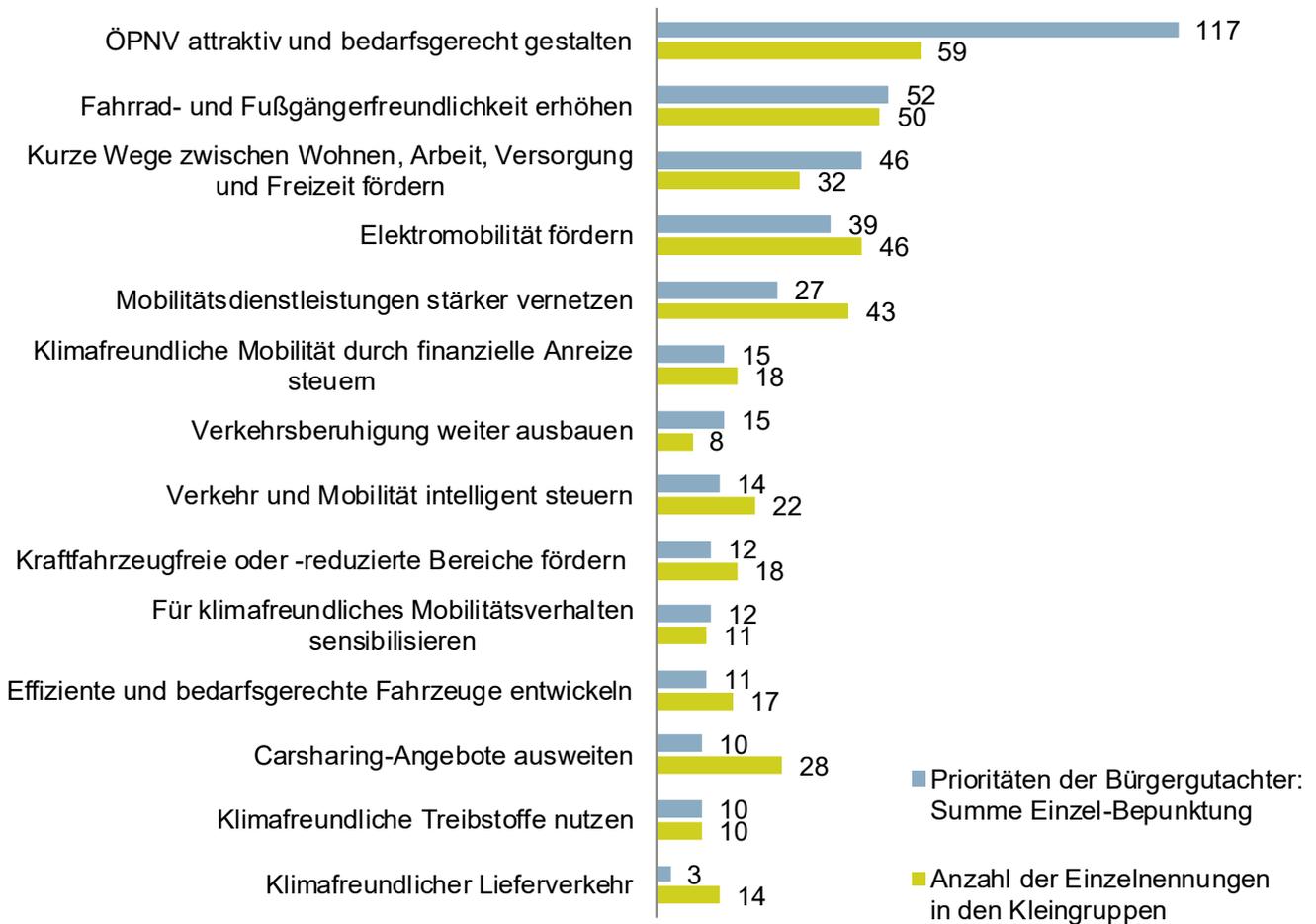


Abbildung 2.3: Handlungsempfehlungen für klimafreundliche Mobilität

- Hinweise: Absolute Nennungen (Gesamtanzahl der Einzelnennungen in den Kleingruppen: 376; Gesamtanzahl der vergebenen Punkte: 383)
- Für die Auswertung der Ergebnisse wurden die teilweise sehr ähnlichen Handlungsansätze geclustert, das heißt zu oben genannten 14 Handlungsempfehlungen zusammengeführt.
- Die „Summe Einzel-Bepunktung“ gibt die Gesamtanzahl an Punkten an, die die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter im Anschluss an die Vorstellung der Kleingruppenergebnisse einem Handlungsansatz gegeben haben. Für die Bewertung hatte jede(r) fünf Punkte zur Verfügung, die frei verteilt werden konnten. Insgesamt wurden 383 Punkte auf die gesammelten Handlungsansätze verteilt (2 Punkte wurden nicht geklebt). Lesebeispiel für den orangenen Ergebnisbalken: Die Handlungsempfehlung „ÖPNV attraktiv und bedarfsgerecht gestalten“

hat 117 von 383 Einzelpunkten erhalten.

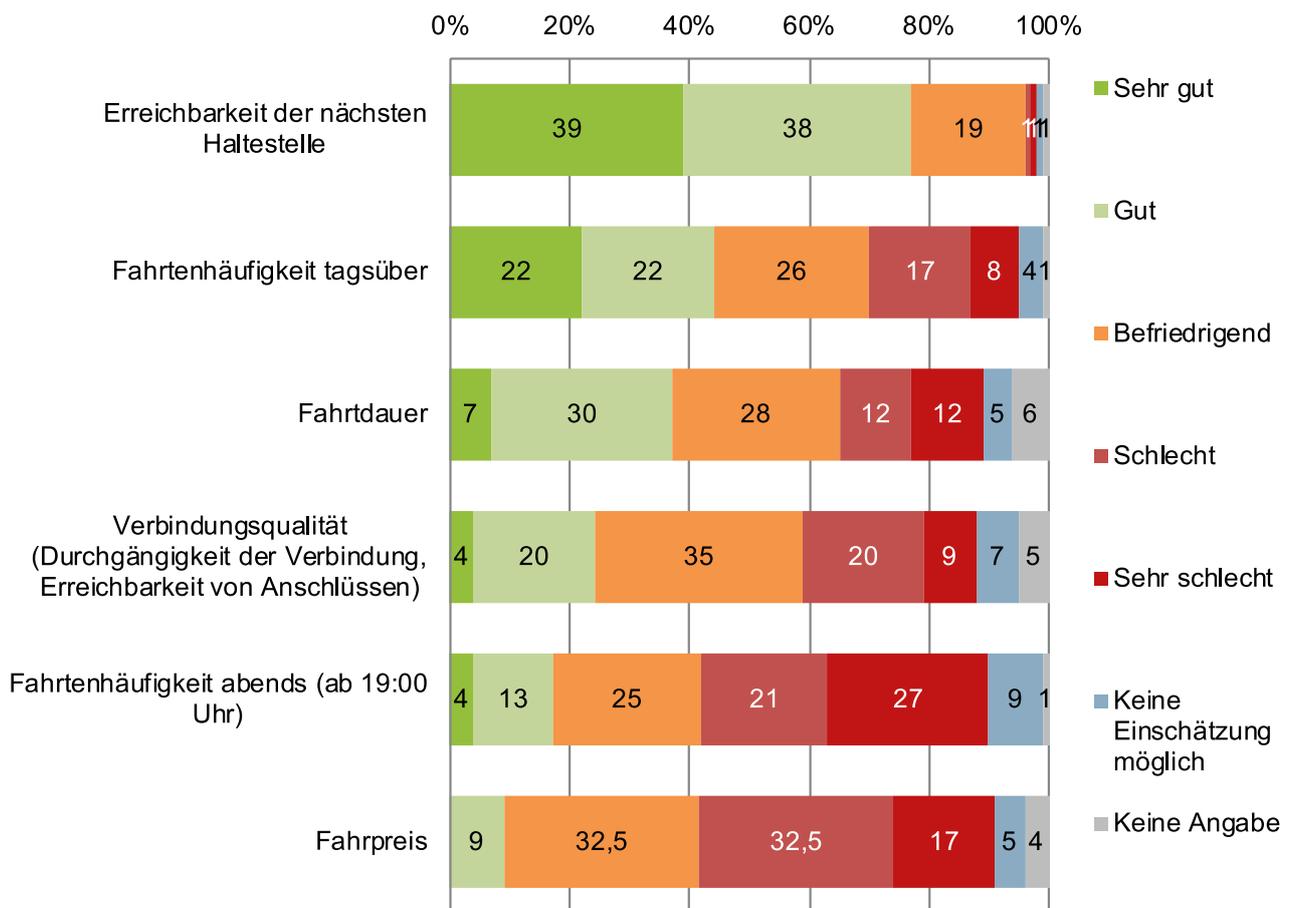
- Die „Anzahl der Einzelnennungen in den Kleingruppen“ gibt an, wie häufig Handlungsansätze aus diesem Bereich in den Kleingruppen genannt wurden. Insgesamt haben die 20 Kleingruppen 376 Handlungsansätze formuliert. Da jeweils mehrere einzelne Handlungsansätze zu einem Cluster zusammengefasst wurden, kann die Anzahl der Nennung in den Kleingruppen größer sein als die Gesamtzahl der Kleingruppen.
- Lesebeispiel für den blauen Ergebnisbalken: Die 20 Kleingruppen haben von den insgesamt 376 Handlungsansätzen 59 formuliert, die sich unter der Handlungsempfehlung „ÖPNV attraktiv und bedarfsgerecht gestalten“ zusammenfassen lassen.

➤ ÖPNV attraktiv und bedarfsgerecht gestalten

Um mehr Menschen zu einem Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu bewegen, sprechen sich viele der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter für einen **kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)** bzw. eine **deutliche Vergünstigung der Fahrpreise** aus. Die Einführung eines kostenlosen ÖPNV wurde elf Mal in den Kleingruppen genannt, und der Vorschlag hat mit 49 Punkten die meisten Einzelpunkte bekommen. Eine deutliche Vergünstigung wünschen sich drei Gruppen und die Anregung wurde mit zehn Einzelpunkten bewertet. Als wichtig für eine Attraktivitätssteigerung wird darüber hinaus eine schnellere Taktung vor allem zu den Stoßzeiten angesehen. Speziell für den ÖPNV im ländlichen Raum wird empfohlen vermehrt Rufbusse oder -taxen einzusetzen und die Taktfrequenz zu erhöhen. Wichtig ist den Teilnehmenden ebenfalls eine höhere Servicequalität, hier werden neben bequemerer Fahrzeugen auch kostenloses WLAN oder der Ticketverkauf über Handy benannt.

Die Auswertung des Fragebogens zum Thema Mobilität (siehe

ausführlich in Anhang A.2) untermauert die Ergebnisse der Kleingruppenempfehlungen: Viele der Befragten sehen deutlichen **Verbesserungsbedarf beim ÖPNV**. Die Fahrdauer des derzeitigen ÖPNV-Angebotes bewerteten 28 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer lediglich als befriedigend, 12 % als schlecht bzw. 12 % als sehr schlecht und somit als eher unattraktiv. Gleiches gilt für die Verbindungsqualität: diese bewerteten 35 % als befriedigend, 20 % als schlecht und 9 % als sehr schlecht. Die Fahrtenhäufigkeit tagsüber beurteilen 44 % der Bürgerinnen und Bürger als sehr gut bis gut, 48 % bewerten die Fahrtenhäufigkeit am Abend allerdings als schlecht bis sehr schlecht. Deutlich negativ fällt die Beurteilung des Fahrpreises aus: Fast die Hälfte bewerten ihn mit schlecht bis sehr schlecht und lediglich 9 % mit gut. Einzig die Erreichbarkeit der nächsten Haltestelle wird überwiegend positiv eingeschätzt: 77 % empfinden diese als gut bis sehr gut, davon sogar 39 % als sehr gut. Erfreulich ist ebenfalls, dass 71 % der Befragten bereit sind, zukünftig häufiger mit dem ÖPNV zu fahren (siehe Abbildung 2.4).



n=77

Abbildung 2.4: Wie beurteilen Sie das ÖPNV-Angebot für Fahrten an Werktagen von Ihrem Wohnort aus?

➤ Fahrrad- und Fußgängerfreundlichkeit erhöhen

Die Fahrrad- und Fußgängerfreundlichkeit der Region ist für viele der Teilnehmenden fester Bestandteil einer klimafreundlichen Mobilität. In den Kleingruppen wurden 50 Empfehlungen hierzu gesammelt. Bereits heute legen über die Hälfte der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter einen Teil ihrer täglichen Wege zu Fuß zurück und 22 % nutzen fast täglich das Rad. Knapp 90 % sind bereit, für kurze Wege grundsätzlich auf das Auto zu verzichten und häufiger zu Fuß zu gehen, fast ebenso viele (87 %) sind bereit, häufiger mit dem Rad zu fahren. Zudem sind über 80 % bereit, als Autofahrerinnen und -fahrer Einschränkungen für einen rad- und fußgängerfreundlichen Verkehr hinzunehmen. Detailinformationen zu den Befragungsergebnissen sind Anhang A.2 zu entnehmen.

Die Fahrrad- und Fußgängerfreundlichkeit sollte nach Empfehlung der Kleingruppen vor allem durch Fahrradstraßen² und Radschnellwege³ gefördert werden, aber auch durch verbesserte Fahrradmitnahmemöglichkeiten im ÖPNV, mehr rad- und fußgängerfreundliche Stadtviertel und bessere Fahrradabstellmöglichkeiten.

➤ Kurze Wege zwischen Wohnen, Arbeit, Versorgung und Freizeit fördern

13 von 20 Kleingruppen empfehlen, die Möglichkeiten für **Home-Office sowie Aus- und Weiterbildung von zu Hause** aus zu verbessern und damit einen Teil der täglichen Fahrten zur Arbeits- oder Bildungsstätte einzusparen. Darüber hinaus ist es ihrer Ansicht nach notwendig, Wohnen, Arbeiten und Nahversorgung stärker zu durchmischen und mehr Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen. So soll ermöglicht werden, mehr Wege als bisher zu Fuß oder mit dem Rad zurückzulegen (siehe oben „Fahrrad und Fußgängerfreundlichkeit“). Durch eine verstärkte Nutzung regionaler und saisonaler Produkte und eine bessere Nahversorgung in den Ortschaften soll der Warentransport reduziert werden. Der Dienstleistungsverkehr, zum Beispiel durch Pflege- und Paketdienste, sollte aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger durch eine bessere Koordination reduziert werden.

2 Eine Fahrradstraße ist eine Straße, die so angelegt wurde, dass Radfahrer das Bild dominieren und der motorisierte Verkehr als Gast toleriert wird. Sie gleichen Fahrradwegen über die gesamte Straßenbreite, auf denen motorisierter Verkehr zugelassen ist. Im rechtlichen Sinn ist eine Fahrradstraße eine Straße mit Mischverkehr. (vgl. Presto 2017).

3 Radschnellwege werden meist als eigenständige, qualitativ hochwertige Infrastruktur unabhängig vom Kfz-Verkehr geplant und umgesetzt, um den Alltagsradverkehr leistungsfähiger und attraktiver zu machen (ADFC 2017). Sie verknüpfen wichtige Zielbereiche über größere Entfernungen und ermöglichen durchgängig ein sicheres und attraktives Befahren mit hohen Reisegeschwindigkeiten (vgl. Haase 2013: 6).

Die Bereitschaft der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter für kurze Wege auf das Auto zu verzichten, ist mit 89 % hoch. 21 % könnten sich sogar vorstellen, umzuziehen, um alltägliche Wege zu verkürzen.

➤ Elektromobilität fördern

Zentrales Thema ist die Umstellung des motorisierten Verkehrs hin zu einer klimafreundlichen Mobilität. Empfehlung der Teilnehmenden ist eine weitest gehende Umstellung des motorisierten Verkehrs auf Elektromobilität (E-Mobilität). Hierzu haben die Kleingruppen insgesamt 17 Hinweise gesammelt. Eine wichtige Basis dafür ist der Ausbau der Ladeinfrastruktur, zu dem mit 16 Empfehlungen fast ebenso viele Hinweise eingebracht wurden. Der benötigte Strom sollte möglichst regenerativ erzeugt werden, um den Beitrag zum Klimaschutz zu erhöhen.

Die Ergebnisse des Fragebogens bestätigen die Empfehlung der Kleingruppen: Mehr als die Hälfte der Befragten wäre heute bereits bereit, ihr Auto durch ein Elektroauto zu ersetzen.

Detailinformationen zu den Befragungsergebnissen sind A.2 zu entnehmen.

➤ Mobilitätsdienstleistungen stärker vernetzen

Besonders für einen attraktiven ÖPNV, aber auch für eine rad- und fußgängerfreundliche Region ist eine stärkere **Vernetzung der Mobilitätsangebote** erforderlich. Viele der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter empfehlen einen Mobilitätsverbund, der ein Ticket für alle Verkehrssysteme beinhaltet. Wichtig ist ebenfalls eine stärkere Vernetzung von öffentlichem Verkehr und Individualverkehr, zum Beispiel durch mehr Park oder Bike & Ride-Plätze. Der Ausbau von Knotenpunkten, an denen Verkehrsteilnehmende leichter zwischen klimafreundlichen Verkehrsmitteln wechseln können, oder ein Informationssystem, welches Auskunft über die optimale Verkehrsmittelwahl gibt, sollte den **Umstieg auf klimafreundliche Verkehrsmittel erleichtern**. Auch Mitfahrzentralen oder stärkere Anreize zur Bildung von Fahrgemeinschaften durch Kommunen oder Betriebe werden als wichtige Ansätze benannt. Die Fragebogenauswertung zeigt deutlich, dass vor allem der erforderliche Zeitaufwand für das persönliche Mobilitätsverhalten entscheidend ist (siehe Abbildung 2.5). Eine bessere Vernetzung von Mobilitätsdienstleistungen soll aus Sicht der Befragten dazu beitragen, den Zeitaufwand für Wege und Fahrten mit klimafreundlichen Verkehrsmitteln zu reduzieren.

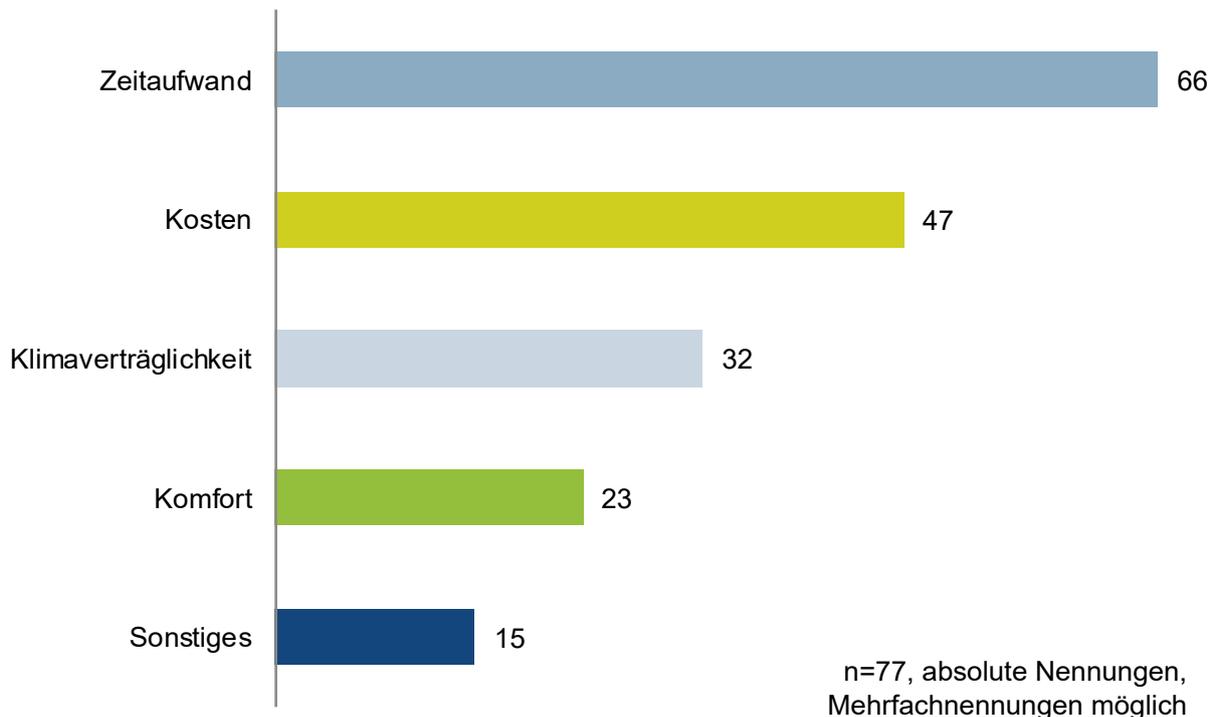


Abbildung 2.5: Worauf achten Sie bei Ihrem persönlichen Mobilitätsverhalten?

➤ Klimafreundliche Mobilität durch finanzielle Anreize steuern

In den Kleingruppen haben die Teilnehmenden 18 Empfehlungen gesammelt, die die Streichung klimaschädlicher finanzieller Anreize betreffen. Dazu zählen die Abschaffung von Dienstwagen zur privaten Nutzung sowie die Abschaffung der Pendlerpauschale. Letzterer Ansatz wird jedoch auch von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern kritisch gesehen. Im Gegenzug sollten aus Sicht der Teilnehmenden **finanzielle Anreize für ein klimafreundliches Mobilitätsverhalten** eingeführt werden, zum Beispiel in Form von Punkte- und Prämiensystemen, die Verkehrsvermeidung belohnen, oder durch Steuervergünstigungen.

Jeweils eine Kleingruppe empfiehlt, externe Effekte zu ermitteln und in die Mobilitätskosten (zum Beispiel bei Flugreisen, Benzin und Diesel) einzuberechnen.

Die Veränderung der Kosten wird als ein wesentlicher Ansatz angesehen, um eine Änderung des Mobilitätsverhaltens zu bewirken. Diese wird auch durch die Fragebogenergebnisse unterstrichen: für fast die Hälfte der Befragten sind die Kosten ein wichtiger Faktor für das Mobilitätsverhalten (siehe Abbildung 2.5).

➤ Verkehrsberuhigung weiter ausbauen

Eine **konsequente Verkehrsberuhigung** kann laut einiger Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu beitragen Verkehr zu vermeiden. Befürwortet haben drei Gruppen verschiedene Möglichkeiten der Geschwindigkeitsbegrenzung (zum Beispiel Tempo-30 innerorts / Tempo-80 außerorts / Tempo-100/130 auf der Autobahn). Im Fragebogen gaben über 80 % der Befragten an, auch ein Tempoli-

mit von 130 km/h auf der Autobahn akzeptieren. Darüber hinaus spricht sich eine Kleingruppe für eine Maut für den „Durchgangsverkehr“, also Verkehr, der keinen Anlaufpunkt in der Region als Ziel hat, sondern diese nur durchquert, aus.

➤ Verkehr und Mobilität intelligent steuern

22 der Empfehlungen aus den Kleingruppen zielen auf den Einsatz einer innovativen „Software“ in Form von **intelligenten Verkehrssteuerungsmodellen** ab. Durch autonomes Fahren, die Steuerung des Verkehrsflusses oder intelligentes, vernetztes Fahren sollte aus Sicht einiger Bürgergutachterinnen und –gutachter der Verkehr effizienter und klimafreundlicher gestaltet werden.

➤ Kraftfahrzeugfreie oder -reduzierte Bereiche fördern

18 der Kleingruppenempfehlungen beziehen sich darauf, **kraftfahrzeugfreie Bereiche** einzuführen. Denkbar ist für die Kleingruppen, autofreie Wohngebiete auszuweisen oder Fahrverbote für Innerortsbereiche festzulegen. Um den Kfz-Anteil in den Städten zu reduzieren bzw. Autofahren weniger attraktiv zu machen, empfehlen einige Gutachterinnen und Gutachter, Parkplätze zu verteuern oder zu verknappen.

➤ Für klimafreundliches Mobilitätsverhalten sensibilisieren

Einige Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter betonen, dass die Umstellung auf eine klimafreundliche Mobilität eine umfassende **Sensibilisierung und Information** zu diesem Thema voraussetzt. Dafür schlagen sie Aktionen wie „Autofreie Sonntage“, Verkehrserziehung an Schulen oder Kampagnen für eine klimafreundliche Mobilität vor.

Elektromobilität fördern Fahrrad- und Fußgängerfreundlichkeit erhöhen

ÖPNV attraktiv und bedarfsgerecht gestalten

Kurze Wege zwischen Wohnen, Arbeit, Versorgung und Freizeit fördern Mobilitätsdienstleistungen stärker vernetzen

Abbildung 2.6: TOP 5 der Handlungsempfehlungen für eine klimaschonende Mobilität 2050

➤ Effiziente und bedarfsgerechte Fahrzeuge entwickeln

Im Bereich der technischen Optimierung wird empfohlen, **effizientere und bedarfsgerechtere Fahrzeuge**, zum Beispiel in Leichtbauweise oder mit Elektroantrieb, zu entwickeln sowie Fahrzeuge bezüglich ihres Treibstoffverbrauchs, ihrer Leistung und ihrer Geschwindigkeit klimafreundlicher zu gestalten. Nach den Ergebnissen des Mobilitätsfragebogens können sich fast 60 % vorstellen, ihr Auto gegen ein kleineres Auto mit weniger Verbrauch einzutauschen

➤ Carsharing-Angebote ausweiten

Aktuell werden Carsharing-Angebote von den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern nur in sehr geringem Umfang genutzt: 5 % nutzen Carsharing-Angebote seltener als einmal im Monat. Im Fragebogen geben jedoch 30 % an, bereit zu sein, auf ein eigenes Auto zu verzichten und stattdessen Carsharing zu nutzen.

Die **Einführung bzw. Ausweitung von stationsunabhängigen Car- und Bike-Sharing-Angeboten** wird in 18 Hinweisen aus den Kleingruppen genannt und fast ebenso häufig werden gemeinschaftlich genutzte Fahrzeuge als wichtiger Handlungsansatz für klimafreundliche Mobilität empfohlen.

➤ Klimafreundliche Treibstoffe nutzen

Die Teilnehmenden empfehlen den verbleibenden Individualverkehr mit Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor, der nicht auf andere Verkehrsmittel oder Elektrofahrzeuge verlagert werden kann, durch **klimafreundliche Treibstoffe** aus Strom oder Biomasse abzudecken. Der Strom sollte dabei aus erneuerbaren Energien stammen.

➤ Lieferverkehr klimafreundlich gestalten

Der Einkaufs- und Lieferverkehr hat mittlerweile einen großen Anteil am Verkehrsaufkommen. Um die klimaschädlichen Einflüsse dieses Bereiches zu verringern, schlagen einige Kleingruppen die Einrichtung von Lieferdiensten für Einkäufe des täglichen Bedarfs vor. Als CO₂-neutrale Alternative zum herkömmlichen innerstädtischen Lieferverkehr wird der Einsatz von Lastenrädern angeregt.

Anmerkungen aus der „Meinungskiste“

Zusätzlich zu den Ergebnissen der Kleingruppenarbeit zeigen auch die weiteren Anregungen in der „Meinungskiste“, in der die Bürgergutachterinnen und gutachter frei während des Wochenendes weitere Hinweise zum Klimaschutz geben konnten, die **hohe Bedeutung** des Themas Mobilität: Viele Anregungen beziehen sich auf die Verbesserung des ÖPNV und der Fahrradfreundlichkeit oder die Verkehrsberuhigung. Auch der Schutz von Frei- und Grünflächen wird im Zusammenhang mit der Gestaltung von fußgänger- und fahrradfreundlichen Städten und Gemeinden betont (siehe Anhang C).

2.2 Klimafreundlich leben

Mehr als die Hälfte der Gesamtemissionen von 11,1 Tonnen CO₂ pro Person und Jahr in Deutschland (Stand 2013) werden direkt oder indirekt durch **private Haushalte** verursacht (Umweltbundesamt 2016). Fachleute sind sich daher einig, dass echte Fortschritte im Klimaschutz nur erreicht werden können, wenn möglichst viele Menschen durch ihr alltägliches Verhalten dazu beitragen, den CO₂-Ausstoß zu senken und die Prinzipien der Nachhaltigkeit in ihrem Lebensstil integrieren. Als wesentliche Schwerpunkte wurden im Themenblock „Klimafreundlich leben“ die Bereiche Energiesparen sowie Konsum und Ernährung behandelt.

2.2.1 Schwerpunkt: Energiesparen im Alltag

Fragestellung und Methodik

Zunächst hörten die Bürgergutachterinnen und -gutachter Dedo von Krosigk (e4-Consult) zum Schwerpunkt „Energiesparen im Alltag“. Hier nahm er unter anderem den Energieverbrauch im Haushalt in den Blick und schilderte, welchen Einfluss der persönliche Lebensstil auf die CO₂-Emissionen hat. Im Anschluss an den Vortrag hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Aufgabe, in Kleingruppen Handlungsansätze zur folgenden Fragestellung zu formulieren: „Wie kann erreicht werden, dass in privaten Haushalten mehr Energie eingespart wird?“ Als Anregung für die Diskussion dienten neben dem Impulsreferat einige Stichpunkte auf den Arbeitsanleitungen für die Gruppenarbeit. Aufgabe war es, sich in der Gruppe auf mindestens fünf wichtige

Handlungsansätze zu einigen und diese anschließend im Plenum vorzustellen.

Empfehlungen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter

Die **Senkung des Energieverbrauchs** ist ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung des Klimaschutzes im Sinne des Masterplans 100 % Klimaschutz. Private Haushalte können durch Energiesparmaßnahmen ihren Beitrag zur Reduktion des Energieverbrauchs leisten. Die Bürgergutachterinnen und -gutachter identifizierten 111 Handlungsansätze zum Energiesparen im Haushalt: Ausgangspunkt sind Änderungen des eigenen Verhaltens, die durch **zwei zentrale Strategien** gefördert werden sollen. Zum einen haben die Kleingruppen Empfehlungen ausgesprochen, die auf der Angebotsseite ansetzen, insbesondere bei der Ausgestaltung von Anlagen und Geräten sowie der Schaffung oder Verschärfung entsprechender gesetzlicher Vorgaben. Zum anderen wurden viele Anregungen gesammelt, die den Energieverbraucher in den Blick nehmen und die Frage der Sensibilisierung für einen energiebewussten Verbrauch betrachten.

Die folgenden **Handlungsempfehlungen der Kleingruppen** für den Bereich „Energiesparen im Alltag“ beziehen sich daher sowohl auf das Verbraucherverhalten, das aus eigener Motivation erfolgen kann, als auch auf unterstützende Faktoren, wie Beratung, energiesparende Technik oder Produktkennzeichnungen (siehe Abbildung 2.8 und ausführlich in Anhang B.2). Wie auch in Kapitel 2.1 zum Thema Mobilität sind die Empfehlungen zu Clustern zusammengeführt, um die Schwerpunkte in den Kleingruppen erkennen zu können.



Abbildung 2.7: Impulsvortrag und Kleingruppenarbeit zu Energiesparen im Alltag

Hinweise zur Abbildung:

- Absolute Nennungen
- Die „Anzahl der Einzelnennungen in den Kleingruppen“ gibt an, wie häufig Handlungsansätze aus diesem Bereich in den Kleingruppen genannt wurden. Insgesamt haben die 20 Kleingruppen 111 Handlungsansätze formuliert. Da jeweils mehrere einzelne Handlungsansätze zu einem Cluster zusammengefasst wurden, kann die Anzahl der Nennung in den Kleingruppen größer sein als die Gesamtzahl der Kleingruppen.

Lesebeispiel: Die 20 Kleingruppen haben von den insgesamt 111 Handlungsansätzen 16 formuliert, die sich unter der Handlungsempfehlung „Energiebewusst leben“ zusammenfassen lassen.

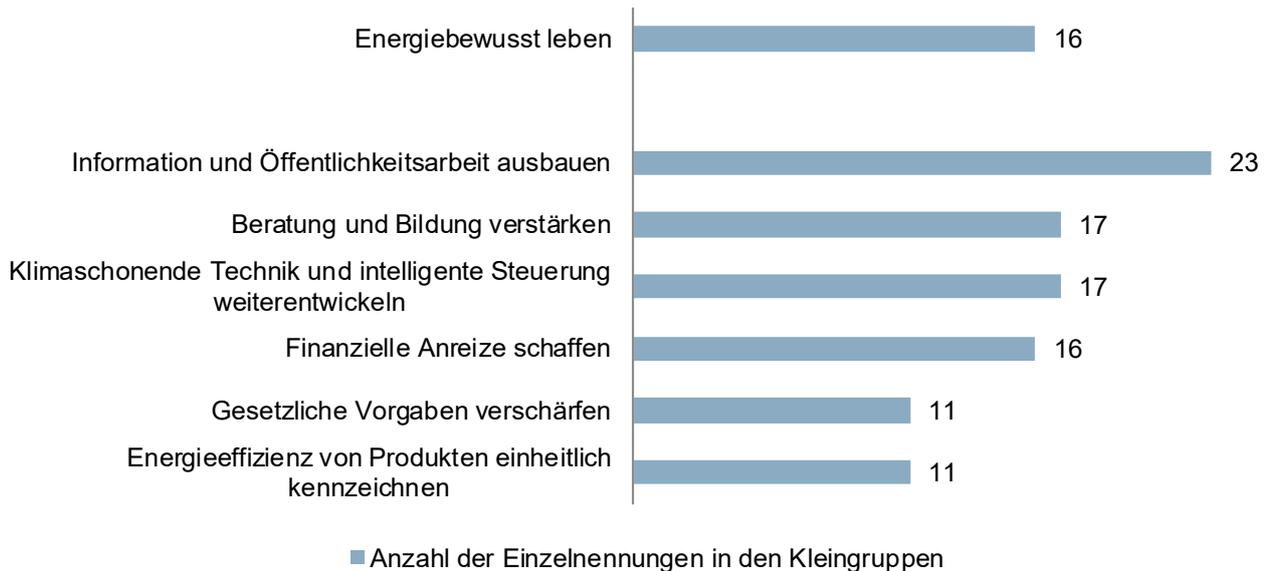


Abbildung 2.8: Handlungsansätze zum Energiesparen in privaten Haushalten

➤ Energiebewusst leben

Als übergreifender Handlungsansatz wird die **Veränderung des Nutzerverhaltens** jedes einzelnen Verbrauchers in vielen Kleingruppen gefordert. Viele Maßnahmen können schon heute umgesetzt werden, ohne dass die Anschaffung neuer Geräte oder eine Beratung notwendig ist. Neben Maßnahmen wie dem Verzicht auf unnötige Geräte (zum Beispiel energieintensive „Luxusgeräte“ wie Klimaanlage) oder der regelmäßigen Kontrolle der eigenen Energieverbräuche, werden insbesondere Anpassungen des alltäglichen Nutzerverhaltens vorgeschlagen. Durch eine Änderung des Warmwasserverbrauchs sowie des Heiz- und Lüftungsverhaltens soll der Energieverbrauch im eigenen Haus gesenkt werden. Es wird empfohlen Geräte vollständig auszuschalten, um unnötigen Stromverbrauch im Standby-Modus zu vermeiden und anstatt einen Wäschetrockner zu benutzen, sollte die Wäsche möglichst auf der Leine getrocknet werden.

➤ Information und Öffentlichkeitsarbeit ausbauen

Um die Verbraucher zu energiesparendem Verhalten zu bewegen, erachten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine **verständliche Information und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit** als unerlässlich. Daher empfehlen sie in allen Lebensbereichen über das Thema Energiesparen zu informieren und dafür zu sensibilisieren.

Dies kann in Form von Aufklärungskampagnen über Energiesparmaßnahmen in den Medien geschehen, die beispielsweise Hinweise für Verhaltensänderungen im Alltag geben. Wichtig ist den Bürgerinnen und Bürgern eine kontinuierliche und praxisbezogene Präsenz des Themas in den Medien, unter anderem durch regelmäßige Infospots oder kurze Infosendungen, wie zum Beispiel eine Neuauflage der TV-Sendung „Der 7. Sinn“, die statt über Verkehrsverhalten über Energie und Klimaschutz informieren könnte.

Eine wichtige Rolle bei der Weitergabe von Informationen zum Klimaschutz spielen für die Bürgerinnen und Bürger auch öffentliche Stellen. Hier sehen die Teilnehmenden Verbesserungsbedarf: sie sprechen sich für eine **bessere Informationsweitergabe** sowie die häufigere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Sachentscheidungen zur Erhöhung der Transparenz und Akzeptanz aus, zum Beispiel durch Bürgergutachten. Zudem beinhalten sechs Hinweise aus den Kleingruppen die Empfehlung, Informationen zum Energiesparen anschaulich und verständlich aufzubereiten und für die Verbraucher über öffentliche Stellen oder das Internet leicht zugänglich zu machen. Als sinnvoll werden zum Beispiel Größenvergleiche bei Einspareffekten, die der Verbraucher einordnen kann, angesehen. Auch werden die Präsentation von Referenzhaushalten als gute Beispiele oder die Sensibilisierung für Einsparmöglichkeiten durch transparente Abrechnungen empfohlen. Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger kann es nur durch

die Ansprache der Verbraucher über verschiedene Kanäle gelingen, möglichst viele Menschen zum Energiesparen zu bewegen.

➤ **Beratung und Bildung verstärken**

Bei der Aufklärung über Energieverbräuche und Energiesparmaßnahmen im Haushalt, spielen individuelle Energieberatungsangebote für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine wichtige Rolle. Neun Kleingruppen empfehlen daher **vielfältige, verständliche Energieberatungsangebote** für private Haushalte als effektiven Handlungsansatz, um Klimaschutz im privaten Bereich zu fördern. Die Beratungen sollten durch unabhängige Verbraucherzentralen oder auch die Energieversorger vorgenommen werden, ebenso sind Online-Angebote denkbar. Neben breiten Angeboten sollten auch solche für spezielle Zielgruppen zur Verfügung stehen, wie zum Beispiel eine Rechtsberatung für Mieter, bei der sich diese über ihre Rechte hinsichtlich energetischer Sanierungen ihres Mietobjektes beraten lassen können. In der Schule können Energieberatungen zum Beispiel in Form von Energiesparworkshops, die inhaltlich auf junge Menschen abgestimmt sind, angeboten werden. Wichtig ist eine verständliche Aufbereitung der Beratungsinformationen.

In den Kleingruppen wird immer wieder die große Bedeutung von **Bildung für energiesparendes Verhalten** betont. Um auch Kinder und Jugendliche frühzeitig darüber aufzuklären, wo und auf welche Weise jeder Einzelne zur Senkung des Energieverbrauchs beitragen kann, empfehlen sechs Kleingruppen, das Thema Energiesparen als Bildungsinhalt in der Schule zu etablieren. Aber auch jenseits der Schule, zum Beispiel im Rahmen von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen von Erwachsenen, gilt es wichtige Inhalte zum Klimaschutz und Energiesparen zu vermitteln.

➤ **Klimaschonende Technik und intelligente Steuerung weiterentwickeln**

Der Einsatz energieeffizienter Anlagen und Geräte sowie **intelligenter Steuerungsanlagen** ist ein zentrales Themenfeld, um das Energiesparen in privaten Haushalten voranzubringen.

Im Vordergrund der Empfehlungen steht die intelligente Steuerung des Energieverbrauches. Dabei kann es um eine punktuelle Steuerung gehen, zum Beispiel der Heizungsanlage mit der Einstellung einer individuellen Regelung der Raumtemperatur für jeden Raum oder der Beleuchtung durch eine automatische Licht-

steuerung. Mit komplexen intelligenten Steuerungssystemen kann der Energieverbrauch des gesamten Haushalts geregelt werden, indem Haustechnik und Haushaltsgeräte miteinander vernetzt werden (Smart Home).

Fünf Vorschläge der Kleingruppen empfehlen für Haushalte, vorhandene ineffiziente Geräte und Anlagen, wie zum Beispiel Elektrogeräte, Heizungsanlagen oder Beleuchtung, durch energieeffizientere zu ersetzen bzw. bei Neuanschaffungen von vornherein auf deren hohe Energieeffizienz zu achten. Konkret wird zum Beispiel die Umstellung der Beleuchtung auf Leuchtdioden (LED) -Technik vorgeschlagen.

➤ **Finanzielle Anreize schaffen**

Damit möglichst viele Verbraucher auf klimaschonende Geräte und Anlagen umrüsten, müssen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger die richtigen **Rahmenbedingungen und Anreize** geschaffen werden. Der Austausch alter Geräte und Anlagen kann durch die Einführung von Prämien beschleunigt werden. Denkbar sind auch höhere Abschreibungsquoten für den Austausch von ineffizienten Heizungsanlagen. Im Bereich der Gebäudesanierung empfehlen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mehr Fördermöglichkeiten anzubieten, die als Investitionsanreiz dienen und zum Beispiel ökologische Bau- und Sanierungsweisen attraktiver machen. Als zusätzlichen Anreiz können Wettbewerbe ausgelobt werden, die besonders energieeffiziente Sanierungsprojekte prämiieren (wie zum Beispiel die „Grüne Hausnummer“ der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen). Wichtig erscheint es den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern, bestehende und zukünftige Förderprogramme verständlich aufzubauen und leicht zugänglich zu machen. Weitere mögliche Anreize wären die Einführung eines Bonussystems für Energieeinsparungen sowie das Angebot günstiger Tarife bei geringem Energieverbrauch.

➤ **Gesetzliche Vorgaben verschärfen**

Die Bürgergutachterinnen und gutachter sind sich in vielen Gruppen einig, dass mehr gesetzliche Vorgaben die Voraussetzung sind, um sowohl Wirtschaft als auch Verbraucher zu mehr Bemühungen zur Energieeinsparung zu veranlassen. Insgesamt wurden hierzu elf Empfehlungen in den Kleingruppen gesammelt. So sollten die Gesetzgeber vermehrt **konkrete Vorgaben** für energiesparendes Verhalten erlassen. Für den Gebäudebereich

Energiebewusst leben

Klimaschonende Technik und intelligente Steuerung weiterentwickeln

Information und Öffentlichkeitsarbeit ausbauen

Beratung und Bildung verstärken

Abbildung 2.9: TOP 3 der Handlungsempfehlungen für „Energiesparen im Alltag“ mit der übergeordneten Handlungsempfehlung „Energiebewusst leben“

wird empfohlen schärfere Vorgaben für die Energieeffizienz von Neubauten zu formulieren. Bei der energetischen Sanierung von Bestandsgebäuden sollte auf eine bessere Vereinbarkeit von Denkmalschutz und Energiesparmaßnahmen geachtet werden. Um die Energieeffizienz bei Produkten zu fördern, sollten energieeffiziente und –ineffiziente Produkte unterschiedlich hoch besteuert werden. Für die Herstellung von neuen Elektrogeräten soll ein ökologisches Produktdesign⁴ vorgeschrieben werden. Denkbar ist zudem die Formulierung gesetzlicher Vorgaben zum Austausch von Alt-Elektrogeräten, um „Stromfresser“ flächendeckend aus Haushalten, Büros etc. zu entfernen. Und auch für Heizungsanlagen sollten die Mindeststandards für deren Effizienz verschärft werden.

➤ **Energieeffizienz von Produkten einheitlich kennzeichnen**

Die Bürgerinnen und Bürger sehen auch die Verbraucher in der Verantwortung. Sie sollten beim Kauf von Anlagen und Geräten auf deren Energieeffizienz achten. Zur Vereinfachung der Kaufentscheidung wird eine aussagekräftige **Kennzeichnung zur Energieeffizienz von Geräten** empfohlen. Diese sollte durch eine neutrale Institution vorgenommen werden, gesetzlichen Vorgaben folgen und damit Verlässlichkeit bieten.

2.2.2 Schwerpunkt: Ernährung und Konsum

Fragestellung und Methodik

Für einen großen Teil der Ressourceninanspruchnahme und klimaschädlichen Umwelteinflüsse ist der **Konsum der privaten Haushalte** verantwortlich. Das bedeutet umgekehrt, dass jede/r durch Entscheidungen, die er/sie im Alltag zum Beispiel beim Einkaufen trifft, einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. An dieser Stelle setzt der zweite Teil des Themenblocks „Klimafreundlich leben“ an. Er wurde mit einem **Expertenvortrag** von Jan-Christoph Sicard (Planungsgruppe Umwelt) zum Thema Konsum und Ernährung eingeleitet, gefolgt von einem Kurzfilm zu den Auswirkungen der Ernährung auf das Klima. Im Anschluss positionierten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einem individuellen **Fragebogen**, inwiefern sie zu bestimmten klimafreundlicheren Verhaltensweisen bereit wären. Anschließend erarbeiteten die **Kleingruppen** jeweils mindestens fünf **Handlungsansätze** zur Fragestellung: „Wer muss was tun, um einen klimafreundlichen Konsum voranzubringen?“. Zum Abschluss stellten die Kleingruppen ihre Vorschläge im Plenum vor.

⁴ Bei ökologischem Produktdesign wird der gesamte Lebenszyklus eines Produktes berücksichtigt. – von der Rohstoffgewinnung über die Produktion, Distribution und Nutzung bis hin zur Verwertung oder Entsorgung. Neben Fragen des Energieverbrauchs und eines verantwortungsvollen Umgangs mit Ressourcen, werden auch Fragen des Nutzerverhaltens, der Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit gestellt (Bundespreis Ecodesign o.J.).

Empfehlungen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter

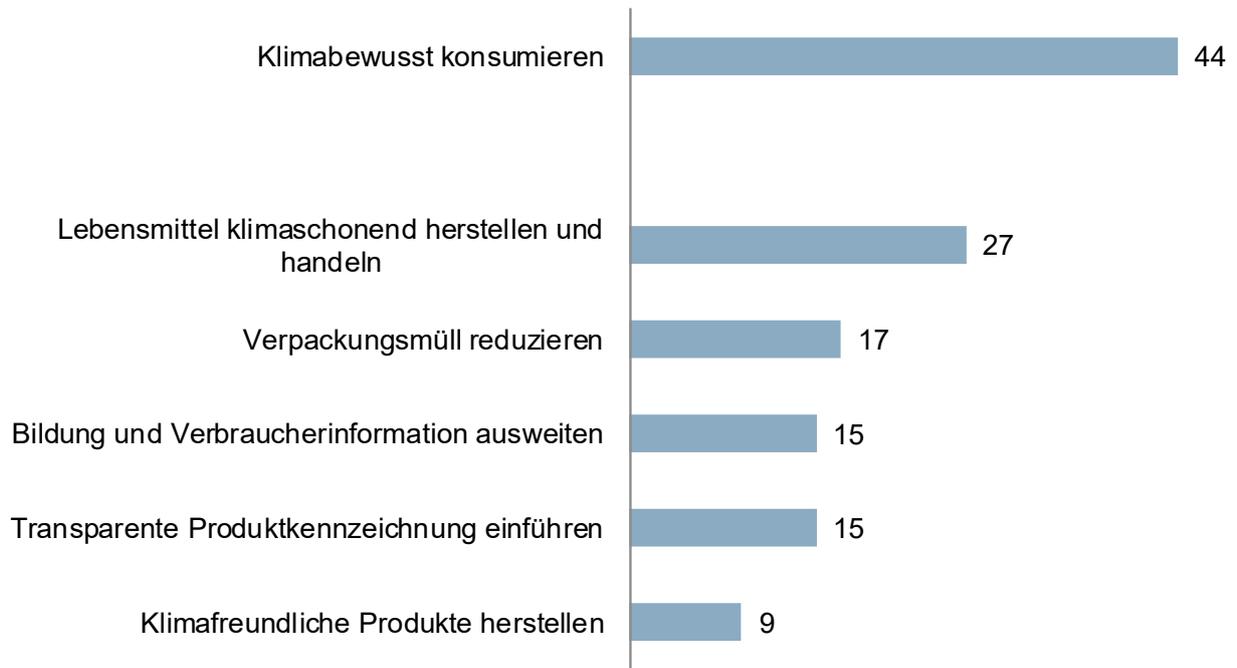
Viele der Handlungsansätze, die die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter formuliert haben, beziehen sich auf das Konsumverhalten jedes Einzelnen. Wie auch beim Thema „Energiesparen“ haben die Teilnehmenden jedoch auch viele Empfehlungen formuliert, die auf die **Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen** für ein klimafreundliches Konsumverhalten abzielen. Sie nehmen die Angebotsseite in den Blick und sind insbesondere an die Politik und Wirtschaft adressiert.

In Abbildung 2.11 sind die Einzelergebnisse der Kleingruppen zu Clustern mit den Gewichtungen der Kleingruppen im Überblick zusammengefasst dargestellt (siehe auch ausführlich in Anhang B.3). Tabelle 2.1 ist zu entnehmen, welche Akteure aus Sicht der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in den einzelnen Bereichen aktiv werden sollten. Auf genauere Diskussionsinhalte zu den einzelnen Clustern wird im anschließenden Text eingegangen.

➤ **Klimabewusst konsumieren**

Die Bürgergutachterinnen und –gutachter sprechen sich dafür aus, dass jeder in Zukunft seinen Konsum bedarfsgerecht gestalten sowie insgesamt weniger und gleichzeitig bewusster konsumieren sollte. Ein **klimabewusster Verbraucher** sollte sich an der Qualität orientieren sowie regionale Produkte und saisonale Produkte bevorzugen. Den Fleischkonsum gilt es deutlich zu reduzieren. Im Sinne eines nachhaltigen und ressourcenschonenden Konsums sollten Verbraucher langlebige Produkte bevorzugen sowie eine längere Nutzung anstreben. Ist ein Produkt defekt, sind zunächst Möglichkeiten der Reparatur zu prüfen. Um den Konsum zu reduzieren, empfehlen zwei Kleingruppen vermehrt auf gemeinschaftliche Nutzung zu setzen (zum Beispiel von Bohrmaschinen oder ähnlichen Dingen, die nur selten benötigt werden) und häufiger gebrauchte Sachen zu kaufen oder zu verkaufen. Und schließlich sollte jeder Konsument stärker darauf achten Verpackungsmüll zu vermeiden.

Die Abfrage unter den Bürgergutachterinnen und –gutachtern zur **Bereitschaft zum klimafreundlichen Konsum** zeigt, dass ein Großteil von ihnen bereits auf ein klimabewusstes Konsumverhalten im eigenen Alltag achtet (siehe Abbildung 2.12). Darüber hinaus besteht bei vielen die Bereitschaft das Konsumverhalten in Zukunft klimafreundlicher zu gestalten. Schwer vorstellbar sind für die Mehrheit jedoch eine Umstellung der Ernährung auf vegetarische oder vegane Ernährung sowie eine Veränderung des Wohnortes und der Wohnsituation zugunsten der Klimaverträglichkeit. Bezüglich des letzten Punkts wurde allerdings darauf hingewiesen, dass ein Wohnort in der Stadt nicht automatisch klimaverträglicher ist als ein Leben auf dem Land. Die Klimaverträglichkeit der Wohnsituation hängt nicht nur von Standort, sondern auch stark von der Wohnform und dem Lebensstil ab.



■ Anzahl der Einzelnennungen in den Kleingruppen

Abbildung 2.10: Wer muss was tun, um einen klimafreundlichen Konsum voranzubringen? Ergebnisse der Kleingruppenarbeit in der Übersicht

Hinweise zur Abbildung:

- Absolute Nennungen
- Die „Anzahl der Nennung in den Kleingruppen“ gibt an, wie häufig Handlungsansätze aus diesem Bereich in den Kleingruppen genannt wurden. Insgesamt haben die 20 Kleingruppen 127 Handlungsansätze formuliert. Da jeweils mehrere einzelne Handlungsansätze zu einem Cluster zusammenge-

fasst wurden, kann die Anzahl der Nennung in den Kleingruppen größer sein als die Gesamtzahl der Kleingruppen. Lesebeispiel: Die 20 Kleingruppen haben von den insgesamt 127 Handlungsansätzen 44 formuliert, die sich unter der Handlungsempfehlung „Klimabewusst konsumieren“ zusammenfassen lassen.

Was?	Wer?			
	Verbraucher, Private Haushalte	Wirtschaft, Handel	Gesetzgeber, öffentliche Stellen	Bildungseinrichtungen, Medien
Klimabewusst konsumieren	✓	Als gute Vorbilder		
Lebensmittel klimaschonend herstellen und handeln	Als Zielgruppe	✓	✓	
Verpackungsmüll reduzieren		✓	✓	
Bildung und Verbraucherinformation ausweiten			✓	✓
Transparente Produktkennzeichnung einführen		✓	✓	
Klimafreundliche Produkte herstellen		✓	✓	

Tabelle 2.1: Wer muss in welchen Bereichen aktiv werden, um Ernährung und Konsum in Zukunft klimafreundlicher zu gestalten?

Inwiefern sind Sie bereit ...

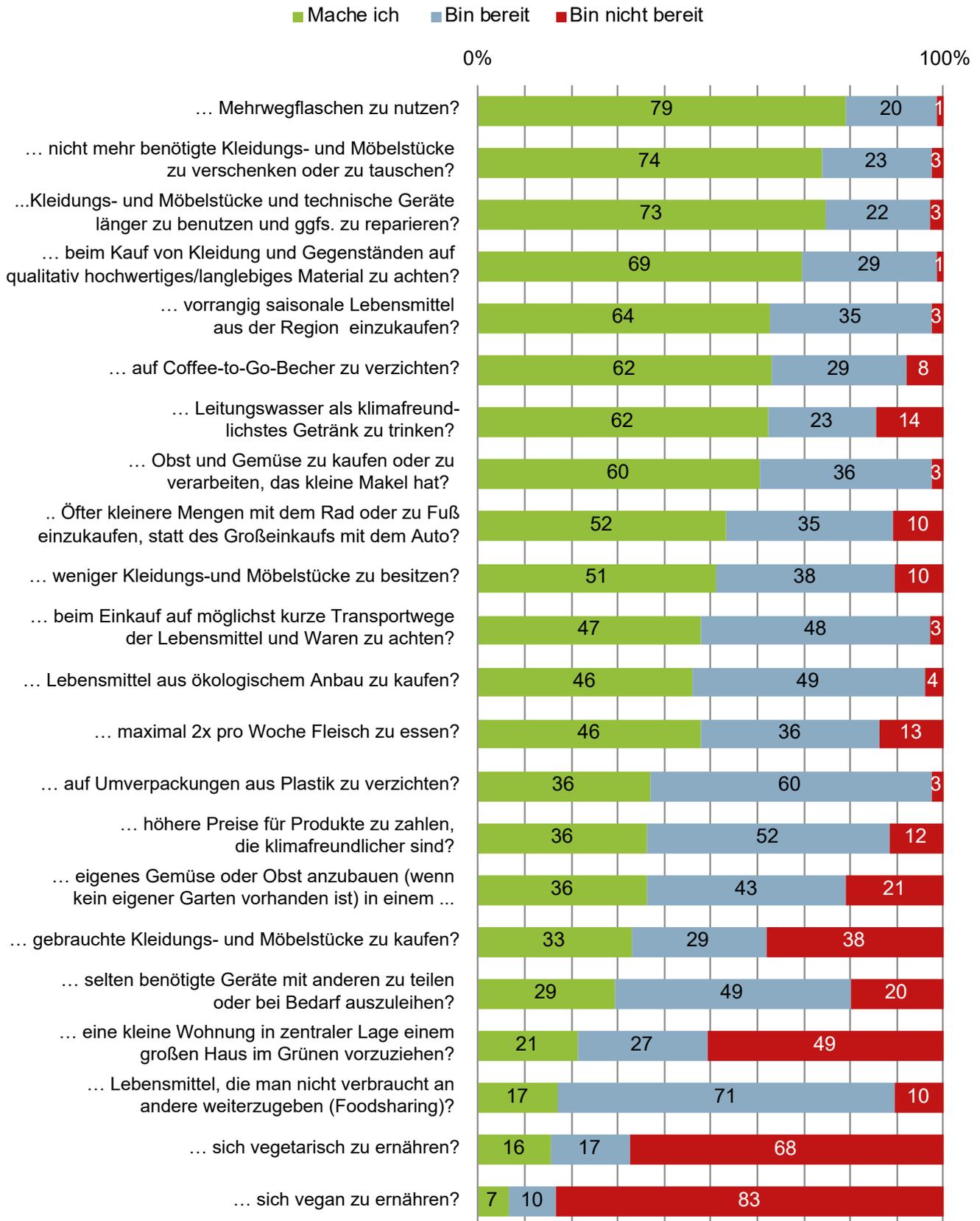


Abbildung 2.11: Fragebogen „Bereitschaft für Konsumwandel“

➤ Lebensmittel klimaschonend herstellen und handeln

Die Teilnehmenden sehen neben dem Verbraucher insbesondere auch den Lebensmittelhandel und die Lebensmittelproduzenten in der Pflicht das Ziel eines klimafreundlichen Konsums zu verfolgen.

Für die **Gestaltung eines klimafreundlicheren Handels** empfehlen sie das Angebot regionaler, saisonaler und ökologischer Produkte auszubauen, zum Beispiel in Supermärkten oder auf Wochenmärkten. Darüber hinaus lautet ihre Empfehlung regionale und saisonale Produkte günstiger und ansprechender anzubieten, nicht-regionale Produkte zu verteuern und Export und Import von Lebensmitteln zu unterbinden.

Durch Verzicht seitens der Gesetzgeber (EU, Bund, Land) auf Vorgaben zum Aussehen von Lebensmitteln könnten der Empfehlung zweier Kleingruppen zufolge Lebensmittelverluste und -verschwendung zukünftig minimiert werden. Der Handel selbst kann Verlust und Verschwendung von Lebensmitteln entgegenwirken, indem Produkte, die Makel haben oder deren Haltbarkeitsdatum abgelaufen ist, günstiger angeboten oder gespendet werden. Die Bereitschaft der Bürgergutachterinnen und gutachter diese Lebensmittel zu verarbeiten, ist vorhanden: laut Befragung kaufen und verarbeiten 60 % von ihnen auch Obst und Gemüse, das kleine Makel hat (siehe Abbildung 2.11). Die Legalisierung des „Containerns“⁵ durch den Gesetzgeber kann laut zweier Kleingruppen ebenfalls zu einer besseren Verwertung bereits produzierter Lebensmittel beitragen. Auch diese Empfehlung wird durch das Ergebnis des Fragebogens bekräftigt, wonach viele die Bereitschaft zeigen, nicht benötigte Lebensmittel zukünftig mit anderen zu teilen oder zu verschenken. Gleiches gilt auch für selten benötigte Gegenstände, Kleidungs- und Möbelstücke. Die Reduzierung unnötigen Konsums könnte zusätzlich gefördert werden, indem der Handel alternative Konsum-Modelle und Sharing-Ansätze durch die Schaffung von geeigneten Plattformen unterstützt.

Auch wird empfohlen, dass die Gastronomie und Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung (Mensen, Kantinen) in Zukunft ein breites vegetarisches und veganes Angebot bereithalten, klimafreundliche Gerichte (zum Beispiel saisonal und regional) sowie kleinere Portionen anbieten.

Hinsichtlich der **Förderung einer klimafreundlichen Lebensmittelproduktion** sind nach Ansicht der Bürgerinnen und Bürger vor allem die Gesetzgeber (Bund, EU) gefragt, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen und deren Einhaltung zu kontrollieren. Als Empfehlung nennen sie die steuerliche Begünstigung

5 „Containern“ oder auch „Mülltauchen“ bezeichnet den Vorgang, weggeworfene und noch verzehrbare Lebensmittel aus Mülltonnen zu holen und sich davon zu ernähren. Die Motive von Mülltauchern können ethischer Natur sein, beispielsweise eine kritische Haltung zur Konsum- und Wegwerfgesellschaft (Lubba-deh 2014).

von Direktvermarktern sowie weniger Regularien für Kleinbetriebe vorzusehen.

Ebenfalls an die EU, Bund und Länder adressiert sind die Empfehlungen mehrerer Kleingruppen die Vergabe von Agrarfördermitteln an klimaverträgliche Produktionsweisen zu koppeln, eine reduzierte und klimaverträgliche Fleischproduktion sowie den Umstieg auf Bio-Landwirtschaft zu fördern und die Massentierhaltung abzuschaffen. Um das Marketing für ökologisch wirtschaftende Landwirte oder Genossenschaften zu unterstützen, empfiehlt eine Kleingruppe Tier- oder Fleischpatenschaften per App zu vermitteln.

Im Fragebogen benennen viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Anbau von eigenem Obst und Gemüse als vorstellbaren Beitrag zu einer klimafreundlichen Ernährung (siehe Abbildung 2.11). Um die gärtnerische Selbstversorgung auch im städtischen Bereich zu ermöglichen, schlagen einige Kleingruppen Ansätze wie „Urban Gardening“ vor.

Damit mehr Agrarflächen für den Anbau regional produzierter Lebensmittel zur Verfügung stehen, wird empfohlen, die Flächeninanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr mit Hilfe einer nachhaltigen, umweltverträglichen Raumplanung zu vermeiden. Insgesamt ist die Bereitschaft, bei der Ernährung und dem Lebensmitteleinkauf auf das Klima zu achten, bei den Teilnehmenden des Bürgergutachtens überwiegend hoch. Schon jetzt kaufen zwei Drittel der Befragten regionales und saisonales Obst und Gemüse. Rund die Hälfte achtet beim Einkauf darauf, dass die Waren einen möglichst kurzen Transportweg haben und setzt beim eigenen Einkauf auf klimafreundliche Transportmittel. Auch der Anteil derer, die gezielt Produkte aus ökologischem Anbau kaufen und mehr für klimafreundliche Produkte ausgeben, ist groß. Fast die Hälfte der Bürgergutachterinnen und gutachter isst nur zweimal in der Woche Fleisch. Einzig der komplette Verzicht auf Fleisch oder tierische Produkte insgesamt kommt für die meisten nicht in Frage (siehe Abbildung 2.11).

➤ Verpackungsmüll reduzieren

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehen für die **Vermeidung von Verpackungsabfällen** neben den Verbrauchern sowohl die Hersteller und den Handel als auch die Politik in der Pflicht. Sofern Verpackungsmüll nicht vermieden werden kann, sollten Hersteller und Handel recycelbare Alternativen nutzen. Gesetzgeber auf Bundes- und EU-Ebene sind gefragt, gesetzliche Vorgaben zur Verpackungsreduktion zu schaffen. Einzelne Kleingruppen sprechen sich dafür aus, die Hygienevorschriften für Verpackungen im Handel zu verändern und so den Verpackungsaufwand zu reduzieren. Als innovativer Ansatz wird zudem die Förderung von verpackungsfreien Läden angeregt.

Die Auswertung der Bereitschaftsabfrage ergab, dass viele der Bürgergutachterinnen und gutachter sich bereits bemühen, Verpackungsmüll zu vermeiden: fast 80 % der Befragten nutzen Mehrwegflaschen und jeweils über 60 % verzichten auf Coffee-

to-Go Becher und trinken Leitungswasser als klimafreundlichstes Getränk. Etwa ein Drittel verzichtet heute bereits auf Umverpackungen aus Plastik und weitere 60 % wären dazu bereit (siehe Abbildung 2.11).

➤ **Bildung und Verbraucherinformation ausweiten**

Bildung nimmt für die Förderung eines klimafreundlichen Lebensstils, insbesondere auch in Bezug auf Konsum und Ernährung, eine Schlüsselrolle ein. Viele Kleingruppen empfehlen daher die **Ausweitung von Bildungs- und Informationsangeboten** zu diesen Themen in Schulen und Kindertagesstätten, die nicht nur die Kinder und Schüler erreichen sollen, sondern auch deren Eltern. Die Verantwortung dafür sehen sie insbesondere beim Gesetzgeber, aber auch bei den Bildungseinrichtungen selbst. Einige Kleingruppen empfehlen die Wiedereinführung praxisorientierter Unterrichtsfächer wie Ernährungs-, Koch-, Werk- oder Handarbeitsunterricht. Im Fokus dieser Fächer sollte die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten stehen, mit deren Hilfe die Schülerinnen und Schüler zum Beispiel dazu befähigt werden Dinge selbst herzustellen oder zu reparieren. Ebenfalls zwei Gruppen halten auch die Einführung eines eigenen Schulfaches „Klimaschutz/ Nachhaltigkeit“ für sinnvoll. Die Initiative dafür müsste vom Gesetzgeber ausgehen.

Ein Bewusstseinswandel hin zu einem klimafreundlichen Konsum benötigt nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter eine **alltägliche Sensibilisierung** für klimafreundlichen Konsum über eine gute Verbraucherinformation. Hier wird die Aufgabe insbesondere bei Behörden und Verbraucherzentralen gesehen, zum Beispiel über die Medien ein Bewusstsein bei den Bürgerinnen und Bürgern für einen klimafreundlichen Konsum zu schaffen. Bildungseinrichtungen, Behörden und Medien sollten fundierte Aufklärungsarbeit leisten, indem sie über die negativen Auswirkungen des übermäßigen Konsums auf Klima, Umwelt und Gesundheit sowie über Alternativen informieren.

Laut der Befragungsergebnisse wird ein großes Potenzial zum klimabewussten Konsum im längeren Gebrauch von Gegenständen gesehen, zum Beispiel durch deren Recycling und Upcycling. Die Mehrheit der Befragten achtet schon jetzt darauf, Dinge länger zu nutzen und gegebenenfalls zu reparieren und viele sind in Zukunft dazu bereit (siehe Abbildung 2.11).

➤ **Transparente Produktkennzeichnung einführen**

Gezielte, transparente Informationen können dem Konsumenten dabei helfen klimafreundliche Kaufentscheidungen zu treffen. 15 Empfehlungen aus den Kleingruppen sprechen sich daher für die **Einführung einer Kennzeichnung** aus, zum Beispiel in Form

einer CO₂-Ampel. Die Bewertung der Produkte hinsichtlich ihrer CO₂-Bilanz sollte durch eine unabhängige Instanz vorgenommen werden. Neben der CO₂-Bilanz eines Produktes halten es die Bürgergutachterinnen und -gutachter auch für sinnvoll, die Herkunft und die Produktionsbedingungen durch eine Kennzeichnung nachvollziehbar zu machen. Die Umsetzungsverantwortung für diesen Schritt wird bei den Gesetzgebern auf den jeweils zuständigen Ebenen (EU, Bund, Land) gesehen.

➤ **Klimafreundliche Produkte herstellen**

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sprechen sich dafür aus die **Herstellung klimafreundlicher Produkte** stärker zu fördern. Weitere Empfehlungen lauten, die Rahmenbedingungen zur Herstellung von Geräten stärker zu reglementieren und zum Beispiel die gesetzliche Gewährleistung von Seiten des Gesetzgebers zu verlängern. Außerdem sehen viele der Teilnehmenden die Hersteller in der Pflicht, die Langlebigkeit und Reparaturfreundlichkeit von Elektrogeräten durch ökologisches Produktdesign zu erhöhen. Dies sollte durch entsprechende gesetzliche Vorgaben unterstützt werden. Untermuert werden diese Empfehlungen durch die Ergebnisse der Befragung. Demnach sind die Befragten in hohem Maße bereit insbesondere bei Kleidungs- und Möbelstücken auf eine hochwertige Verarbeitung zu achten, diese bei Defekt zu reparieren und insgesamt länger zu nutzen (siehe Abbildung 2.11). Eine Kleingruppe spricht sich dafür aus, Handwerksberufe attraktiver zu gestalten und die heimische Wirtschaft zu stärken, um so regionale Wertschöpfungsketten wiederherzustellen und Kreisläufe nutzen zu können. Als verantwortliche Akteure werden hier Handwerk, Unternehmen und Wirtschaftsverbände angesprochen.

Anmerkungen aus der „Meinungskiste“

Viele der ergänzenden Anregungen in der „**Meinungskiste**“ beziehen sich auf den klimabewussten Konsum, vor allem auf die Themen klimafreundliche Lebensmittelversorgung, Ernährung, Fleischkonsum, Transparenz der Produktion sowie Bildung und Kommunikation als unterstützende Faktoren. Dies unterstreicht die hohe Relevanz des Themas für viele Bürgergutachterinnen und -gutachter (siehe Anhang C).

Klimabewusst konsumieren

Verpackungsmüll reduzieren

Lebensmittel klimaschonend herstellen und handeln

Bildung und Verbraucherinformation ausweiten

Abbildung 2.12: TOP 3 der Handlungsempfehlungen für „Ernährung und Konsum“ mit der übergeordneten Handlungsempfehlung „Klimabewusst konsumieren“

2.3 Erneuerbare Energien nutzen

Ein wichtiges Ziel des Masterplans 100 % Klimaschutz ist es, den verbleibenden Energiebedarf bis zum Jahr 2050 möglichst vollständig aus erneuerbaren Energien zu decken.

Dies ist eine große **Herausforderung**, da 2010 erst 36 % des regionalen Strombedarfs aus erneuerbaren Energien gedeckt wurden und mit der Nutzung erneuerbarer Energien bereits heute Konflikte verbunden sind, die sich vor allem aus dem Flächenbedarf und den Auswirkungen auf das Landschafts- und Ortsbild und die Biodiversität ergeben (vgl. Zweckverband Großraum Braunschweig 2013: 51).

Fragestellung und Methodik

Jan-Christoph Sicard (Planungsgruppe Umwelt) informierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum **Einstieg in den Themenblock** über den aktuellen Stand der erneuerbaren Energieproduktion in Deutschland und in der Region. Darüber hinaus erläuterte er künftige Ausbaupotenziale sowie die zentralen Herausforderungen, die es zur Erreichung des Ziels „100 % Klimaschutz“ zu meistern gilt. Im Anschluss erhielten die Anwesenden einen **Fragebogen** zum Thema „Erneuerbare Energien“, in dem ihre persönlichen Einschätzungen, zum Beispiel zu bestimmten Energieträgern, abgefragt wurden. Im Rahmen eines Planspiels war es dann Aufgabe der Bürgergutachterinnen und gutachter, in

Kleingruppen ein Modell zur Deckung des zukünftigen Energiebedarfs im Jahr 2050 zu erarbeiten.

Aufgabenstellung des **Planspiels** in den Kleingruppen war es, ein Modell auszuarbeiten, das zeigt in welchem Umfang welche erneuerbaren Energien genutzt werden sollten, um den Energiebedarf im Jahr 2050 zu decken. Für die Durchführung des Planspiels erhielten die Kleingruppen neben einer schriftlichen Anleitung zwei Arbeitsblätter.

Auf dem ersten Arbeitsblatt sollten die Kleingruppen ihren gewünschten **Energiemix zur Deckung des Energiebedarfs 2050** eintragen. Als Grundlage wurden für die Energieträger Windkraft, Photovoltaik auf Dachflächen, Photovoltaik auf Freiflächen, Solarthermie, Biogas aus Reststoffen und Biogas aus nachwachsenden Rohstoffen sowie Wasserkraft jeweils die laut Potenzialanalyse maximal zu erzeugenden Energiemengen in Form von selbstklebenden Rechtecken, die jeweils 500 Gigawattstunden (GWh) entsprachen, bereitgestellt (Maximalpotenzial). Die Vorgabe lautete, den als Rahmen vorgegebenen Energiebedarf im Jahr 2050 von 15.500 GWh im gewünschten Verhältnis der verschiedenen Energieträger auszufüllen (siehe Abbildung 2.13). Die Kosten und die genaue räumliche Verteilung der Flächenbeanspruchung wurden nicht in die Betrachtung einbezogen. Außerdem wurde dem Planspiel die Annahme zugrunde gelegt, dass in Zukunft ausreichend Speicherkapazitäten zur Verfügung stehen.

Tabelle 2.2: Erneuerbare Energien im Großraum Braunschweig: Ertrag 2010, Maximalpotenzial und Flächenbedarf für 500 Gwh/Jahr

Energieträger	Ertrag 2010 (GWh)	Maximalpotenzial (GWh/Jahr)	Flächenbedarf für 500 GWh/Jahr (ha)
Photovoltaik - Dachfläche	79	20.723	385
Windenergie	1.240	52.147	1.190
Solarthermie	39	3.286	146
Biomasse - Reststoffe und Holz	36	3.189	-*
Photovoltaik - Freifläche	79	57.716	1.266
Biomasse - Nachwachsende Rohstoffe	245	14.063	5.500
Wasserkraft	44	53	-*

-* = Nicht flächenrelevante Energieträger

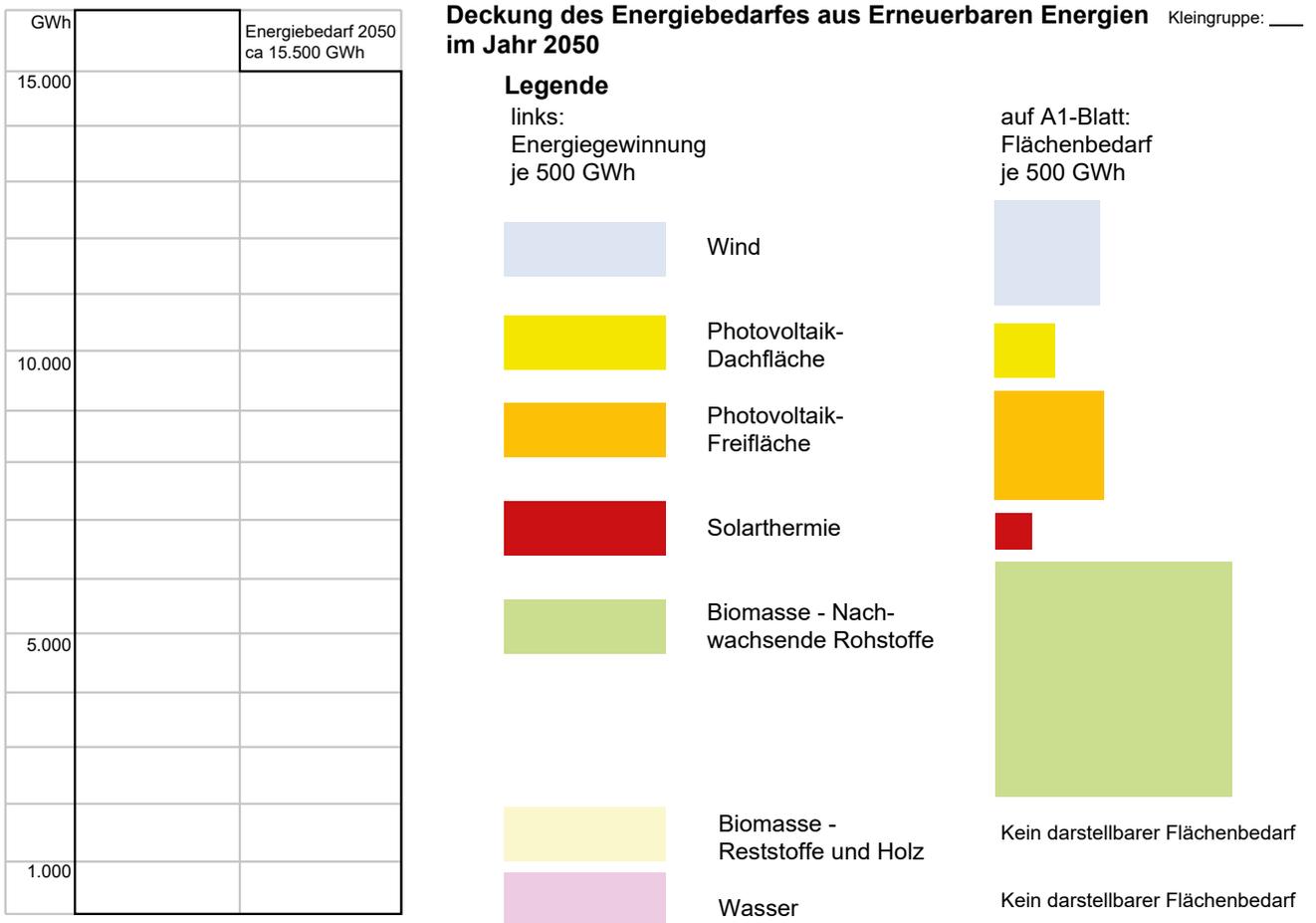


Abbildung 2.13: Arbeitsblatt 1 zum Planspiel 'Erneuerbare Energien': Energiemix und Legende

Damit bei der Entscheidung für einen Mix der erneuerbaren Energien auch der **Flächenbedarf in der Region** berücksichtigt werden konnte, galt es, für jede eingeplante Energiemenge auf einer stilisierten Regionsfläche auf Arbeitsblatt 2 die benötigte Fläche abzudecken. Dazu erhielten die Kleingruppen gleichfarbige Quadrate, die dem Flächenbedarf für die Erzeugung von 500 GWh entsprechen. Die vorgegebene Regionsfläche war nach den aktuellen Flächennutzungen (.Landwirtschaft', .Wald', .Siedlung und Verkehr' und .Sonstiges') unterteilt und zur Information war der Flächenanteil für die Nutzung erneuerbarer Energien im Jahr 2010 dargestellt (siehe Abbildung 2.14).

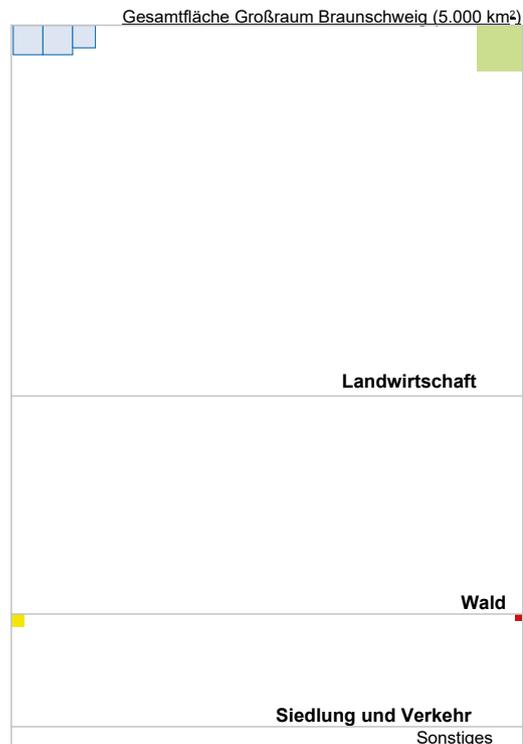


Abbildung 2.14: Arbeitsblatt 2 zum Planspiel „Erneuerbare Energien“: Flächenbedarf

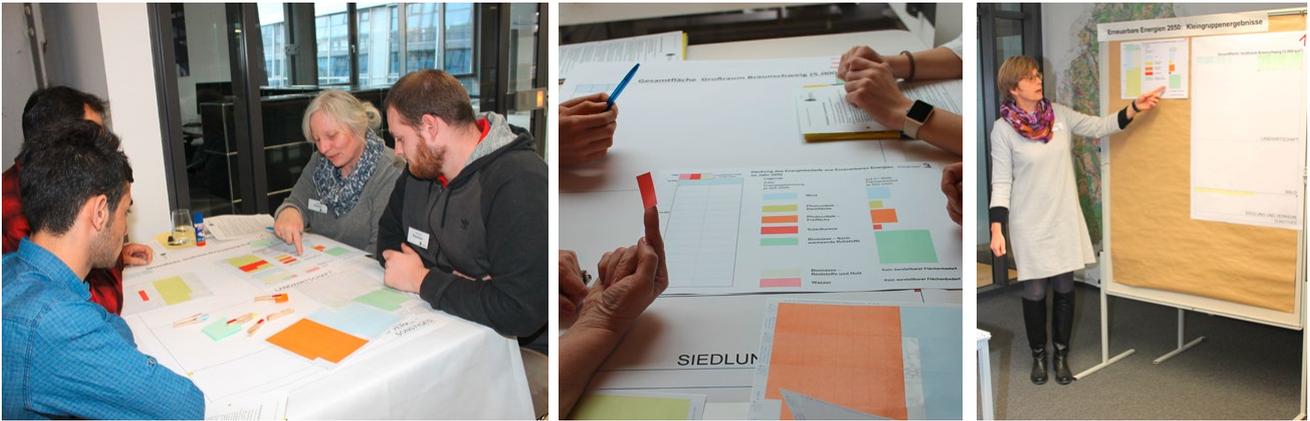


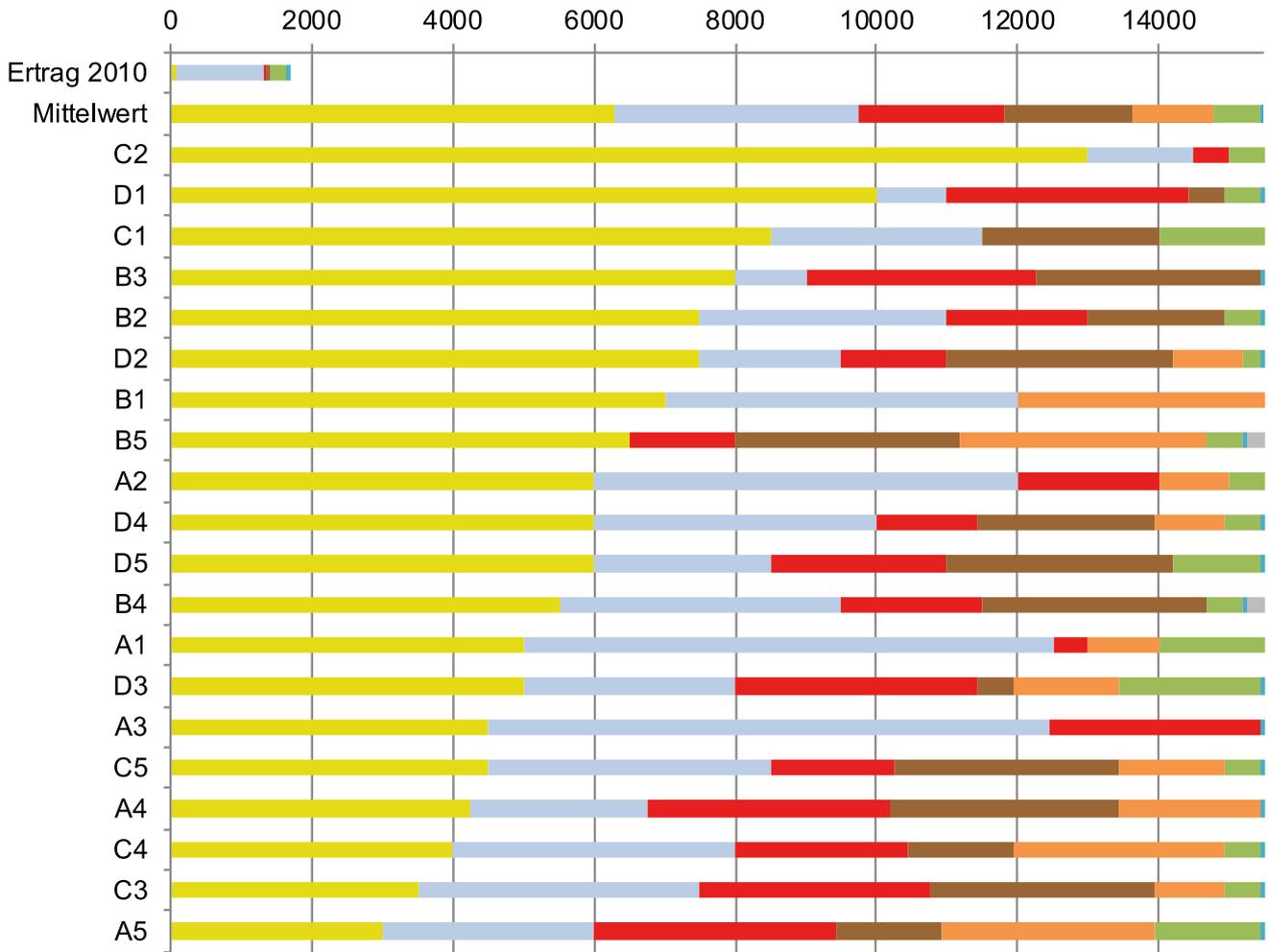
Abbildung 2.15: Bearbeitung des Planspiels 'Erneuerbare Energien'

Empfehlungen der Bürgergutachterinnen und gutachter

Die Ergebnisse des Planspiels sind als **Stimmungsbild** zu verstehen, aus dem sich unterschiedliche Präferenzen der Bürgergutachterinnen und gutachter für die Nutzung der verschiedenen erneuerbaren Energien ablesen lassen.

Wie die Übersicht der Energiemix-Modelle der Kleingruppen zeigt (siehe Abbildung 2.16), haben die 20 Gruppen verschiedene **Modelle mit unterschiedlichen Schwerpunkten** entwickelt. In der Gesamtschau zeigt sich, dass die Mehrzahl der Gruppen deutliche Schwerpunkte im Ausbau der Nutzung der Solarenergie (hier insbesondere Photovoltaik auf Dachflächen und Solarthermie) und im Ausbau der Nutzung der Windenergie setzt. Im Mittel empfehlen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, rund 40 % des Energiebedarfs 2050 über Photovoltaik von Dachflächen zu decken, gefolgt von Windkraft mit einem gemittelten Anteil von ca. 23 %. Weitere nennenswerte Anteile sollen über Solarthermie (13 %) und Biomasse aus Reststoffen und Holz (ca. 12 %) gedeckt werden, während Photovoltaik von Freiflächenanlagen (7 %) und Biomasse aus nachwachsenden Rohstoffen (4 %) im Schnitt nur eine geringere Bedeutung haben.

Die meisten Gruppen setzen auf eine **Kombination der Nutzung vieler unterschiedlicher Energieträger**. Als Grund dafür wurde von einer Kleingruppe explizit benannt, dass es Ziel sein sollte technologisches Wissen bezogen auf die verschiedenen Energieträger zu sichern und weiter zu entwickeln und langfristig die Versorgungssicherheit und Flexibilität zu gewährleisten. Wichtig ist der Mehrheit der Gruppen darüber hinaus, möglichst wenig Fläche für die Energieversorgung zu beanspruchen, um die heute bereits bestehenden Flächenkonkurrenzen mit der Landwirtschaft und der Siedlungsentwicklung nicht weiter zu verschärfen. Die Bedeutung des Erhalts von Frei- und Grünflächen sowie Natur- und Landschaftsschutzgebieten wird auch durch individuelle Hinweise in der „Meinungskiste“ unterstrichen. Hier sprechen sich einige der Bürgergutachterinnen und gutachtern explizit für einen Schutz von Grün- und Freiflächen im besiedelten und unbesiedelten Bereich aus (siehe Anhang C).



	Energieträger	Ertrag 2010		Energieträger	Ertrag 2010
	Photovoltaik - Dachfläche	79 GWh/a ¹		Photovoltaik - Freifläche	79 GWh/a ¹
	Wind	1.240 GWh/a		Biomasse – Nachwachsende Rohstoffe	245 GWh/a
	Solarthermie	39 GWh/a		Wasser	44 GWh/a
	Biomasse – Reststoffe und Holz	36 GWh/a		Nicht zugeordnet	

¹ Bei Photovoltaikanlagen liegt für 2010 nur ein Gesamtwert für Photovoltaikanlagen auf Dächern und Freiflächen vor. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass ein Großteil auf Dachanlagen entfällt. Daher sind im Balken „Ertrag 2010“ nur die Photovoltaik-Dachanlagen mit 79 GWh/a dargestellt.

Abbildung 2.16: Ergebnisse des Planspiels 'Erneuerbare Energien' im Überblick

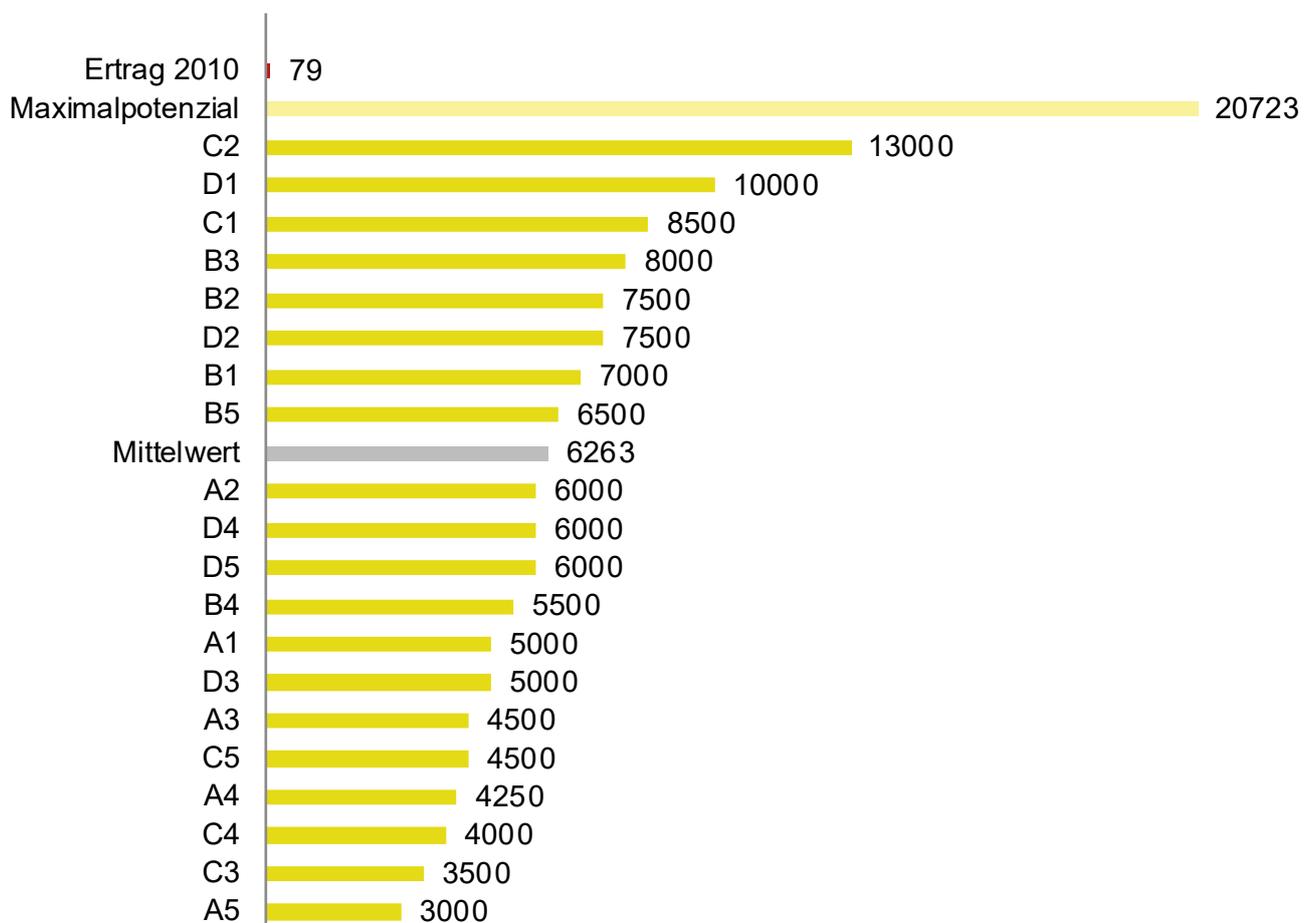
Im Folgenden sind, bezogen auf die verschiedenen erneuerbaren Energien, die Einschätzungen der Bürgergutachterinnen und gutachter zusammengefasst, die sich aus der Gewichtung in den Kleingruppenergebnissen ergeben und teilweise bei der Präsentation der Kleingruppenergebnisse benannt wurden.

➔ Photovoltaik auf Dachflächen: Hohe Potenziale intensiv nutzen!

Die Stromgewinnung durch Photovoltaik auf Dachflächen ist die **beliebteste Form der Nutzung** erneuerbarer Energien. Alle Gruppen wollen den Anteil von Photovoltaik auf Dachflächen am Energiemix bis 2050 gegenüber dem heutigen Anteil deutlich erhöhen. Im Mittel wünschen sich die Gruppen sogar fast achtzigmal so viel Photovoltaik auf Dachflächen wie heute. Vom möglichen Maximalpotenzial in der Region von 20.727 GWh/a sollen im Mittel rund 30 % ausgeschöpft werden, was einem Anteil von etwa 40 % an der Deckung des zukünftigen Energiebedarfes entspricht. Vier Gruppen sehen sogar einen noch deutlich höheren Anteil an der Deckung des Energiebedarfs von bis zu über 50 % vor (siehe Abbildung 2.17).

Diese **hohe Akzeptanz der Solarenergie** insgesamt spiegelt sich auch in den Ergebnissen aus den Einzelfragebögen wider. Die überwiegende Mehrheit der Befragten empfindet Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie (Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen) als normalen Bestandteil der Landschaft und mehr als zwei Drittel nehmen sie täglich oder gelegentlich wahr (siehe Anhang A.3, Frage 8). 60 % sprechen sich dafür aus, dass mehr Anlagen auf Dächern errichtet werden sollten (siehe Anhang A.3, Frage 9).

Als wesentlicher Grund für den Ausbau von Photovoltaikanlagen auf Dachflächen wird der geringe Flächenverbrauch durch die Nutzung ohnehin bebauter Flächen für die Energiegewinnung genannt. Weitere Argumente dafür seien die allgemein hohe Akzeptanz sowie die gute Wirtschaftlichkeit. Als Vorteil wird auch genannt, dass jeder Hausbesitzer so einen Beitrag zum Klimaschutz und zur Energieversorgung leisten kann. Von einer Kleingruppe wird darauf hingewiesen, dass auf denkmalgeschützten Gebäuden keine Photovoltaik-Anlagen installiert werden sollten.



Angaben in GWh/a; A1, B2, C3 etc: Nummern der Kleingruppen
 Hinweis zum Ertrag 2010: bei Photovoltaikanlagen liegt für 2010 nur ein Gesamtwert für Photovoltaikanlagen auf Dächern und Freiflächen vor (79 GWh/a). Es kann aber davon ausgegangen werden, dass ein Großteil auf Dachanlagen entfällt.

Abbildung 2.17: Planspielergebnisse Photovoltaik auf Dachflächen

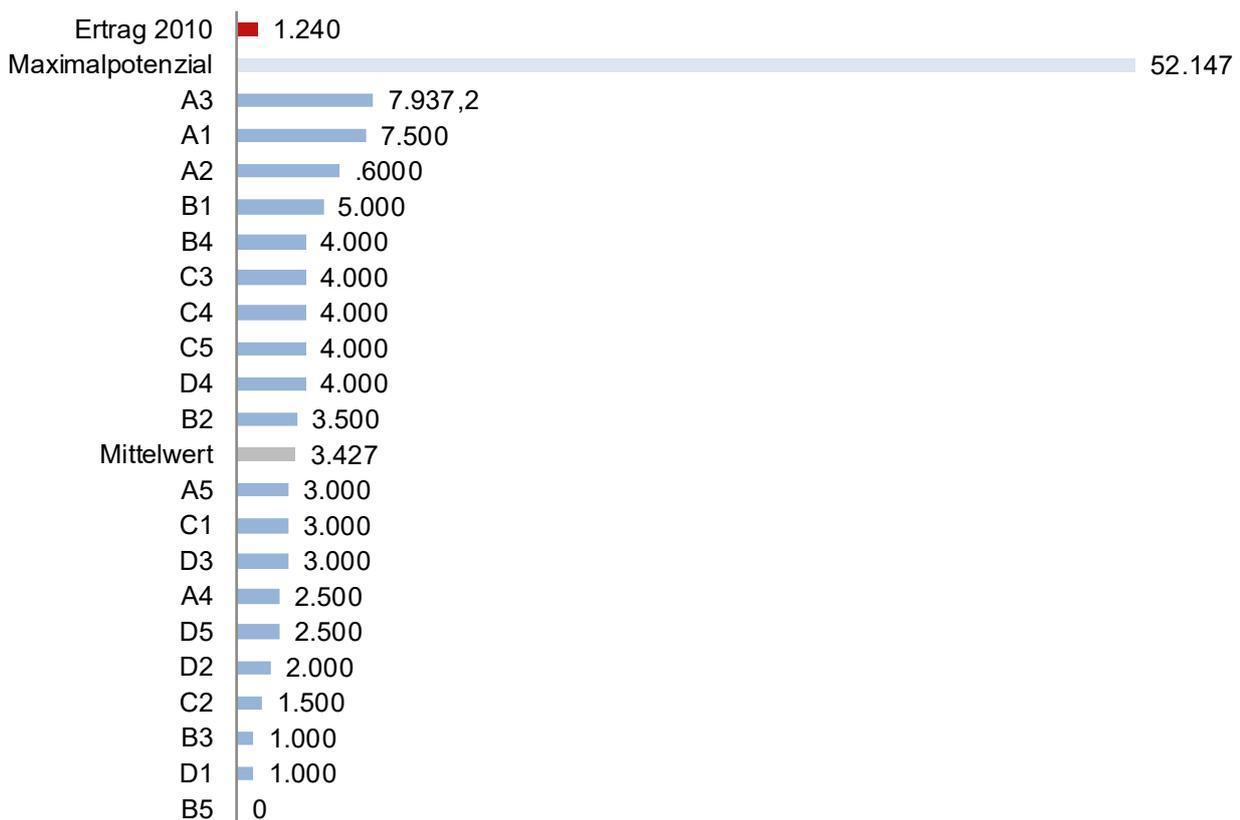
➔ Windenergie: Hohe Potenziale moderat und behutsam nutzen!

Bei der Windenergie zeigt sich ein sehr **großes Spektrum des Stellenwertes** in den Planspielergebnissen. Die meisten Kleingruppen sehen einen hohen Anteil von Windenergie an der Deckung des Energiebedarfs im Jahr 2050 vor und gehen von einem Ausbau der Windenergienutzung in unterschiedlichem Umfang aus. Zwei Gruppen weichen davon ab und sehen eine Reduktion der Windenergienutzung vor und eine Kleingruppe möchte komplett auf die Nutzung der Windkraft verzichten und vorhandene Anlagen zurückbauen.

Zwei Gruppen sehen vor, dass etwa die Hälfte des Energiebedarfs im Jahr 2050 aus Windenergie gedeckt wird (siehe Abbildung 2.18). Die meisten Gruppen gehen von einem moderateren Ausbau aus: Im Mittel wird vorgesehen ca. 3.500 GWh/a bzw. 23 % des Bedarfs aus Windkraft zu decken. Das entspricht rund 7 % des möglichen Maximalpotenzials und einer knappen Verdreifachung der Flächeninanspruchnahme für Windenergieanlagen gegenüber heute.

Die Ergebnisse der Einzelbefragung mit dem Fragebogen „Erneuerbare Energien“ zeigen, dass sich ein **Großteil der Teilnehmer für einen weiteren Ausbau der Windenergie** ausspricht (62 %). Dem gegenüber stehen 25 %, die keinen weiteren Ausbau wünschen (siehe Anhang A.3, Frage 11). Für viele sind Windenergieanlagen bereits heute normaler Bestandteil der Landschaft und stellen Orientierungspunkte dar. Deutlich weniger Personen empfinden sie hingegen als Störfaktoren (siehe Anhang A.3, Frage 10). Diese Akzeptanz ist vermutlich auch darauf zurückzuführen, dass mehr als zwei Drittel der Teilnehmer Windkraftanlagen bereits täglich bzw. gelegentlich wahrnehmen (siehe Anhang A.3, Frage 16)

Als Argument für einen weiteren Ausbau der Windkraft wird vor allem die gute Verfügbarkeit genannt. Als Gründe dagegen bzw. für einen Rückbau vorhandener Anlagen werden die häufig geringe Akzeptanz der Bevölkerung für die landschaftsprägenden Anlagen sowie der störende Schattenwurf angeführt.



Angaben in GWh/a; A1, B2, C3 etc: Nummern der Kleingruppen

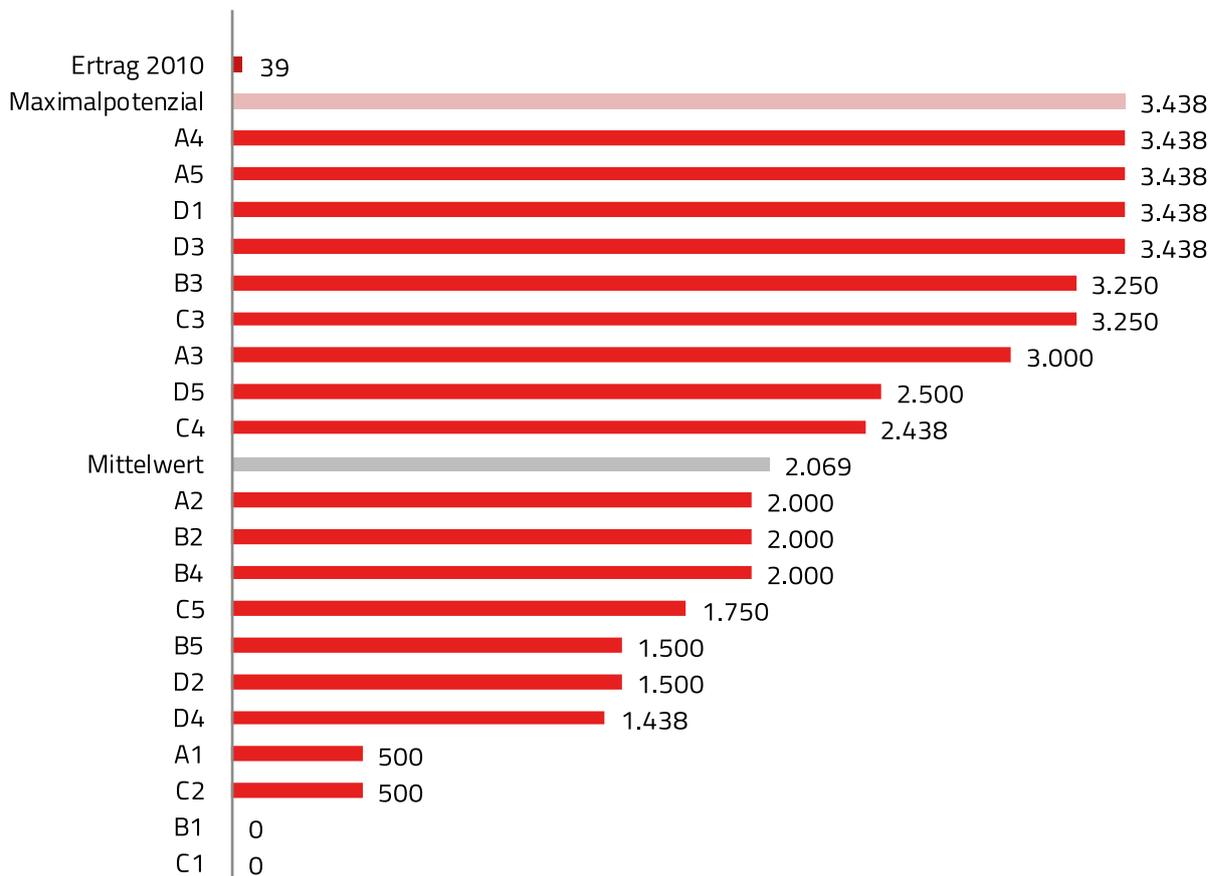
Abbildung 2.18: Planspielergebnisse Windenergie

➤ Solarthermie: Potenziale möglichst gut nutzen!

Solarthermie sollte aus Sicht der meisten Kleingruppen einen **wichtigen Beitrag zur Deckung des Energiebedarfs im Jahr 2050** leisten. Fast alle Gruppen sehen vor, die Solarthermie deutlich auszubauen. Im Mittel wird sogar eine Verfünfzigfachung des aktuellen Energieertrags vorgesehen. Im Durchschnitt sollen rund 60 % des möglichen Maximalpotenzials genutzt werden. Vier Gruppen wollen das Maximalpotenzial komplett ausschöpfen und damit knapp ein Viertel des Energiebedarfs im Jahr 2050 über Solarthermie abdecken. Im Mittel empfehlen die Gruppen etwa

13 % des künftigen Energiebedarfs bzw. rund 2.000 GWh/a durch Solarthermie zu gewinnen (siehe Abbildung 2.19).

Ähnlich wie bei den Photovoltaikanlagen auf Dachflächen ist auch hier das Hauptargument für den Ausbau der Solarthermie, dass bereits bebaute Flächen für die Energiegewinnung genutzt werden können. Als weitere Argumente für die Solarthermie wurden die Wirtschaftlichkeit und ein vergleichsweise hoher Nutzen für einen geringen Einsatz genannt. Auch die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass die Akzeptanz für Solarthermieanlagen und deren weiteren Ausbau hoch ist.



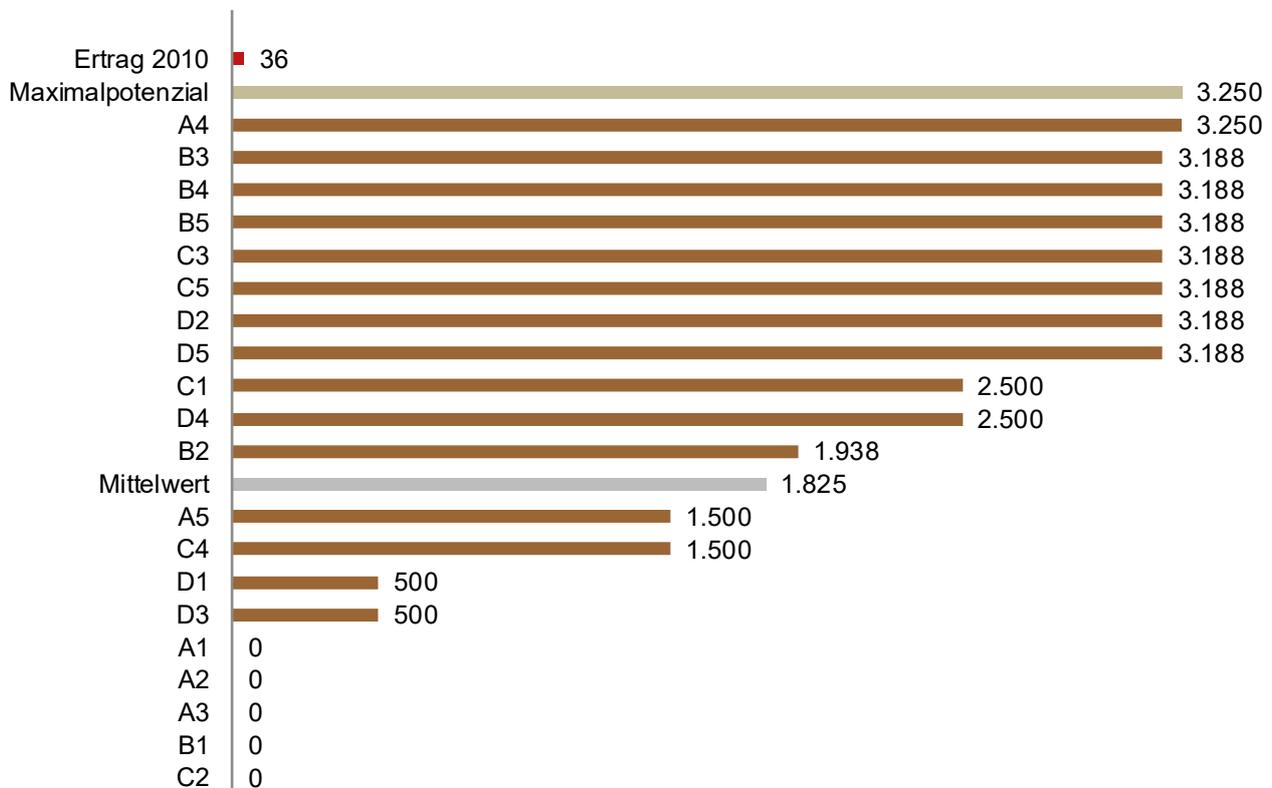
Angaben in GWh/a; A1, B2, C3 etc: Nummern der Kleingruppen

Abbildung 2.19: Planspielergebnisse Solarthermie

➤ Biomasse aus Reststoffen und Holz: Potenziale nutzen und dabei ökologische Belange beachten!

Viele Kleingruppen sehen im Planspiel vor, das **Potenzial von Biomasse aus Reststoffen** (zum Beispiel Gülle, Ernterückstände wie Stroh oder Rübenblätter) und **Holz** (zum Beispiel Sägemehl oder Schnittgut aus der Landschaftspflege) **stärker auszuschöpfen**. Im Mittel wird in den Planspielergebnissen das mögliche Potenzial etwa zur Hälfte ausgeschöpft, was einer Deckung von etwa 12 % des Energiebedarfs im Jahr 2050 entspricht. Acht Gruppen sprechen sich sogar dafür aus, das Potenzial komplett auszuschöpfen. Dem gegenüber stehen jedoch fünf Gruppen, die auf die Nutzung

von Biomasse aus Reststoffen und Holz für die Energiegewinnung vollkommen verzichten möchten (siehe Abbildung 2.20). Als Hauptargument für die Ausweitung der Nutzung dieses Energieträgers wird angeführt, dass somit ohnehin vorhandene Biomasse genutzt und unnötiger Flächenverbrauch verhindert werden kann. Zu Bedenken wird jedoch gegeben, dass Reststoffe und besonders Holz nur dann für die Energieproduktion genutzt werden sollten, wenn sie nicht anderweitig verwertbar sind. Auch die komplette Verwendung von Schwach- und Kronenholz aus den Wäldern („Ausräumen der Wälder“) für die Energieproduktion sollte vermieden werden, um Nährstoffkreisläufe und wichtige Lebensräume zu erhalten.



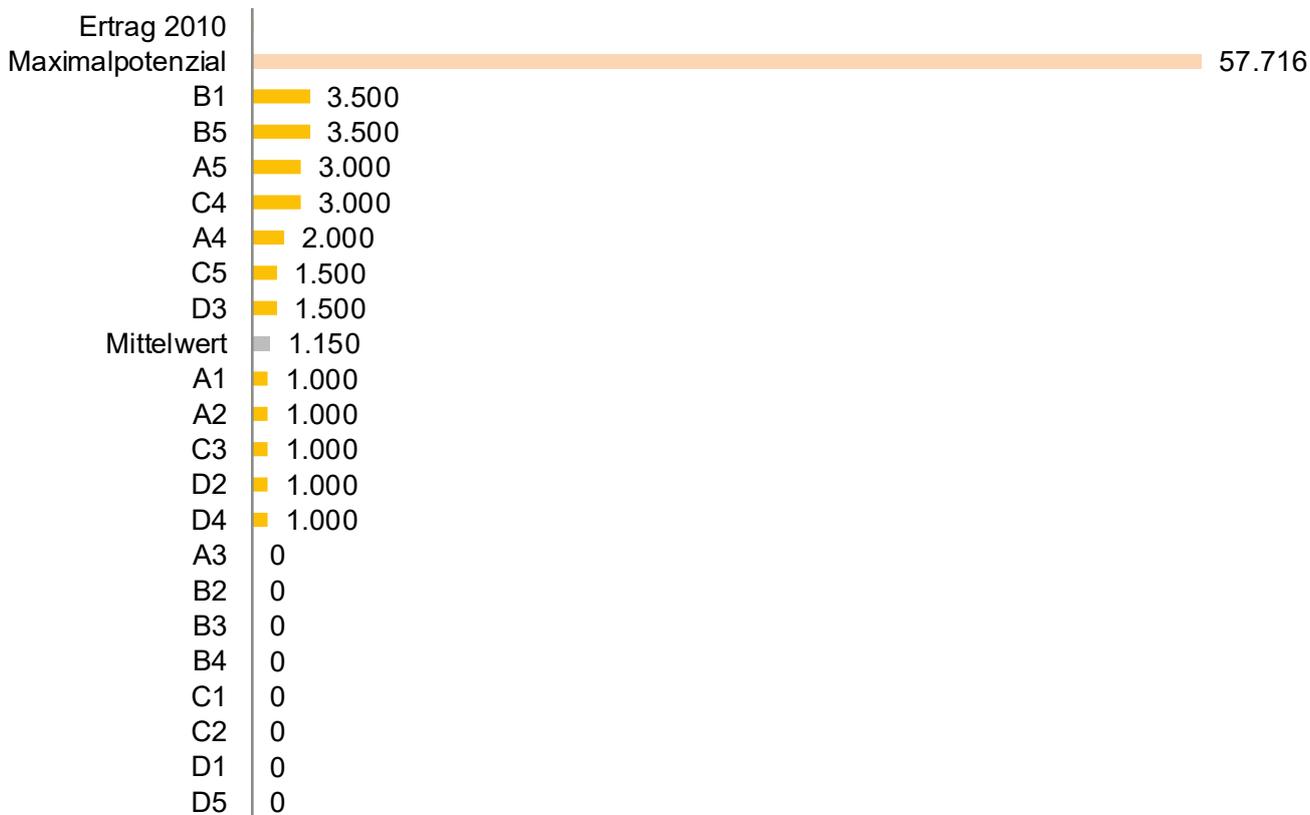
Angaben in GWh/a; A1, B2, C3 etc: Nummern der Kleingruppen

Abbildung 2.20: Planspielergebnisse Biomasse aus Reststoffen und Holz

➤ Photovoltaik auf Freiflächen: Nur sehr gering ausbauen!

Bezüglich der Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen auf Freiflächen lassen sich die Kleingruppen **zwei Ausrichtungen** zuordnen: zwölf Gruppen sehen angesichts des hohen Maximalpotenzials einen sehr moderaten Ausbau und einen geringen Anteil der Photovoltaik auf Freiflächen am Energiemix im Jahr 2050 vor; acht Gruppen wollen komplett auf Photovoltaik auf Freiflächen verzichten. Im Mittel sehen die Kleingruppen lediglich eine Nutzung von rund 2 % des Maximalpotenzials vor, was einem Anteil von etwa 7 % am Energiebedarf im Jahr 2050 entspricht (siehe Abbildung 2.21).

Die persönliche Befragung der Bürgerinnen und Bürger mit dem Fragebogen ergab, dass sich rund ein Viertel der Teilnehmenden für einen Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen ausspricht (die meisten parallel zum Ausbau von Anlagen auf Dachflächen, siehe Anhang A.3, Frage 9). 7 % empfinden die Installation solcher Anlagen in der Landschaft als störend. Als Grund dagegen wird die mögliche Flächenkonkurrenz zu anderen Flächennutzungen genannt.



Angaben in GWh/a; A1, B2, C3 etc: Nummern der Kleingruppen

Hinweis zum Ertrag 2010: bei Photovoltaikanlagen liegt für 2010 nur ein Gesamtwert für Photovoltaikanlagen auf Dächern und Freiflächen vor (79 GWh/a). Es kann aber davon ausgegangen werden, dass ein Großteil auf Dachanlagen entfällt.

Abbildung 2.21: Planspielergebnisse Photovoltaik (Freifläche)

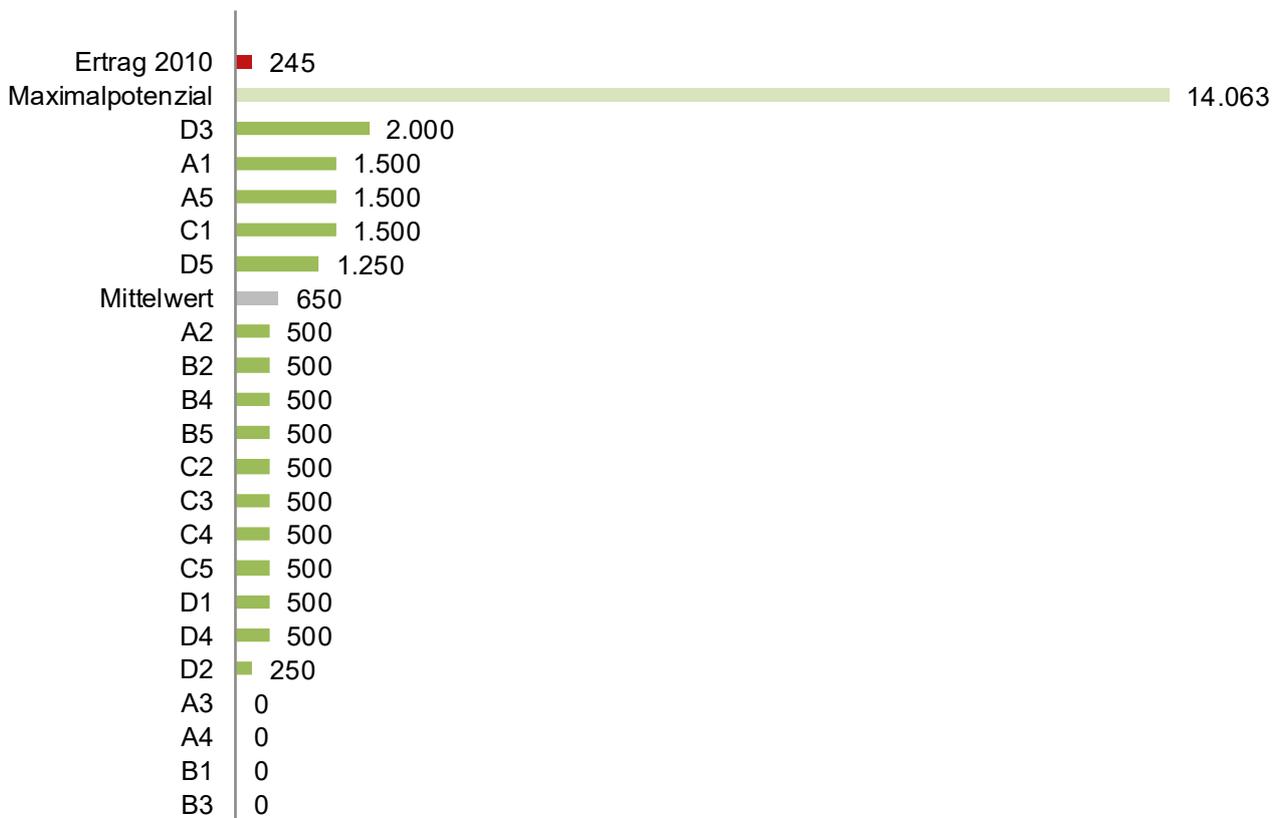
➤ Biomasse aus nachwachsenden Rohstoffen: Gering ausbauen oder rückbauen!

Obwohl Biomasse aus nachwachsenden Rohstoffen über ein hohes Potenzial verfügt und derzeit nach der Windenergie den zweitgrößten Anteil an der Produktion erneuerbarer Energien ausmacht, stehen die Bürgergutachterinnen und –gutachter dem weiteren Ausbau eher **zurückhaltend** gegenüber. Im Durchschnitt empfehlen die Gruppen, lediglich knapp 5 % des möglichen Potenzials zu nutzen und etwa 4 % des Energiebedarfs 2050 durch Biomasse aus nachwachsenden Rohstoffen zu decken. Fünf der 20 Kleingruppen sprechen sich für einen deutlichen Ausbau der Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen aus (etwa sechsmal so viel wie heute) und die Hälfte der Gruppen möchte den Energieertrag aus nachwachsenden Rohstoffen verdoppeln. Demgegenüber möchten allerdings eine Kleingruppe auf dem heutigen Niveau bleiben und vier Gruppen die energetische Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen vollständig zurückfahren (siehe Abbildung 2.22).

Als Hauptgrund für den geforderten Rückbau bzw. den eher geringen Ausbau der energetischen Nutzung von Biomasse aus nachwachsenden Rohstoffen, wird die bereits heute zunehmende Flächenkonkurrenz genannt, insbesondere vor dem Hintergrund des hohen Flächenbedarfs dieses Energieträgers. Während bei-

spielsweise der Flächenbedarf zur Erzeugung von 500 GWh/a aus Windenergie bei 1.190 ha liegt, benötigt man für die gleiche Energiemenge aus Biomasse eine Fläche von 5.500 ha. Nach Ansicht zweier Gruppen sollten die Ackerflächen anstatt zum Beispiel für den Anbau von Mais für Biogasanlagen besser für den Anbau von Nahrungs- und Tierfuttermitteln genutzt werden, um nicht zuletzt auch die Importabhängigkeit in diesen Bereichen zu verringern und eine klimafreundliche Lebensmittelproduktion zu fördern. Von einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern wird darauf hingewiesen, dass Maismonokulturen zu einer Verödung der Agrarlandschaft und zu einem Artenrückgang führen, so dass diese Form der Biomasseproduktion für die Energieversorgung aus ihrer Sicht nicht vertretbar ist.

Diese eher **skeptische Einstellung** gegenüber der energetischen Nutzung von Biomasse aus nachwachsenden Rohstoffen spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Einzelbefragung wider. Obwohl für viele der Befragten Biogasanlagen mittlerweile ein normaler Bestandteil der Landschaft sind, stimmen 10 % der Aussage zu, dass der Maisanbau und Biogasanlagen das Landschaftsbild beeinträchtigen (siehe Anhang A.3, Frage 13). 44 % sprechen sich dafür aus, weniger Flächen für den Anbau von Biomasse für die Energieproduktion zu nutzen.



Angaben in GWh/a; A1, B2, C3 etc: Nummern der Kleingruppen

Abbildung 2.22: Planspielergebnisse: Biomasse - Nachwachsende Rohstoffe

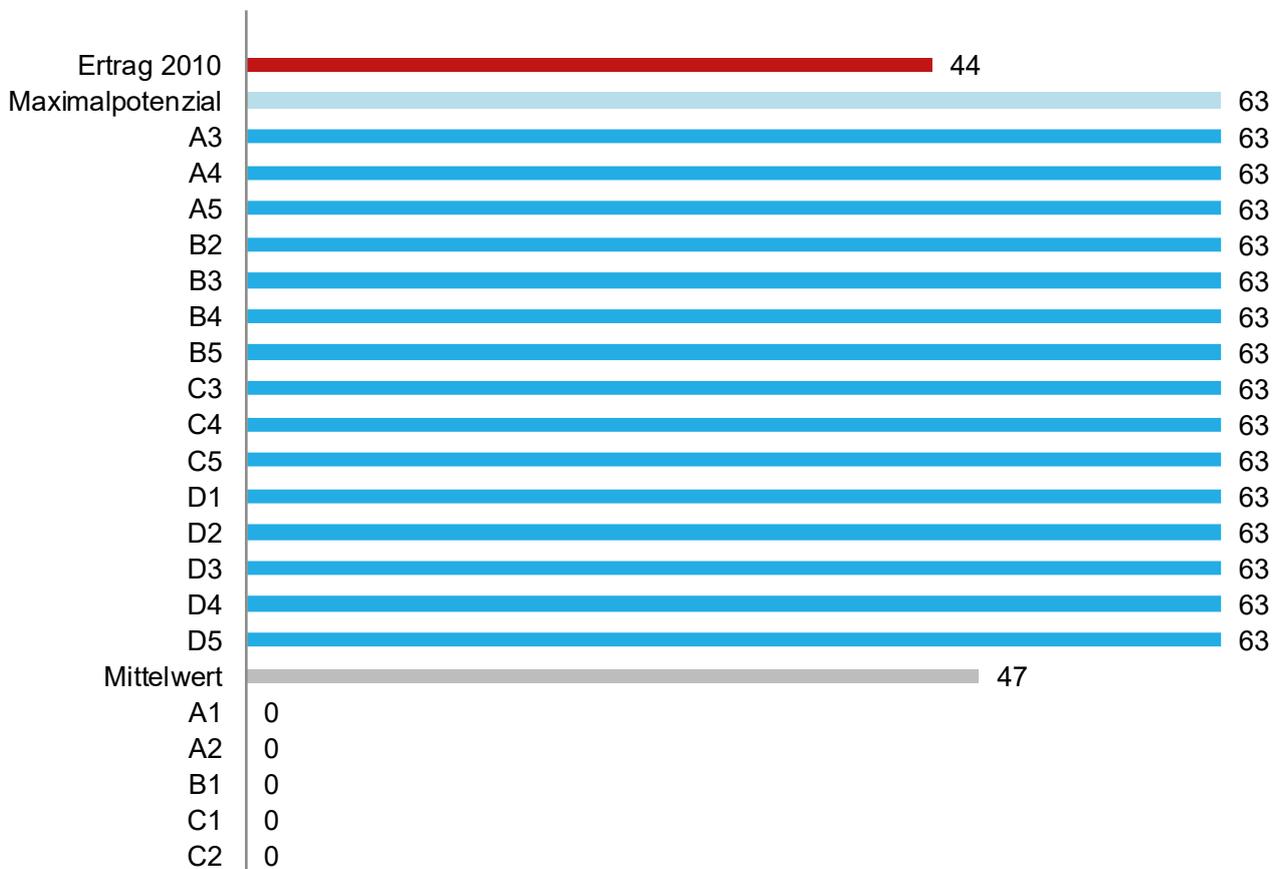
➔ Wasserkraft: Sehr geringe Potenziale möglichst vollständig, aber behutsam nutzen!

Wasserkraft bietet in der Region im Vergleich der erneuerbaren Energien die mit Abstand geringsten Ausbaupotenziale. So liegt das Maximalpotenzial lediglich bei 62,5 GWh/a (zum Vergleich Windenergie ca. 52.000 GWh/a). Gleichzeitig sind rund 70 % des Maximalpotenzials bereits heute ausgeschöpft.

Vor diesem Hintergrund sprechen sich drei Viertel der Kleingruppen dafür aus, das Maximalpotenzial der **Wasserkraft in voller Höhe auszuschöpfen**. Die restlichen fünf Gruppen sind jedoch dafür, Wasserkraft vollständig zurückzufahren und auf diese Form der Energiegewinnung in Zukunft zu verzichten (siehe Abbildung 2.23).

Ähnlich wie bei der Nutzung von Biomasse aus Reststoffen oder Holz wird als Hauptargument für das vollständige Ausschöpfen des Potenzials genannt, einen ohnehin vorhandenen Energieträger zu nutzen, der gleichzeitig nicht unmittelbar flächenrelevant ist.

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch aus den Ergebnissen der Fragebogenauswertung: Über 80 % sind der Meinung, dass Wasserkraft wo möglich noch weiter ausgebaut werden sollte. 10 % der Befragten glauben jedoch, dass Anlagen zur Gewinnung von Wasserkraft zu sehr in die Flusslandschaft und Natur eingreifen (siehe Anhang A.3, Frage 15).



Angaben in GWh/a; A1, B2, C3 etc: Nummern der Kleingruppen

Abbildung 2.23: Planspielergebnisse Wasserkraft

2.4 Klimaschutz gemeinsam gestalten

Klimaschutz ist eine **gesamtgesellschaftliche Aufgabe**, die nur gelöst werden kann, wenn alle Teile der Gesellschaft an einem Strang ziehen: Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Vereine und Verbände, Medien und nicht zuletzt Bürgerinnen und Bürger sind gefragt, wenn die ehrgeizigen Klimaschutzziele erreicht werden sollen. Der Masterplan 100 % Klimaschutz dient als eine wichtige Grundlage für zukünftige Klimaschutzaktivitäten im Großraum Braunschweig. Damit die Zusammenarbeit für den Klimaschutz dauerhaft gelingt und so viele Menschen wie möglich aus der Region in den Prozess mit einbezogen werden, gilt es, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Fragestellung und Methodik

Zu Beginn der abschließenden Arbeitsphase informierte Patrick Nestler vom Masterplanmanagement beim Regionalverband die Bürgergutachterinnen und -gutachter in einem **Impulsvortrag** über die bisherigen und geplanten Kommunikations- und Vernetzungsaktivitäten innerhalb des Masterplanprozesses.

Daraufhin haben sich die Teilnehmenden im Rahmen eines **Rollenspiels** mit der Frage beschäftigt, wie erfolgreicher, gemeinsamer Klimaschutz im Jahr 2030 von verschiedenen Akteuren mitgestaltet werden kann. Dazu haben jeweils zwei Bürgergruppenmitglieder eine Rolle erhalten, zum Beispiel Landwirt, Supermarktbetreiber, Bürgermeister oder VW-Manager. Um sich



Abbildung 2.24: Impulsvortrag und Rollenspiel zur künftigen Zusammenarbeit für den Klimaschutz

in das Jahr 2030 hineinzusetzen, haben sich die Bürgergutachterinnen und -gutachter zunächst als Zweierteam darüber ausgetauscht, was sie 14 Jahre zuvor, also zum Start des Masterplan-Prozesses im Jahr 2016, bewogen hat, sich intensiv für den Klimaschutz zu engagieren. Auch sollten sie überlegen, wie kon-

sequent gelebter Klimaschutz in ihrer Rolle im Jahr 2030 aussieht bzw. was sie motiviert sich für den Klimaschutz zu engagieren. Als weitere Hilfestellung erhielten sie Fragen, die speziell auf ihre Rolle und deren Bezug zum Klimaschutz zugeschnitten waren. Für den Landwirt lauteten einzelne Fragen zum Beispiel: Was wird angebaut? Wie wird gewirtschaftet? Welche Energieträger kommen auf dem Hof zum Einsatz? Wie werden die Produkte abgesetzt? Ist Klimafreundlichkeit ein Vermarktungsfaktor? Im anschließenden Rollenspiel berichteten die Zweierteam im Rahmen einer im Plenum inszenierten „Masterplan-Messe der Region Braunschweig im Jahr 2030“ von ihren Erfahrungen. Aus den Rollenspielergebnissen wurden **Erfolgsfaktoren** abgeleitet, die bei der weiteren Entwicklung der Zusammenarbeit für den Klimaschutz im Großraum Braunschweig berücksichtigt werden sollten.

Empfehlungen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter

Folgende Erfolgsfaktoren für einen gemeinsamen und wirkungsvollen Klimaschutz haben die Bürgergutachterinnen und -gutachter herausgearbeitet:

➤ Vielfältige, zielgruppengerechte Bildungs-, Informations- und Beratungsangebote schaffen

Ein **breites Spektrum von Bildungs-, Informations- und Beratungsangeboten** wird als wichtige Voraussetzung gesehen, um die Menschen in der Region über die Notwendigkeit von Kli-



maschutzmaßnahmen aufzuklären und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Der hohe Stellenwert von Bildung, Verbraucherinformation und Sensibilisierung für ein klimafreundliches Verhalten zeigt sich auch darin, dass entsprechende Empfehlungen in den drei Themenbereichen „Energiesparen“, „Ernährung und Konsum“ (siehe Kapitel 2.2.1 und 2.2.2) und „Mobilität“ (siehe Kapitel 2.1) ausgesprochen werden.

In diesem Sinne sollten

zum Beispiel gute Beispiele vermittelt werden und Akteursgruppen sich gegenseitig für einen nachhaltigen Lebensstil sensibilisieren, beispielsweise Kinder ihre Eltern und umgekehrt.

➤ Breite Öffentlichkeitsarbeit für Klimaschutzprojekte ausbauen

„Tue Gutes und rede darüber“: Klimaschutz in seiner vielfältigen Gestalt muss in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken. Es gilt daher ansprechend und auf verschiedenen Wegen über tatkräftige Akteure und gelungene Projekte für den Klimaschutz zu berichten, die mit weiteren Vorteilen für die Beteiligten verbunden sind. Um möglichst viele Menschen anzusprechen, sollte die Vermittlung der Thematik möglichst einprägsam und plakativ gestaltet sein, zum Beispiel mit Hilfe von Symboltieren wie dem Eisbär. Ziel sollte es sein, das **Image des Klimaschutzes insgesamt positiver zu gestalten** und Angst vor Veränderungen zu nehmen.

Die Öffentlichkeitsarbeit sollte jedoch auch einen **offenen Umgang mit Konflikten und Fehlentwicklungen** umfassen. Negative Aspekte, zum Beispiel ungewollte ‚Nebenwirkungen‘ von Förderanreizen oder Konflikte, zum Beispiel um den Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien, sollten offen angesprochen und der gesellschaftliche Diskurs durch eine sachliche Informationsvermittlung unterstützt werden, um das Vorgehen für einen wirkungsvollen und breit akzeptierten Klimaschutz weiter zu optimieren.

➤ Vielfältige Mitsprache- und Beteiligungsmöglichkeiten anbieten

Der weltweite Klimaschutz kann nur gelingen, wenn möglichst viele ihren Teil dazu beitragen. Vor allem auf lokaler und regionaler Ebene bieten sich viele **Möglichkeiten die nötigen Veränderungen mitzugestalten**. Bürgerinnen und Bürgern sollte die Gelegenheit geboten werden, mitzudiskutieren und ihre Ansichten einzubringen. Es gilt möglichst viele Akteursgruppen aus Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft sowie aus Vereinen und Verbänden zu aktivieren und einzubeziehen. Dies kann durch punktuelle Veranstaltungen oder eine kontinuierliche Zusammenarbeit geschehen. Durch finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten an Energie- und Klimaschutzprojekten, zum Beispiel an Bürgerenergieanlagen, kann jeder von dem Veränderungsprozess profitieren, wodurch die Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen erhöht wird.

➤ Bewusstsein für regionale Verantwortung und regionale Handlungsmöglichkeiten schaffen

„Global denken, lokal handeln“ lautet das allgemeine Motto für Klimaschutzaktivitäten. In diesem Sinne ist vor Ort auf die konsequente **Umsetzung vorhandener Programme und Konzepte** und deren regelmäßige Aktualisierung hinzuwirken.

➤ Akteure vernetzen und Aktivitäten bündeln

Nur wenn alle gemeinsam - Wirtschaft, Politik und Bürgerschaft - an der Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen mitwirken, kann es gelingen den CO₂- Ausstoß im angestrebten Umfang zu verringern. Zentrale Anlaufstellen sollten eine bestmögliche **Vernetzung der Akteure** und die **Bündelung verschiedener Aktivitäten** sicherstellen. Zusammenarbeit und Vernetzung sollten dazu genutzt werden Win-Win-Situationen zu gestalten, die alle Lebens-, Wirtschafts- und Politikbereiche betreffen. Das Spektrum kann dabei von gemeinschaftlichen Wohnprojekten und Aktivitäten zur gemeinsamen Nutzung von Fahrzeugen und anderem Dingen im privaten Bereich über Bürgerenergiegenossenschaften bis zu Wirtschaftsverbänden, die gemeinsam neue Märkte im Klimaschutzbereich erschließen, reichen. Auch überregionale nationale und internationale Partnerschaften sollten genutzt werden, um Klimaschutz konsequent umzusetzen.

➤ Attraktive Fördermittel und Anreize bereitstellen

Viele Klimaschutzmaßnahmen sind mit Investitionen und Kosten verbunden, sei es im privaten oder im unternehmerischen Bereich. **Anreize** sollten klimafreundliches Verhalten belohnen. Darunter fällt zum einen das Bereitstellen von Fördermitteln, die Investitionen ermöglichen. Zum anderen können die Auslobung von Wettbewerben und die öffentlichkeitswirksame Vergabe von Auszeichnungen Anreize setzen.

➤ Gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen für einen klimafreundlichen Lebensstil schaffen

Durch gesetzliche Vorgaben sollte ein **verbindlicher Rahmen** gesetzt werden, der für alle Teile der Gesellschaft gleichermaßen gilt und klimafreundliches Verhalten attraktiv macht. Dadurch sollten auch Unternehmen dabei unterstützt werden ihre Aktivitäten und Produkte oder Dienstleistungen auf den notwendigen Klimaschutz auszurichten und sich unter Umständen in diesem Bereich auch neue Märkte zu erschließen. Dies ist auch deshalb von großer Wichtigkeit, da eine hohe Wirtschaftskraft eine Basis für Investitionen in Klimaschutzaktivitäten darstellt.

3 Bewertung des Bürgergutachtens durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Im Laufe der zwei Veranstaltungstage haben die Bürgergutachterinnen und –gutachter drei Mal die Stimmung in der Bürgergruppe bewertet. Außerdem haben sie in einem abschließenden Fragebogen ihre Meinung zum Ablauf der Bürgergruppe sowie zum Bürgergutachten insgesamt abgegeben. Die Einschätzungen sind im Folgenden zusammengefasst wiedergegeben.

➤ Insgesamt sehr positive Bewertung der Beteiligungsform Bürgergutachten

Die große Mehrheit der Bürgergutachterinnen und –gutachter hat die zweitägige **Teilnahme** am Bürgergutachten positiv bewertet: 62 % von ihnen hat die Arbeit in den Bürgergruppen sehr gut gefallen, 37 % gut und nur 1 % bewertete die Arbeit mit teils/teils.

Die **Beteiligungsform Bürgergutachten** sehen 93 % als gute Methode an, um die Bürgerinnen und Bürger in die Planungen und Überlegungen zur Entwicklung der Region einzubeziehen. Positiv bewerteten die Befragten zum Beispiel, dass ein Bürgergutachten für den Einzelnen die Gelegenheit bietet, verantwortungsvoll an Entwicklungsfragen mitzuwirken und somit einen Beitrag zur Weiterentwicklung zu leisten. Außerdem sei das Bürgergutachten sehr gut, um „Aufklärungsarbeit zu leisten und Betroffenheit zu erzeugen“. Als weitere positive Rückmeldung zur Methode geben die Befragten an, dass jede Meinung gehört werden konnte, verschiedene Vorschläge von der Gruppe gemeinsam diskutiert und die Bürgerinnen und Bürger ernst genommen und

wertgeschätzt wurden. Die Zustimmung zu dieser Beteiligungsform drückt sich auch in den in Abbildung 3.2 dargestellten ausgewählten Einschätzungen vieler Teilnehmender aus.

Im Hinblick auf die **inhaltliche Ausgestaltung** des Bürgergutachtens sind 72 % der Ansicht, dass alle wichtigen Themenbereiche zum Klimaschutz angesprochen wurden. 23 % geben an, dass sie weitere Themen vermisst haben. Ergänzungswünsche beziehen sich auf die Behandlung wirtschaftlicher bzw. finanzieller Aspekte, die Betrachtung eines generellen gesellschaftlichen Umdenkens, die Abkehr von althergebrachten Strukturen und das stärkere Eingehen auf ökologische Aspekte. Zudem äußern einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass sie sich gewünscht hätten, vertieft über das Erreichen der formulierten Ziele und konkrete Ideen zu diskutieren.

Mit der **Teilnehmerstruktur** sind die Befragten insgesamt zufrieden: 83 % finden, dass ihre Bürgergruppe ausreichend durchmischte war. Auf die Frage, welche Personengruppen stärker hätten vertreten sein müssen, beziehen sich die meisten Antworten auf den Wunsch nach einem höheren Anteil von Personen mit



Abbildung 3.2: Ausgewählte Einschätzungen aus dem Abschlussfragebogen zur Methode Bürgergutachten im Originalwortlaut

Migrationshintergrund, obwohl deren Anteil, wie in Kap. 1.5 beschrieben, dem Schnitt der Regionsbevölkerung entsprach. Als weitere Personengruppen, deren Anteil hätte größer ausfallen können, werden Schülerinnen und Schüler, jüngere Menschen

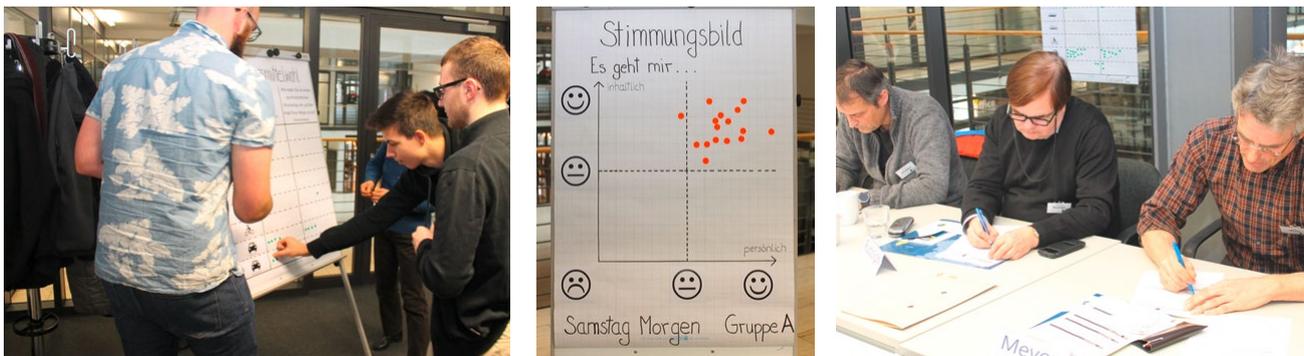


Abbildung 3.1: Rückmeldungen zum Verfahren: Stimmungsbild und Fragebogen

und Leute mit Kindern häufig genannt. In der Kategorie „Anderes“ wird mehrfach die Anregung eingebracht, dass mehr Personen aus bildungsfernen Milieus hätten eingebunden werden sollen. Als geeignete Maßnahme, um eine ausgewogenere Teilnehmerstruktur zu erreichen, schlugen die meisten vor, die Veranstaltung an unterschiedlichen Orten anzubieten, um die Erreichbarkeit zu verbessern (siehe Abbildung 3.3).

Insgesamt geben 44 % an, dass die Bürgergruppe ihre Erwartungen erfüllt hat. 27 % geben sogar an, dass ihre Erwartungen übertroffen wurden. 29 % antworten, dass sie keine Erwartungen an die Bürgergruppe gehabt haben. Besonders positiv bewerten die Gutachterinnen und Gutachter das angenehme Diskussionsklima, den Informationsgehalt und die Möglichkeit, die eigenen Ideen und Vorstellungen einzubringen.

97 % der Teilnehmenden sprechen sich dafür aus, dass es in Zukunft weitere Bürgergutachten im Großraum Braunschweig geben sollte, um Bürgerinnen und Bürger in Planungsprozesse einzubeziehen. Bürgergutachten werden nicht nur zum Thema Klimaschutz für ein sinnvolles Beteiligungsangebot gehalten, in dessen Rahmen sich Bürgerinnen und Bürger informieren, einbringen und an wichtigen Entscheidungen mitwirken können. Die Methode ermöglicht es nach Ansicht der Befragten, ein breites Meinungsbild einzuholen, und auch solche Menschen zu erreichen, die sich ansonsten nicht an Entwicklungsprozessen beteiligen. Nicht zuletzt sind einige Bürgergutachterinnen und -gutachter der Meinung, dass ein Bürgergutachten dazu beiträgt, das Verständnis und die Akzeptanz für Hintergründe und Umsetzungsmöglichkeiten in der Planung zu erhöhen.

Welche der folgenden Maßnahmen könnten Ihrer Meinung nach dazu beitragen, eine ausgewogenere Teilnehmerstruktur zu erreichen?

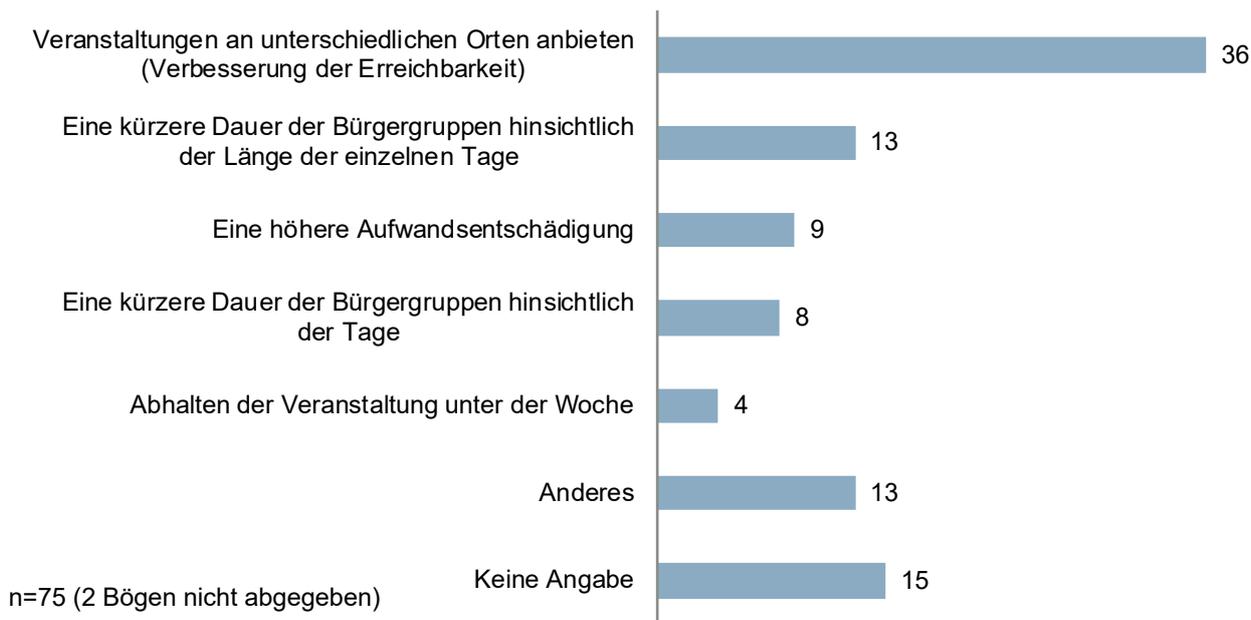


Abbildung 3.3: Vorschläge für die Optimierung der Teilnehmerstruktur

➤ Hohe Zufriedenheit mit dem Ablauf der Veranstaltung

Mit dem Ablauf der Veranstaltung zeigen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer insgesamt zufrieden. Mit 87 % empfindet der Großteil der Befragten die **Dauer** des Bürgergutachtens als genau richtig, 11 % hätten sich sogar eine längere Dauer vorstellen können. Auf die Frage, wie sie mit der zeitlichen Aufteilung der Bürgergruppe zufrieden waren, äußern nur wenige für die

Programmpunkte „Klimafreundlicher Konsum“, „Impulsreferate“ und „Gesamtblick und Erarbeitung von Empfehlungen“, dass sie sich hier eine ausführlichere Behandlung gewünscht hätten. Kürzer hätten aus Sicht einiger Teilnehmender unter anderem die Einführung und das Ausfüllen von Fragebögen ausfallen können. Die Impulsreferate empfinden die Anwesenden größtenteils verständlich, bereichernd und hilfreich für die Diskussion (siehe Abbildung 3.5).

Wie waren Sie mit der zeitlichen Aufteilung der Bürgergruppe zufrieden?

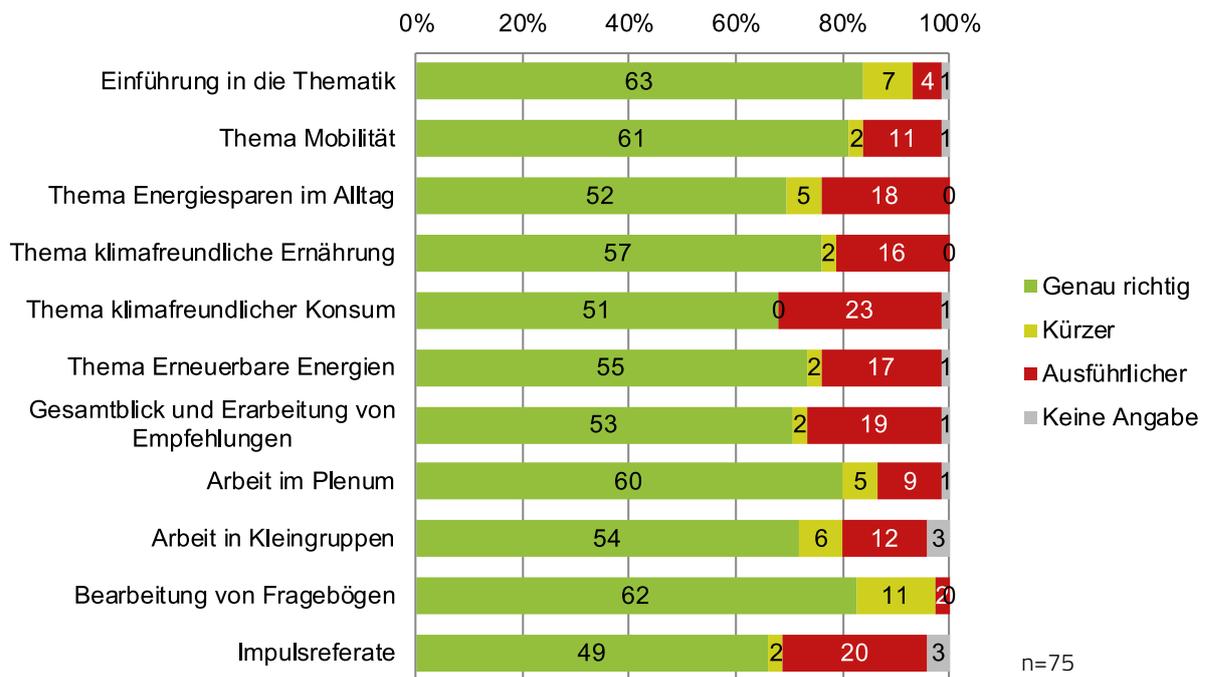


Abbildung 3.4: Einschätzungen zu Programmelementen der Bürgergruppen

Wie haben Ihnen die Impulsreferate gefallen?

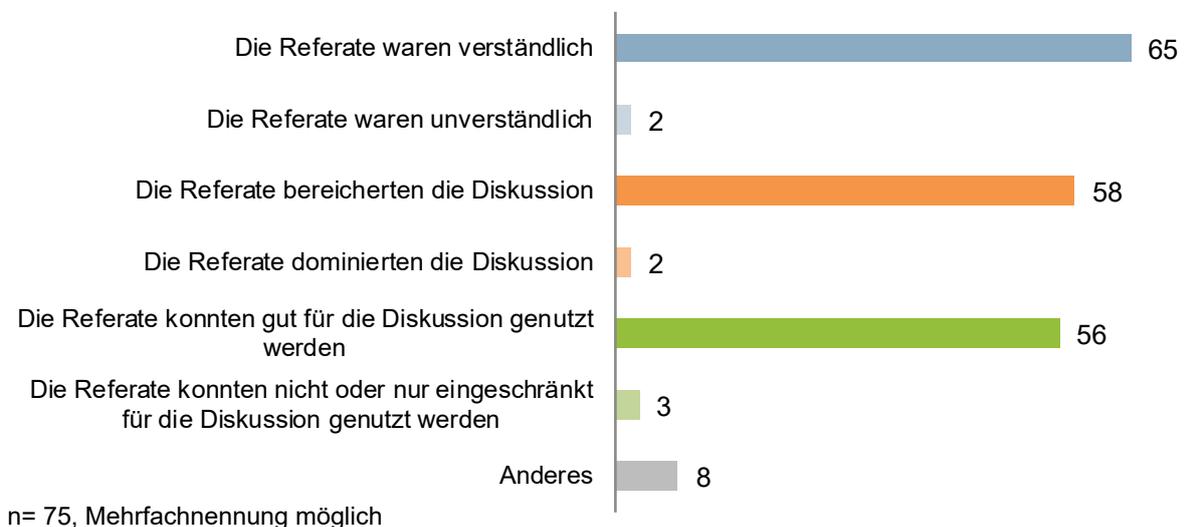


Abbildung 3.5: Einschätzungen zu den Impuls-Referaten

Die Unterstützung durch die **Betreuungsteams** wird mehrheitlich positiv bewertet. Die überwiegende Mehrheit findet die Anweisungen verständlich, die Moderation sicher, die Diskussion gut strukturiert und die Atmosphäre angenehm. Kritisch bewertet wird von mehreren Bürgergutachterinnen und –gutachtern die straffe **Zeitplanung**, die teilweise nur wenig Gelegenheit für Diskussionen im Plenum und in den Arbeitsgruppen ließ, Rahmenbedingungen wie die schlechte Raumluft sowie die Tatsache, dass einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowohl in den Kleingruppen als auch im Plenum ihre Ansichten sehr ausschweifend darlegten.

derem die konstruktive Zusammenarbeit in den Gruppen, die anregenden Gespräche in denen verschiedene Sichtweisen dargestellt werden konnten, die Möglichkeit für jeden sich einzubringen



Abbildung 3.6: Einschätzungen zur Kleingruppenarbeit (Originalwortlaut)

➤ Konstruktive Zusammenarbeit und Entscheidungsfindung in den Kleingruppen

Die Arbeitsform der **Gruppenarbeit** machte, wie bereits in Kapitel 1.4 beschrieben, einen wesentlichen Teil der Veranstaltung aus. Die überwiegende Mehrheit der Befragten bewertet die Kleingruppenarbeit insgesamt positiv: 47 % empfinden die Arbeit in Kleingruppen gut, 44 % sogar sehr gut. Gelobt werden unter an-

gen sowie die ständige neue Durchmischung der Kleingruppen. Abbildung 3.6 gibt einen Überblick über die Einschätzung der Teilnehmenden zur Entscheidungsfindung in den Kleingruppen. Die Möglichkeit **eigene Vorstellungen** in das Bürgergutachten mit einbringen zu können, bewerten 28 % mit sehr gut, 58 % mit gut und 13 % mit teils/teils. Insgesamt zeigen sich die meisten damit zufrieden, dass jede/r seine Ideen und Meinungen einbringen konnte und man einander respektiert und ernst genommen hat.

Wie entwickelte sich die Meinungsbildung, wie kamen Entscheidungen zustande?



Abbildung 3.7: Einschätzungen zur Meinungsbildung in den Kleingruppen

➤ Mehrheit interessiert an weiterer Beteiligung

71 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer können sich vorstellen, auch in Zukunft **ehrenamtlich** am „Masterplan 100 % Klimaschutz“ mitzuarbeiten. Als mögliche künftige Beteiligungsform gibt knapp die Hälfte an, an konkreten Projekten und/oder in Form

einer weiterführenden, auf dem Bürgergutachten aufbauenden Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger mitarbeiten zu wollen. Auch in thematischen Arbeitskreisen oder in öffentlichen Veranstaltungen würden sich viele weiter engagieren (siehe Abbildung 3.8).

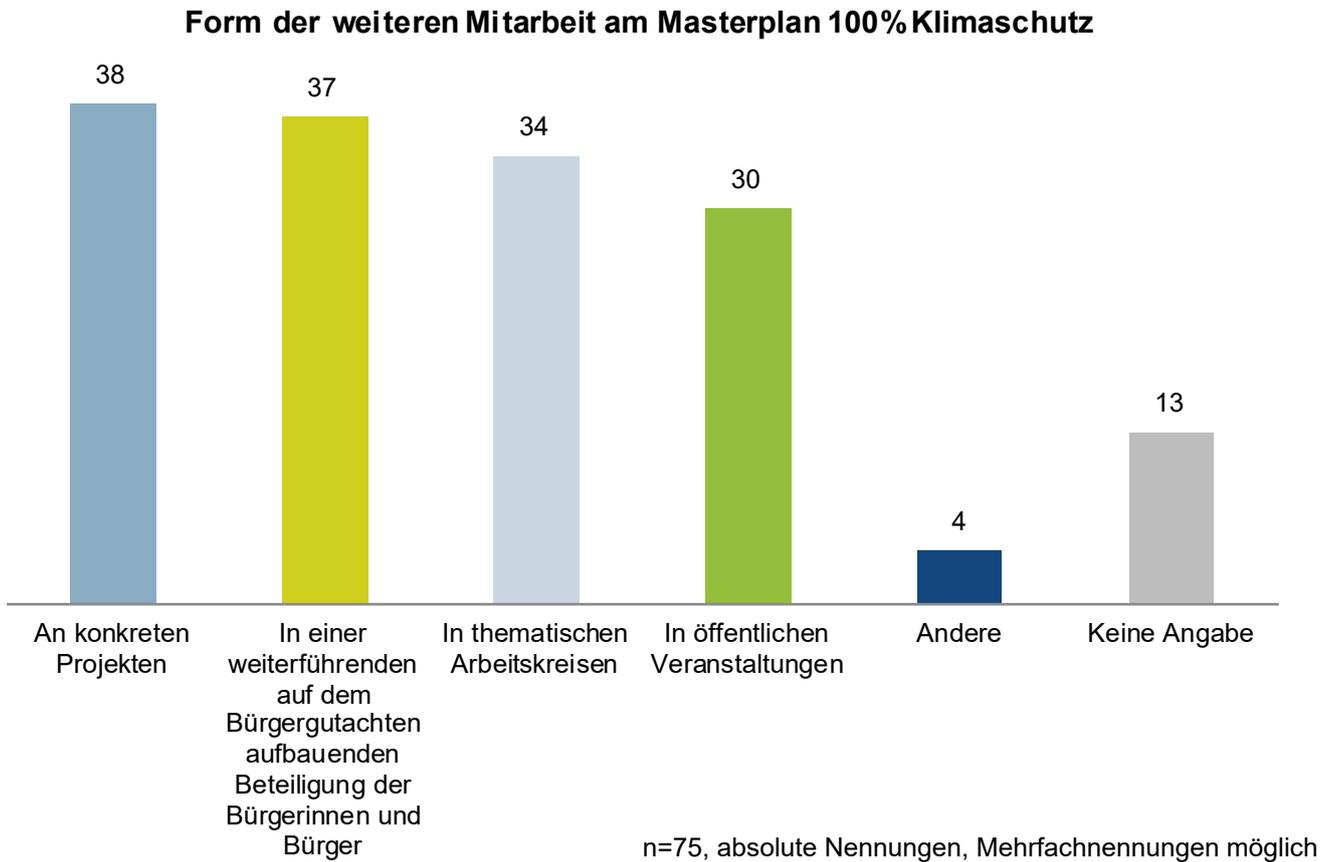


Abbildung 3.8: Form der weiteren Mitarbeit am „Masterplan 100 % Klimaschutz“

4 Ausblick

1.001 Arbeitsstunden – diese Summe ergibt sich, wenn man die gesamte Arbeitszeit aller 77 Bürgergutachterinnen und gutachter an den beiden Wochenenden zusammen zählt.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Als wichtiger Baustein des Masterplanprozesses „100 % Klimaschutz im Großraum Braunschweig“ spiegelt das Bürgergutachten die Positionen und Empfehlungen von zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern wider, die einen Querschnitt durch die Bevölkerung des Großraums Braunschweig bilden. Aus Bürgersicht beleuchtet das Gutachten sowohl die Aspekte klimaschonende Mobilität und nachhaltiger, klimafreundlicher Lebensstil als auch die Nutzung erneuerbarer Energien sowie Erfolgsfaktoren für einen gemeinsam getragenen Klimaschutz.

Das vorliegende Gutachten zeigt zum einen die Vielfalt der Positionen und Meinungen von Bürgerinnen und Bürgern, zum anderen aber auch klare Empfehlungen und Schwerpunktsetzungen. Diese will der Regionalverband als eine Richtschnur für seine Entscheidungen in seinen Zuständigkeitsbereichen nutzen, beispielsweise im Bereich Mobilität.

Was geschieht mit den Ergebnissen? Wie und wo fließen sie ein?

- **Erstens** steht das Bürgergutachten eigenständig für sich und wird auch als solches veröffentlicht. Damit ist es für die Öffentlichkeit, also für andere Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für weitere Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen, zugänglich. Als eigenständiges Gutachten wird es außerdem in die politischen Gremien des Regionalverbands eingespeist, sowohl in die Ausschüsse für Regionalentwicklung und für Regionalverkehr als auch in die Verbandsversammlung als oberstes Gremium des Regionalverbands. Denn: Das Bürgergutachten liefert nicht nur wichtige Erkenntnisse für den Klimaschutz, sondern auch für den Nahverkehr, die Regionalentwicklung und die Regionalplanung.
- **Zweitens** wird das Gutachten als Position der Bürgerschaft in den Masterplan „100 % Klimaschutz im Großraum Braunschweig“ einfließen. Konkret bedeutet das, dass die Ergebnisse des Bürgergutachtens sowohl im Masterplan-Beirat (begleitendes Gremium mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Kommunen) als auch im wissenschaftlichen Beirat vorgestellt werden. Darüber hinaus finden die Ergebnisse Eingang in Ziele, Leitbild und Maßnahmenkatalog des Masterplans.

- **Drittens** setzen einige der Bürgergruppenmitglieder ihre Arbeit fort: Aus interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern entstand der Bürgerbeirat, der sich im Mai 2017 zu seiner ersten Sitzung traf und die vorläufigen Ergebnisse des Bürgergutachtens im Entwurf sichtete. Der Bürgerbeirat soll dazu beitragen, dass die Ergebnisse des Bürgergutachtens im Masterplan berücksichtigt werden und Anregungen von Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich in den weiteren Umsetzungsprozess des Masterplans einfließen. Für den Regionalverband als Verantwortlichen für die Erstellung des Masterplans bietet der Bürgerbeirat die Chance, die entwickelten Maßnahmen und ihre Umsetzung mit Vertretern aus der Bürgerschaft rückzukoppeln. Erfreulich ist, dass viele der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter bereit sind, am Bürgerbeirat mitzuarbeiten. Nicht nur das: Über 70 % können sich vorstellen, in Zukunft ehrenamtlich am „Masterplan 100 % Klimaschutz“ mitzuwirken. Neben der Beteiligung an öffentlichen Veranstaltungen ist für viele auch eine Mitarbeit an konkreten Projekten oder thematischen Arbeitskreisen denkbar. Angesichts dessen will der Regionalverband im weiterführenden Masterplan-Prozess solche Beteiligungsmöglichkeiten vorsehen.

Erstmals in Deutschland entstand ein Bürgergutachten zu dem komplexen und vielschichtigen Thema Klimaschutz. Die Ergebnisse sprechen ebenso wie die Empfehlung der Gutachterinnen und Gutachter dafür, dass es nicht das letzte bleiben sollte. So sehen die Teilnehmenden Bürgergutachten oder andere aktivierende Formen der Beteiligung als gute Möglichkeit, Multiplikatoren und „Bürger-Botschafter“ für den Klimaschutz zu gewinnen und auszubilden. Denn: Klimaschutz, der nichts weniger ist als der Erhalt unserer Umwelt, Lebensqualität und unseres Wohlstandes, lebt zum einen vom alltäglichen Mitwirken und den vielen kleinen Schritten in Familie, Beruf und Freizeit. Zum anderen ist Klimaschutz von den komplexen Entscheidungen in Kommunalparlamenten, im Bundestag oder in internationalen Klimakonferenzen abhängig. Auch auf letzteres nehmen Bürgerinnen und Bürger durch ihre Mitwirkung an demokratischen Entscheidungsprozessen Einfluss.

5 Quellenverzeichnis

Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club e.V. (ADFC) o.J.:

Radschnellwege.

<https://www.adfc.de/>, Seitenaufruf 21.06.2017

Bundespreis Ecodesign o.J.: Ecodesign – Worum es geht.

<https://www.bundespreis-ecodesign.de/de/ecodesign.html>, Seitensaufruf 05.07.2017

Haase, Michael, 2013: Vortrag Das FGSV-Arbeitspapier zu Radschnellverbindungen.

Bundesweiter Arbeitskreis „Radschnellwege“ am 08.07.2013 in Essen.

<http://www.stachowitz.de/akrsw/dl/ak1/2013-07-08-Haase-Standards-Radschnellverbindungen-FGSV.pdf>,

Seitensaufruf 21.06.2017

Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN) 2017:

Bevölkerung nach Geschlecht; Fläche, Bevölkerungsdichte (Gemeinde), Stand 31.12.2015.

<http://www1.nls.niedersachsen.de/statistik/html/default.asp>, Seitensaufruf 21.07.2017.

Lubbadeh, Jens, 2014: Lebensmittel aus der Mülltonne „Was Bioläden wegwerfen, ist unglaublich“. Spiegel online.

<http://www.spiegel.de/gesundheit/ernaehrung/containern-lebensmittel-aus-der-muelltonne-a-1009663.html>,

Seitensaufruf 26.06.2017.

Michael, Manfred, 2017: Impulsvortrag „Mobilität und Klimaschutz im Großraum Braunschweig“ im Rahmen des Bürgergutachtens

zum Masterplan 100 % Klimaschutz für den Großraum Braunschweig. 04.02.2017.

Presto o.J.: Merkblatt zur Realisierung von Fahrradstraßen.

http://www.rupprecht-consult.eu/uploads/tx_rupprecht/03_PRESTO_Infrastruktur_fahradstraen.pdf,

Seitensaufruf 21.06.2017.

Umweltbundesamt 2016: Treibhausgas-Emissionen in der Europäischen Union.

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klimawandel/treibhausgas-emissionen-in-der-europaeischen-union#textpart-1>,

Seitensaufruf am 21.07.2017.

Verkehrswende in kleinen Städten e.V. 2017:

<http://www.verkehrswende-ev.de/umwelt.html>.

Seitensaufruf 19.06.2017

Zweckverband Großraum Braunschweig 2013: Regionales Energie- und Klimaschutzkonzept für den Großraum Braunschweig –

REnKCO2. Band 2 – Abschlussbericht.

ANHANG:

A. Anhang: Ergebnisse der Fragebögen und Kleingruppenarbeit - 54

A.1 Fragebogen „Erfahrungen im Klimaschutz“ - 54

A.2 Fragebogen „Mobilität“ - 57

A.3 Fragebogen „Erneuerbare Energien“ - 60

B. Anhang: Übersicht Handlungsempfehlungen - 67

B.1 Ausführliche Übersicht über gesammelte Handlungsempfehlungen zum Thema
„Klimaschonend mobil“ (nach Clusterung) - 67

B.2 Ausführliche Übersicht über gesammelte Handlungsempfehlungen zum Schwerpunktthema
„Energiesparen im Alltag“ (nach Clusterung) - 71

B.3 Ausführliche Übersicht zu gesammelten Handlungsempfehlungen zum Schwerpunktthema
„Ernährung und Konsum“ (nach Clusterung) - 73

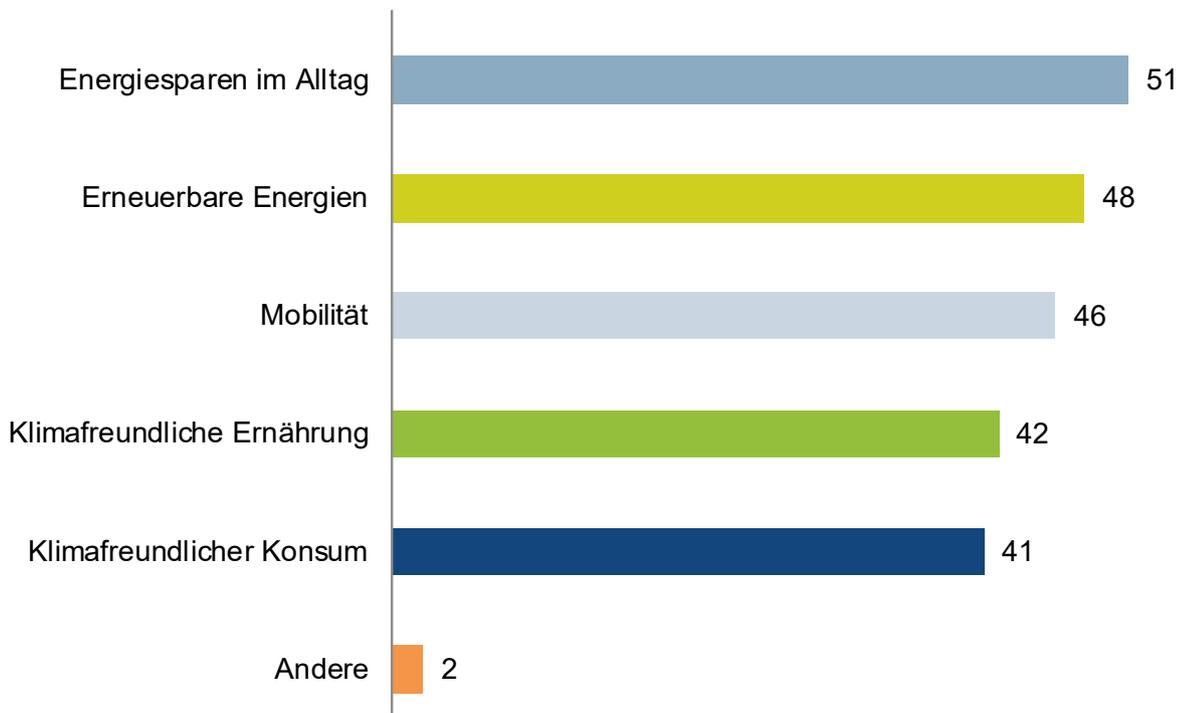
C. Anhang: Ergänzende Hinweise aus der „Meinungskiste“ - 76

D. Einladungsflyer zum Bürgergutachten - 79

A. Anhang: Ergebnisse der Fragebögen und Kleingruppenarbeit

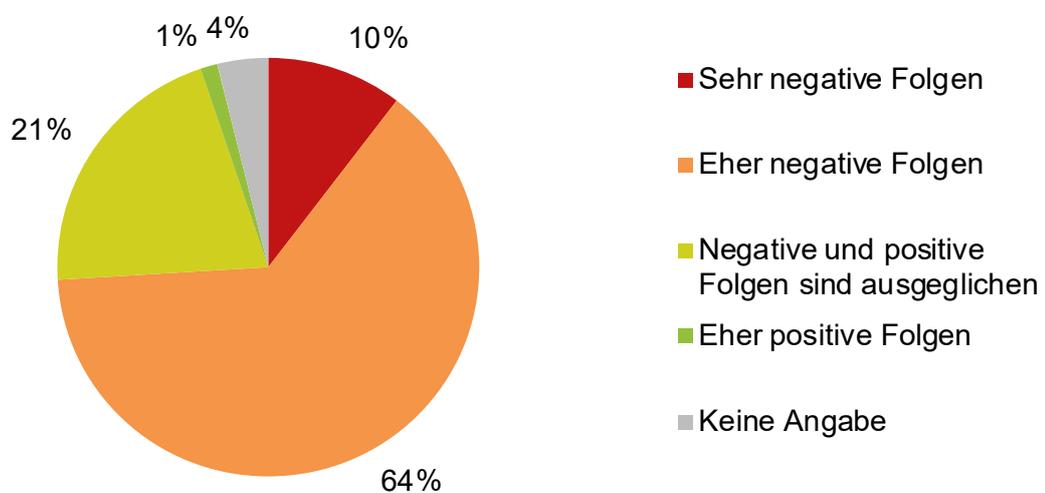
A.1 Fragebogen „Erfahrungen im Klimaschutz“

Frage 1: Für welche Themen interessieren Sie sich besonders?



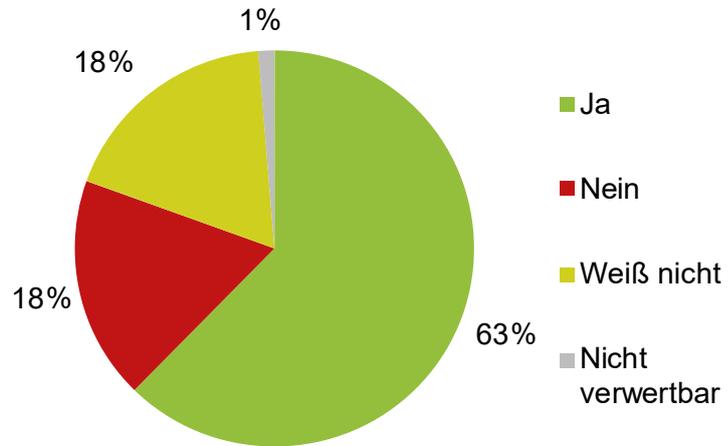
n=75, absolute Nennungen, Mehrfachnennungen möglich

Frage 2: Welche Folgen hat der Klimawandel in den nächsten Jahrzehnten nach Ihrer Einschätzung für Ihre ganz persönlichen Lebensbedingungen?



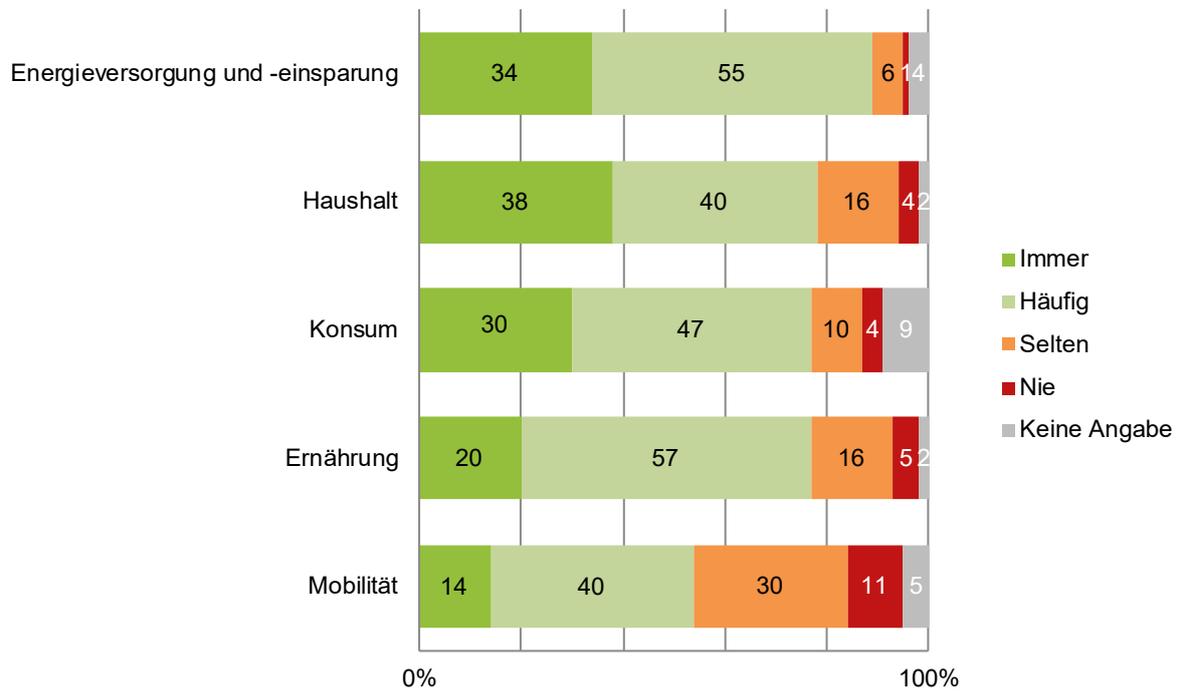
n=77

Frage 3: Haben Sie in Ihrem Alltag oder im Urlaub schon einmal Ereignisse/Phänomene erlebt, die auf den Klimawandel und dessen Folgen zurückzuführen sind?



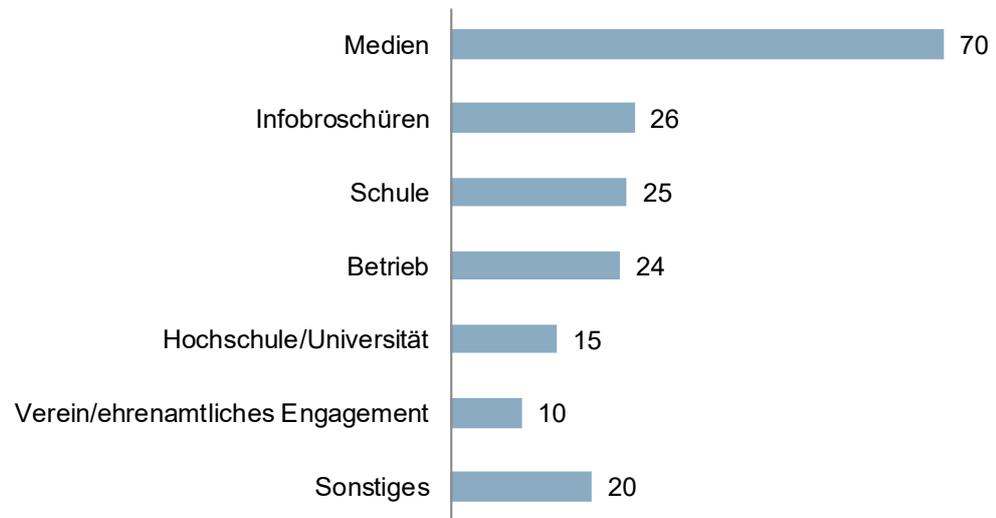
n=77

Frage 4: Inwiefern haben Sie in den folgenden Lebensbereichen schon mal den Klimaschutz bei alltäglichen Entscheidungen berücksichtigt?



n=77

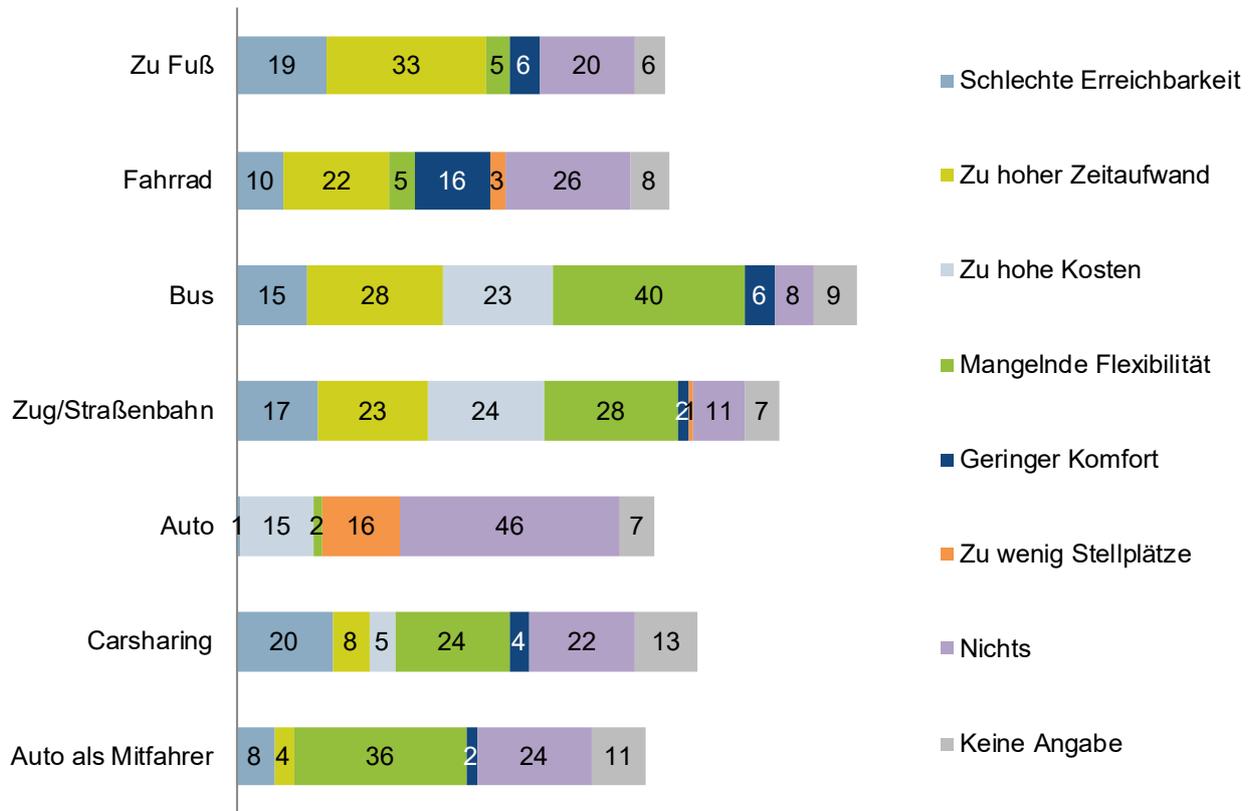
Frage 5: Wo/wodurch sind Sie bisher mit dem Thema Klimaschutz in Berührung gekommen?



n=77, absolute Nennungen, Mehrfachnennungen möglich

A.2 Fragebogen „Mobilität“

Frage 6: Was hindert Sie daran, einzelne Verkehrsmittel häufiger zu nutzen?

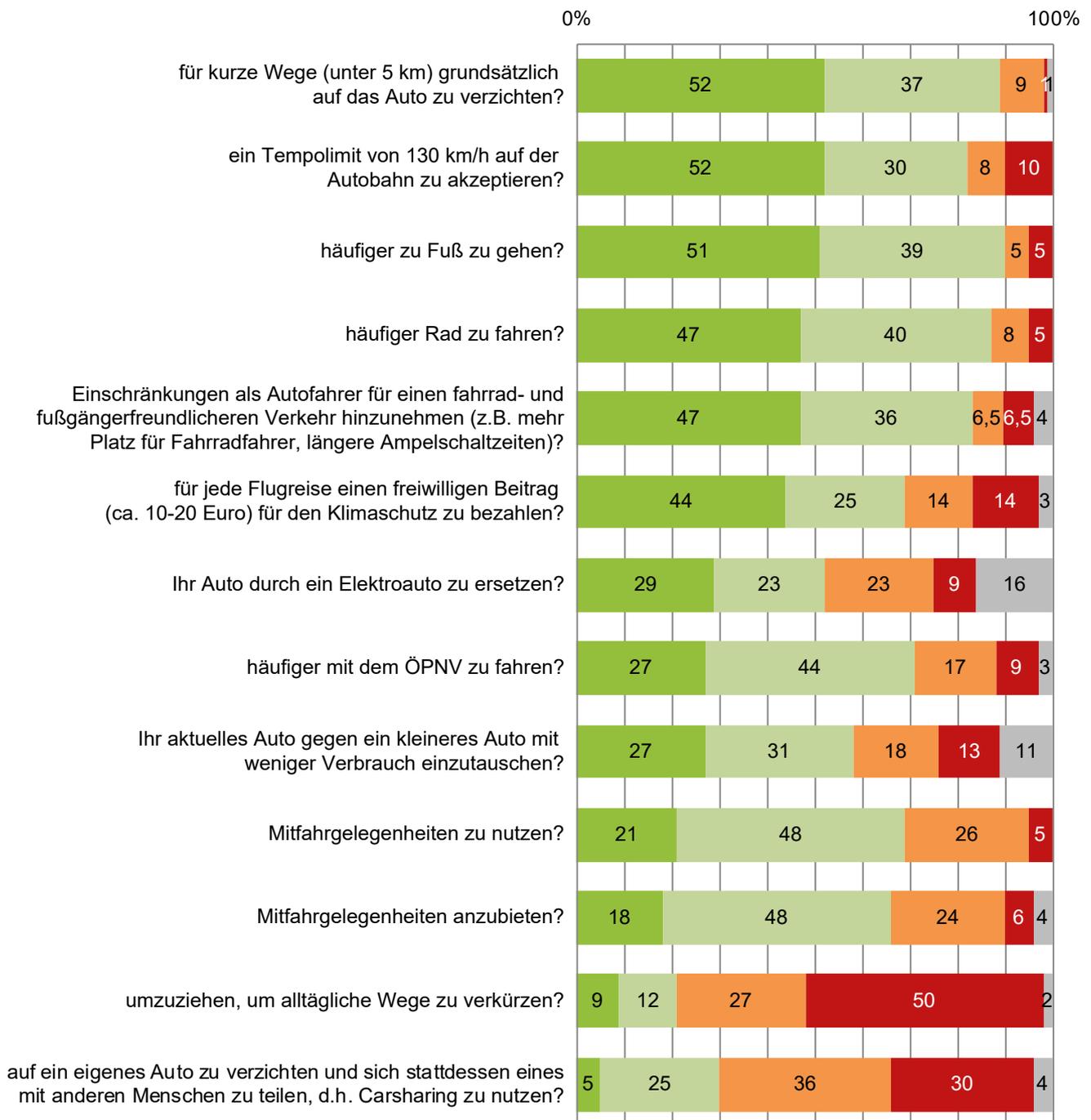


n=77, absolute Nennungen, Mehrfachnennungen möglich

Frage 7: Persönliche Bereitschaft zur klimafreundlicheren Gestaltung des eigenen Mobilitätsverhaltens

Wie bereit wären Sie ...

■ Sehr bereit ■ Eher bereit ■ Eher nicht bereit ■ Nicht bereit ■ Keine Angabe



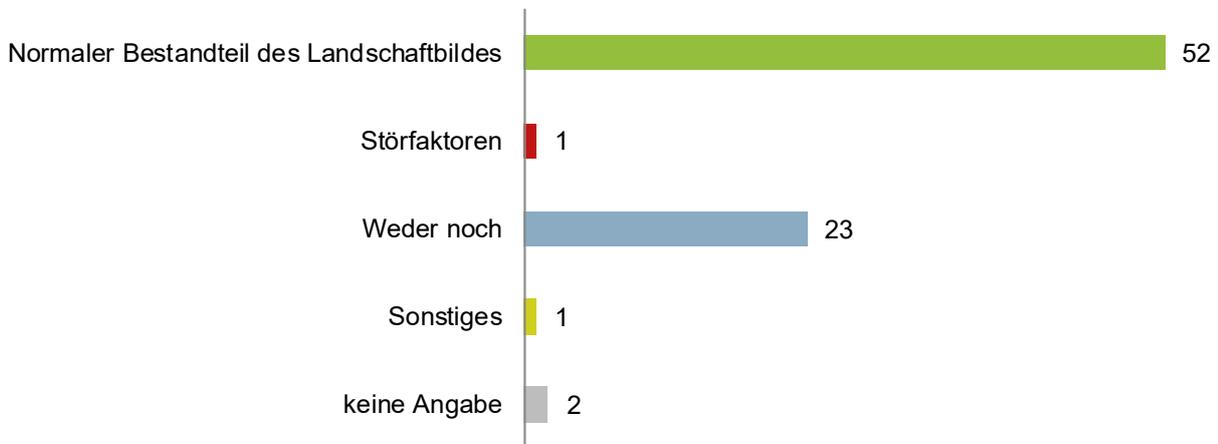
n=77

Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität von ÖPNV, Rad- und Fußverkehr

- Als attraktivitätssteigernde Maßnahmen für den ÖPNV wurden insbesondere eine bessere Taktung, der Ausbau des Netzes, attraktivere Verbindungen vor allem in ländlichen Gebieten, bessere Anbindungen sowie günstigere Fahrpreise genannt.
- Um den Radverkehr attraktiver zu machen, nannte ein Großteil den Ausbau und die Verbesserung der Radwege sowie die Errichtung sicherer Stellplätze.
- Zur Förderung des Fußverkehrs wurde häufig die Einrichtung sicherer Fußwege z.B. durch ausreichende Beleuchtung empfohlen, aber auch die vermehrte Schaffung von Einkaufsläden und Anlaufstellen vor Ort.

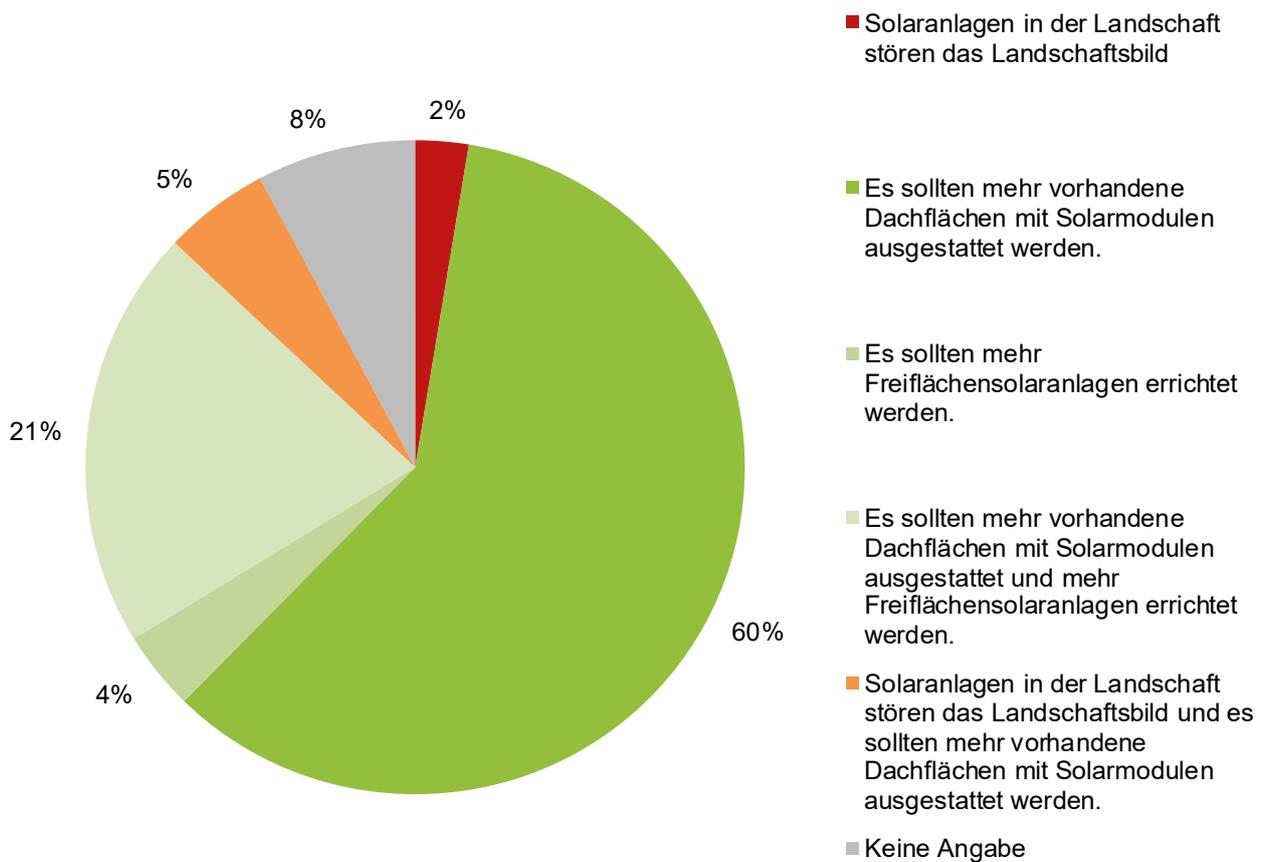
A.3 Fragebogen "Erneuerbare Energien"

Frage 8: Solaranlagen sind für mich ...



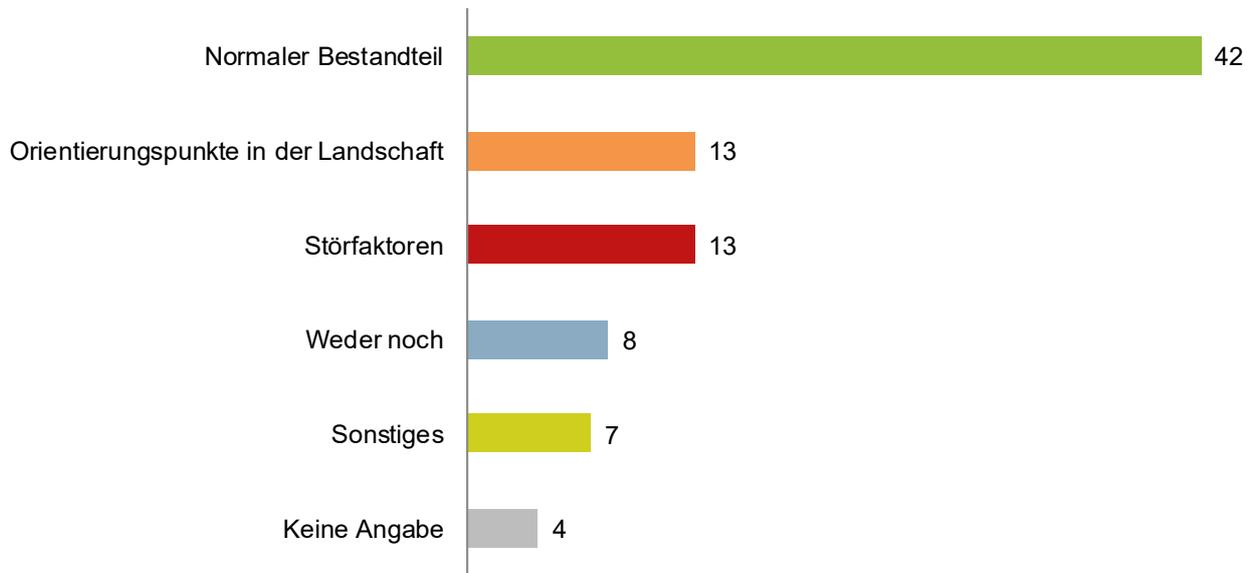
n=77, absolute Nennungen, Mehrfachnennungen möglich

Frage 9: Solaranlagen – Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie am ehesten zu?



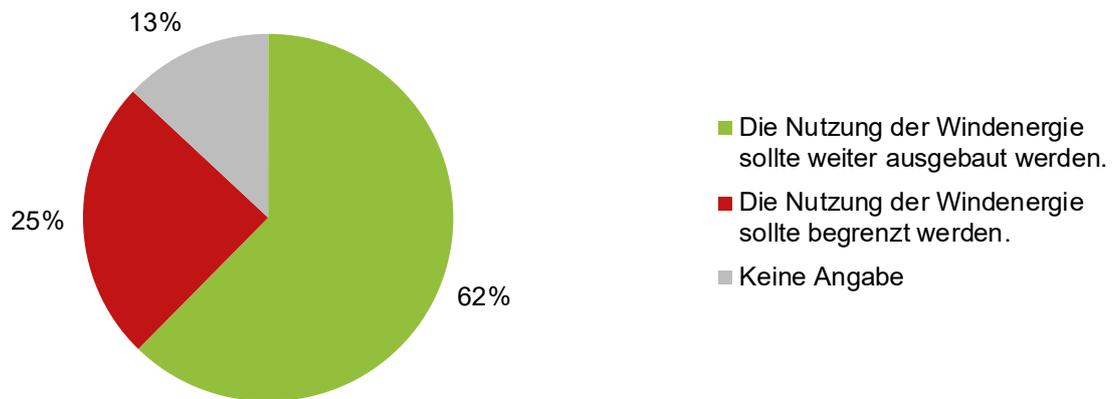
n=77

Frage 10: Windenergieanlagen sind für mich ...



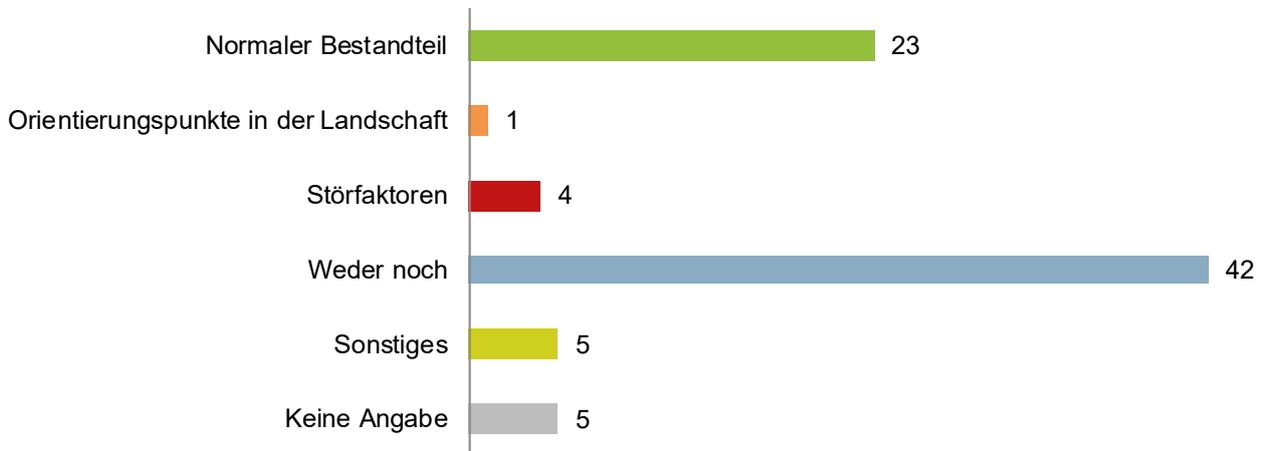
n=77, absolute Nennungen, Mehrfachnennungen möglich

Frage 11: Windenergie – Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie am ehesten zu?



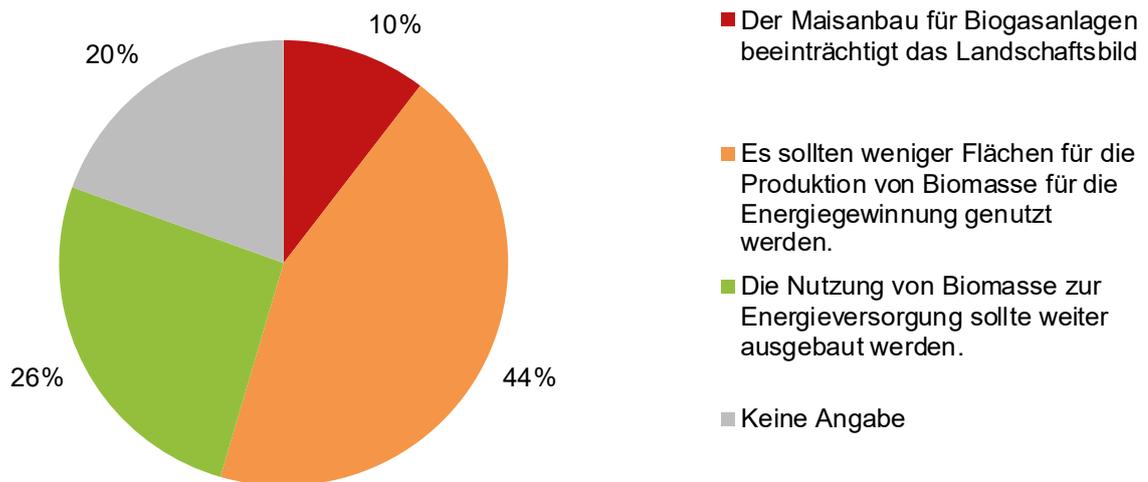
n=77

Frage 12: Biogasanlagen sind für mich ...



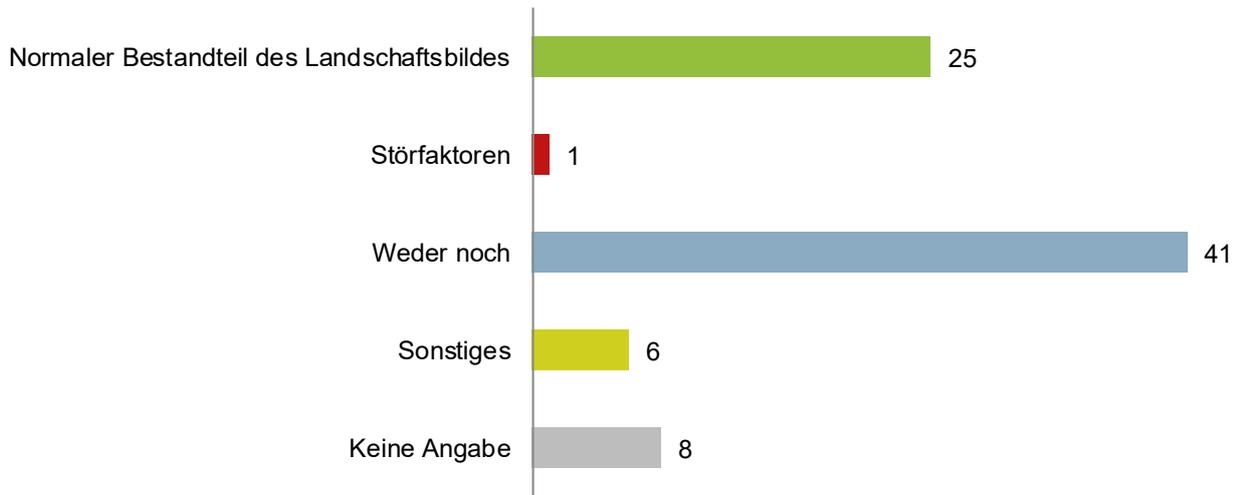
n=77, absolute Nennungen, Mehrfachnennungen möglich

Frage 13: Biogas – Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie am ehesten zu?



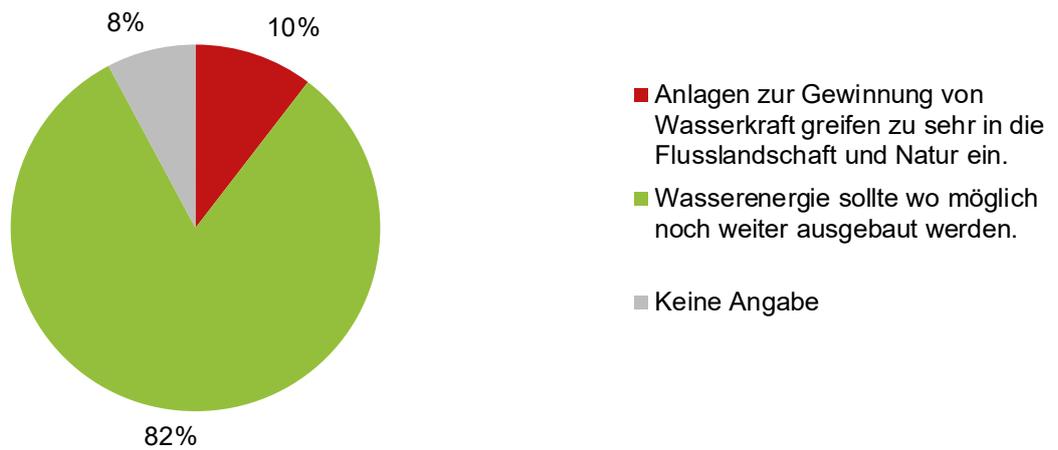
n=77

Frage 14: Wasserkraftanlagen sind für mich ...



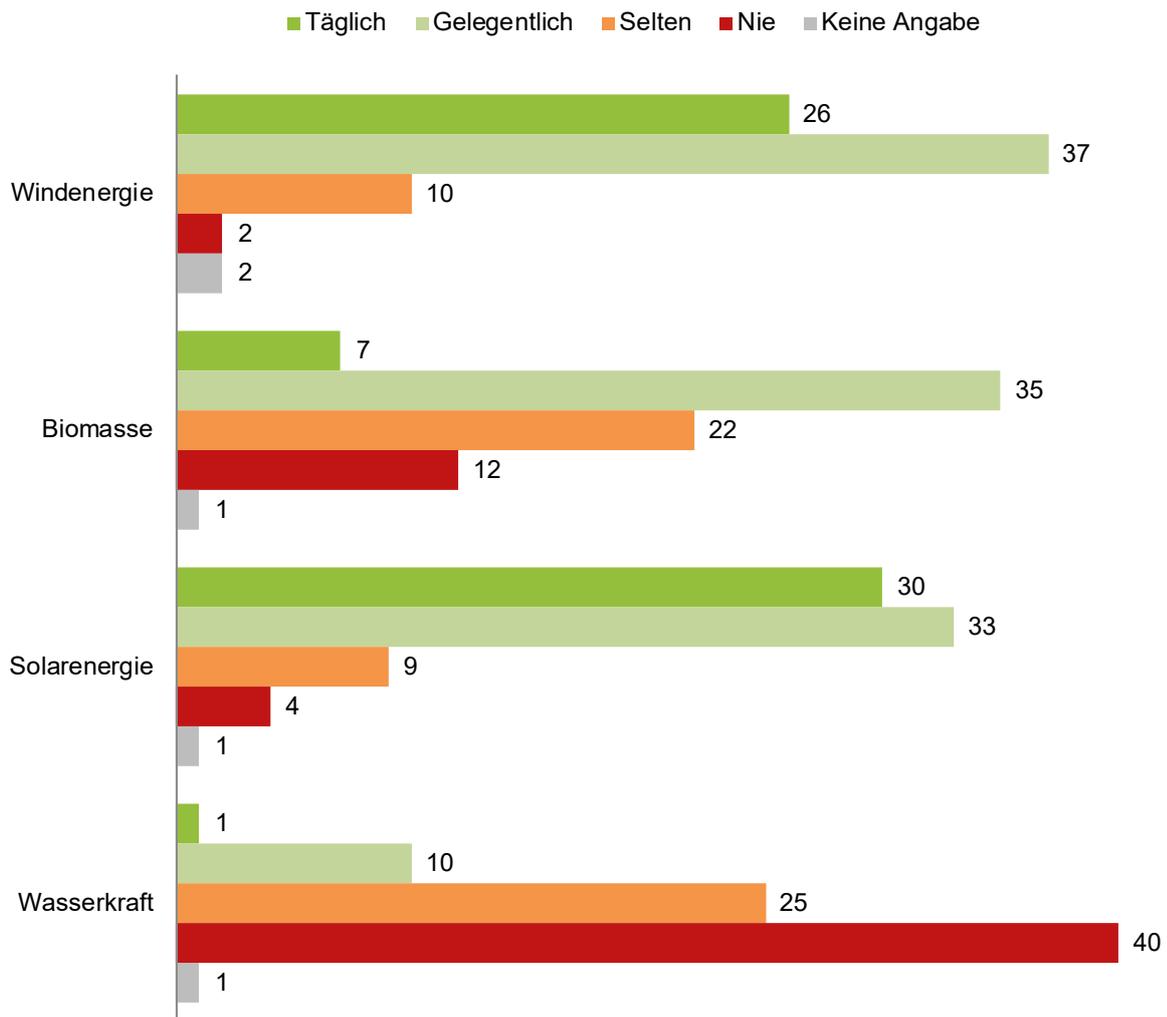
n=77, absolute Nennungen, Mehrfachnennungen möglich

Frage 15: Wasserkraft – Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie am ehesten zu?



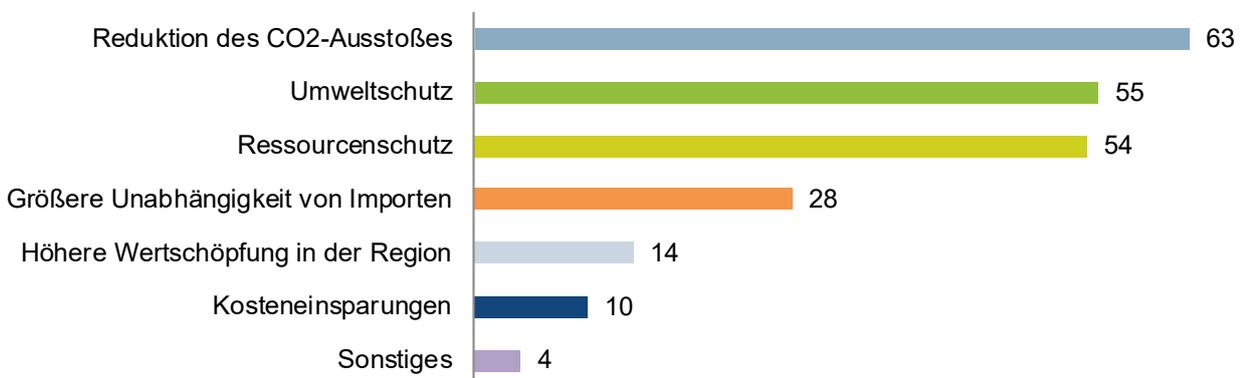
n=77

Frage 16: Wahrnehmung von Erneuerbare-Energien-Anlagen in der Region



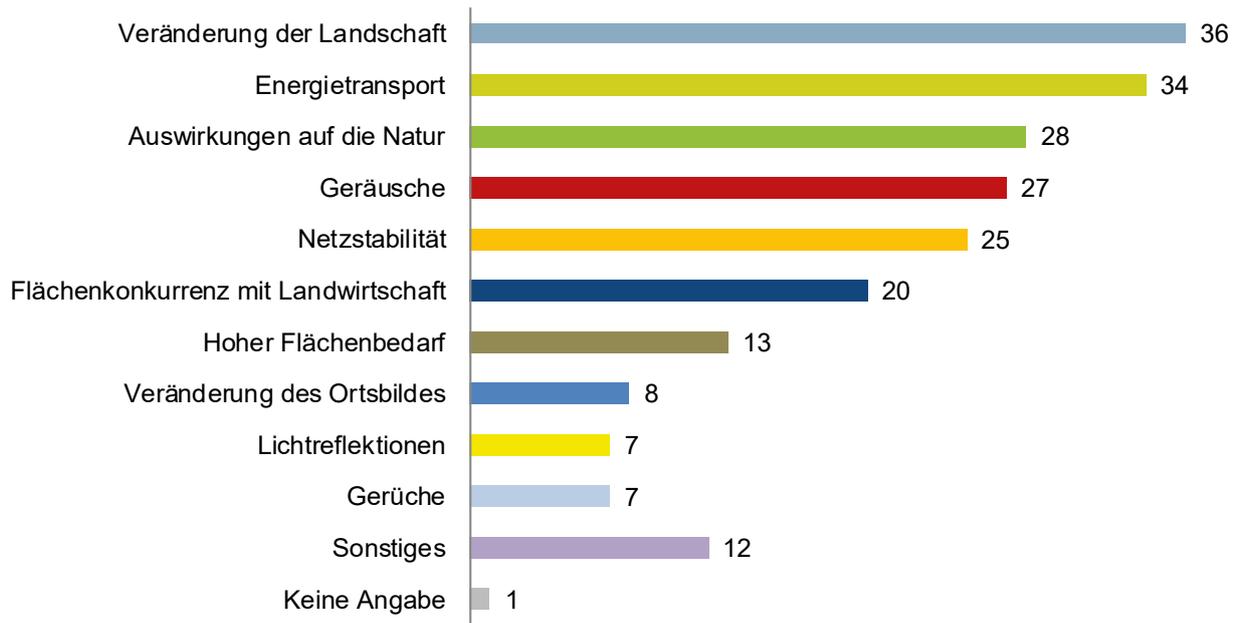
n=77, absolute Nennungen

Frage 17: Welches sind aus Ihrer Sicht die drei wichtigsten Argumente für die Nutzung erneuerbarer Energien?



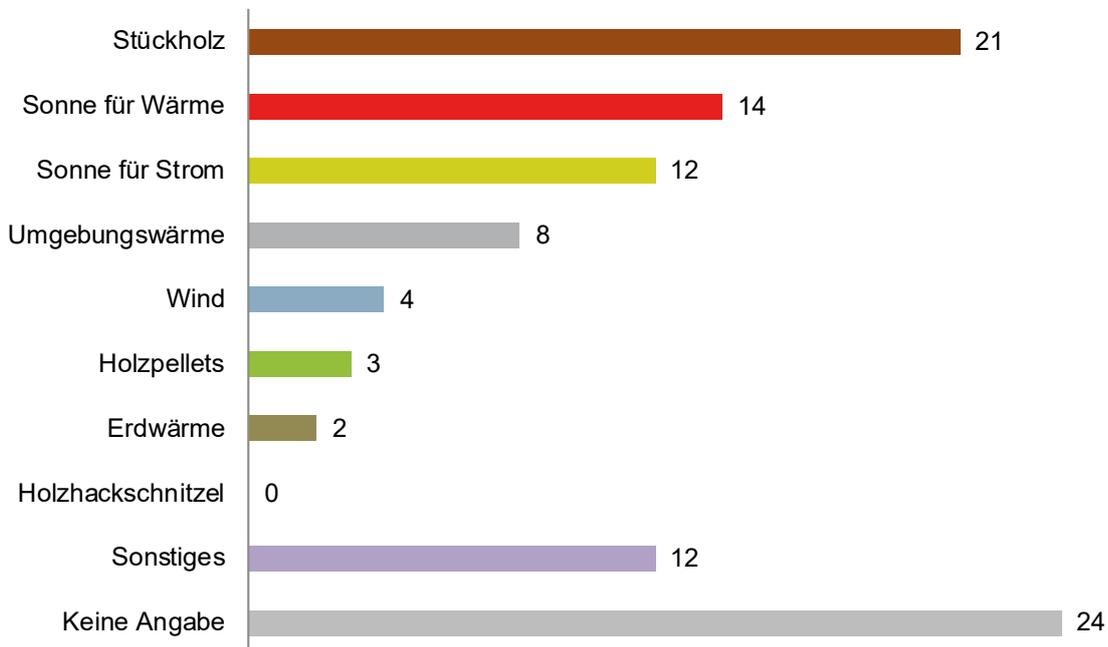
n=77, absolute Nennungen, Mehrfachnennungen möglich

Frage 18: Welches sind aus Ihrer Sicht die Probleme bei der Nutzung erneuerbarer Energien?



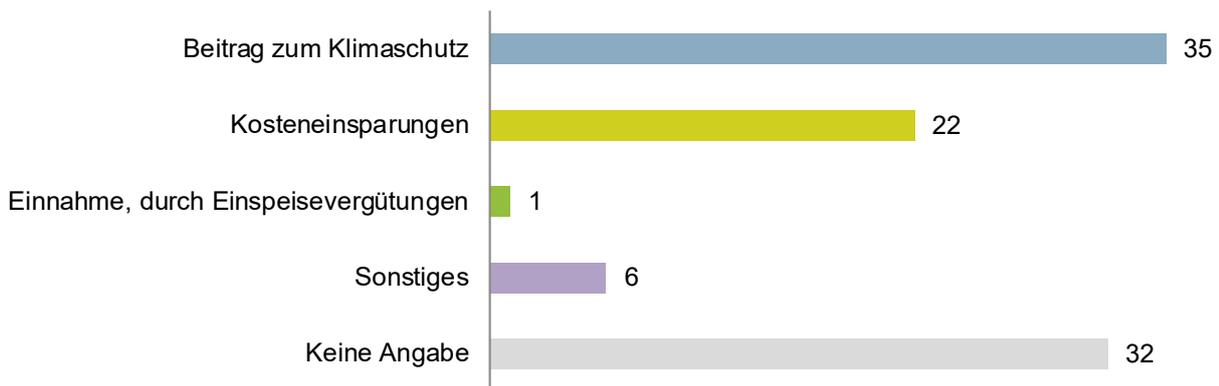
n=77, absolute Nennungen, Mehrfachnennungen möglich

Frage 19: Ich nutze selbst erneuerbare Energien in Form von: ...



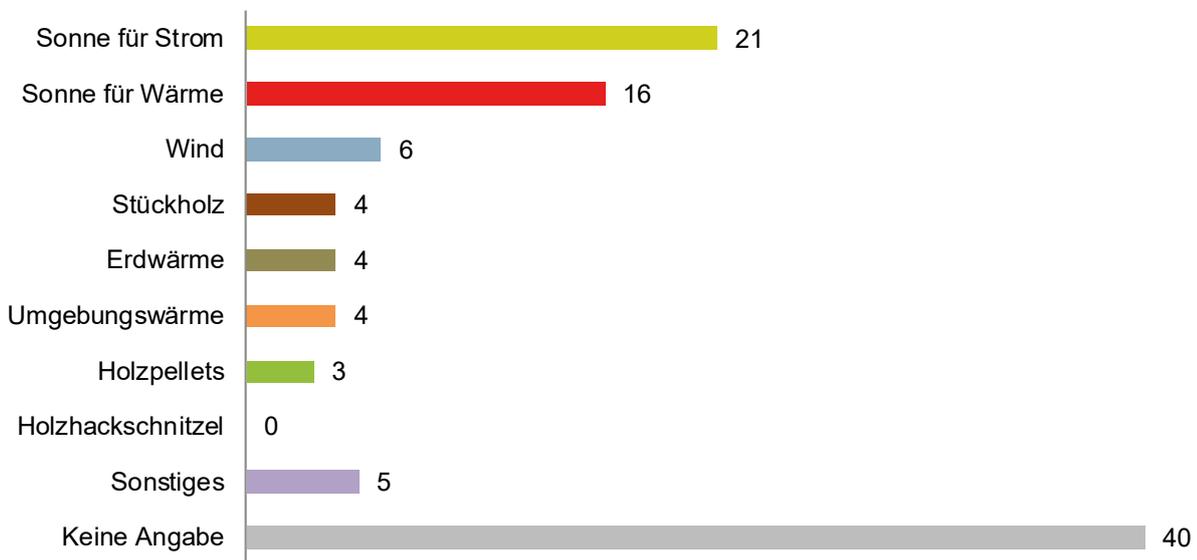
n=77, absolute Nennungen, Mehrfachnennungen möglich

Frage 20: Ich nutze erneuerbare Energien aus folgenden Gründen: ...



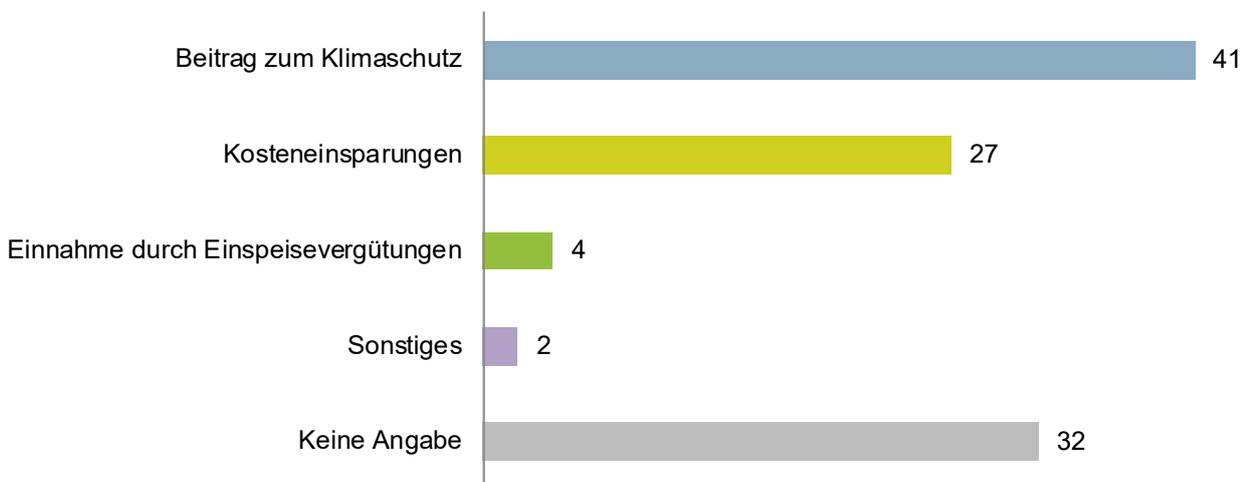
n=77, absolute Nennungen, Mehrfachnennungen möglich

Frage 21: Ich plane die Nutzung erneuerbarer Energien in Form von: ...



n=77, absolute Nennungen, Mehrfachnennungen möglich

Frage 22: Ich plane die Nutzung erneuerbarer Energien aus folgenden Gründen: ...



n=77, absolute Nennungen, Mehrfachnennungen möglich

B. Anhang: Übersicht Handlungsempfehlungen

B.1 Ausführliche Übersicht über gesammelte Handlungsempfehlungen zum Thema „Klimaschonend mobil“ (nach Clusterung)

Hinweise:

- Sortierung der Cluster (hellblau unterlegte Zeilen) und Handlungsansätze nach „Summe Einzel-Bepunktung“
- Normale Schrift: Für die Kleingruppenarbeit vorgegebene Handlungsansätze.
- *Kursive Schrift*: Von den Kleingruppen frei ergänzte Handlungsansätze, inhaltlich gleiche Vorschläge teilweise zu einer Formulierung zusammengefasst.

- Die Spalte „Summe Einzel-Bepunktung“ gibt die Gesamtanzahl an Punkten wieder, die die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter im Anschluss an die Vorstellung der Kleingruppenergebnisse einem Handlungsansatz gegeben haben. Für die Bewertung hatte jede(r) fünf Punkte zur Verfügung, die frei verteilt werden konnten.
- Die Spalte „Anzahl der Einzelnennungen in den Kleingruppen“ gibt an, wie häufig Handlungsansätze aus diesem Bereich in den Kleingruppen gesammelt wurden. Lesehinweis zu der Anzahl der Einzelnennungen in den Kleingruppen:
- Die genannte Zahl besagt, dass in den insgesamt 20 Kleingruppen X Empfehlungen zu dieser geclusterten Handlungsempfehlung gesammelt wurden. Da eine Kleingruppe auch mehrere Empfehlungen zu der geclusterten Handlungsempfehlung gesammelt haben kann, kann daraus nicht automatisch die Aussage abgeleitet werden, dass beispielsweise 11 von 20 Kleingruppen diese Empfehlung abgegeben haben.

Handlungsempfehlung	Summe Einzel-Bepunktung	Anzahl der Einzelnennungen in Kleingruppen
ÖPNV attraktiv und bedarfsgerecht gestalten	117	59
Kostenloser ÖPNV	49	11
Schnellere Taktung im ÖPNV	26	14
Kostengünstiger ÖPNV-Tarif	10	3
<i>Verbesserung der Attraktivität des ÖPNV</i>	8	1
Rufbusse und –taxen im ländlichen Raum	6	11
Attraktivere und bequemere Fahrzeuge im ÖPNV	7	4
Schnellere Taktung im ÖPNV im ländlichen Bereich	2	2
<i>Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs</i>	4	1
<i>Mehr Pendelbusse nach Wolfsburg aus den angrenzenden Gemeinden</i>	2	1
Kostenloses WLAN in allen öffentlichen Verkehrsmitteln	1	4
Fahrkartenkauf per Handy	1	3
Vorrangschaltung bei Ampeln für den ÖPNV („Grüne Welle“)	1	3
<i>Schnellere Züge</i>	0	1

Handlungsempfehlung	Summe Einzel-Bepunktung	Anzahl der Einzelnennungen in Kleingruppen
Fahrrad- & Fußgängerfreundlichkeit erhöhen	52	50
Fahrradstraßen	22	11
Radschnellwege	14	8
Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln	9	9
Fahrrad- und Fußgängerfreundliche Viertel	5	12
Fahrradabstellanlagen	2	9
<i>Kostenfreie Schließfächer für Einkäufe wenn ich mit dem Rad in der Stadt bin</i>	0	1
Kurze Wege zwischen Wohnen, Arbeit, Versorgung und Freizeit fördern	46	32
Mehr Arbeit von zu Hause	21	13
Stärkere Durchmischung von Wohnen, Arbeiten und Nahversorgung („kurze Wege“)	12	9
Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen	4	1
<i>Behördengänge vermeiden durch digitale Erledigung</i>	4	1
<i>Bessere Nahversorgung in Ortschaften</i>	3	2
<i>Telepräsenztechnologie für Home Office (virtuelle Realität, Telearbeit mit VPN (Virtual Private Network) -Anschluss)</i>	2	2
<i>Förderungen für Fernstudium / Lernen auf Onlineplattformen</i>	0	1
<i>Regionale, saisonale Produkte nutzen</i>	0	1
<i>Replikatoren in der Stadt (3D-Druck), um jederzeit Produkte vor Ort erzeugen zu können</i>	0	1
<i>Bündelung wirtschaftlicher Interessen, z.B. Pflegedienste, Paketdienste</i>	0	1
Elektromobilität fördern	39	46
Weitestgehende Umstellung auf E-Mobilität	24	17
Ausbau der Ladeinfrastruktur	13	16
Ausweitung solare Mobilität (Autos, Roller)	1	11
<i>E-Bikes fördern</i>	1	1
<i>E-Busse machen private Autos überflüssig</i>	0	1

Handlungsempfehlung	Summe Einzel-Bepunktung	Anzahl der Einzelnennungen in Kleingruppen
Mobilitätsdienstleistungen stärker vernetzen	27	43
Mobilitätsverbund: Ein Ticket für alle Verkehrssysteme	6	10
<i>Vernetzung von öffentlichem und Individualverkehr (Park&Ride Parkplätze)</i>	5	5
Knotenpunkte für leichteren Wechsel zwischen klimafreundlichen Verkehrsmitteln (z.B. Sharing-Station am Bahnhof)	7	9
<i>Güterverkehr per Bahn</i>	4	1
<i>Anreize zur Bildung von Fahrgemeinschaften (Kommune, Betrieb)</i>	2	1
Informationssystem zur optimalen Verkehrsmittelwahl	1	7
Mitfahrzentralen	2	9
<i>Verlagerung von Verkehr auf die Schiene</i>	0	1
Klimafreundliche Mobilität durch finanzielle Anreize steuern	15	18
<i>Abschaffung Dienstwagen zur privaten Nutzung</i>	3	1
<i>Steuervergünstigung</i>	3	1
Verteuerung von Treibstoffen	2	6
<i>Jobticket</i>	2	2
<i>Punkte- und Prämiensystem bei Verkehrsvermeidung</i>	2	1
<i>Fernreisebusse fördern</i>	2	1
<i>Steuern auf Flugreisen</i>	1	1
Abschaffung der Pendlerpauschale	0	3
<i>Berechnung externer Effekte</i>	0	1
<i>Flugzeug ersetzen durch schnelle Bahn wo möglich</i>	0	1
Verkehrsberuhigung weiter ausbauen	15	8
Konsequente Verkehrsberuhigung	7	4
Tempo-30 innerorts / Tempo-80 außerorts / Tempo-100 auf der Autobahn	5	3
Maut für „Durchgangsverkehr“	3	1

Handlungsempfehlung	Summe Einzel-Bepunktung	Anzahl der Einzelnennungen in Kleingruppen
Verkehr und Mobilität intelligent steuern	14	22
Autonomes Fahren	7	11
<i>Steuerung des Verkehrsflusses</i>	7	10
<i>Intelligentes vernetztes Fahren</i>	0	1
Kraftfahrzeugfreie oder -reduzierte Bereiche fördern	12	18
Autofreies Wohnen	7	5
Fahrverbote für Innerortsbereiche	5	10
Verteuerung von Parkplätzen	0	2
<i>Parkplätze abschaffen</i>	0	1
Für klimafreundliches Mobilitätsverhalten sensibilisieren	12	11
<i>Autofreie Sonntage</i>	6	1
<i>Änderung Konsumverhalten</i>	4	1
<i>Verkehrserziehung</i>	1	5
Sensibilisierung für klimabewusstes Verkehrsverhalten	1	4
Effiziente und bedarfsgerechte Fahrzeuge entwickeln	11	17
Entwicklung effizienter und bedarfsgerechter Fahrzeuge (Leichtbauweise, Elektroantrieb)	7	15
Optimierung bezüglich Verbrauch, Leistung, Geschwindigkeit	4	2
Carsharing-Angebote ausweiten	10	28
Car- und Bike-Sharing-Angebote (stationsunabhängig)	6	15
Gemeinschaftlich genutzte Fahrzeuge	4	13
Klimafreundliche Treibstoffe nutzen	10	10
Nutzung von Treibstoffen aus Strom oder Biomasse	10	7
Nutzung von Treibstoffen aus Strom	0	2
<i>Energie für E-Mobilität aus erneuerbaren Energien</i>	0	1
Lieferverkehr klimafreundlich gestalten	3	14
<i>Lieferdienste für Einkäufe des täglichen Bedarfs</i>	3	7
Lastenräder für innerstädtischen Lieferverkehr	0	7

B.2 Ausführliche Übersicht über gesammelte Handlungsempfehlungen zum Schwerpunktthema „Energiesparen im Alltag“ (nach Clusterung)

- Lesehinweis zu der Anzahl der Einzelnennungen in den Kleingruppen:

Die genannte Zahl besagt, dass in den insgesamt 20 Kleingruppen X Empfehlungen zu dieser geclusterten Handlungsempfehlung gesammelt wurden. Da eine Kleingruppe auch mehrere Empfehlungen zu der geclusterten Handlungsempfehlung gesammelt haben kann, kann daraus nicht automatisch die Aussage abgeleitet werden, dass beispielsweise 11 von 20 Kleingruppen diese Empfehlung abgegeben haben.

Handlungsempfehlung	Anzahl der Einzelnennungen in Kleingruppen
Energiebewusst leben	16
Nutzerverhalten anpassen: Warmwasserverbrauch, Heizung und Lüftung	5
Nutzerverhalten anpassen: Trocknen auf der Leine statt im Wäschetrockner	4
Nutzerverhalten anpassen: Geräte vollständig ausschalten um Stromverbrauch im Standby zu vermeiden	3
Verzicht auf unnötige Geräte	2
Überprüfung des Bedarfs für energieintensive „Luxusgeräte“; z.B. Klimaanlage	1
Regelmäßige Kontrolle der Energieverbräuche	1
Information und Öffentlichkeitsarbeit ausbauen	23
Permanente Aufklärung über Energiesparmaßnahmen in Medien (TV, Radio, Zeitung, soziale Medien)	8
Veranschaulichung von Einspareffekten und Bereitstellung verständlicher, unabhängiger Informationen zum Energiesparen	6
Information über und Sensibilisierung für das Thema Energiesparen in allen Lebensbereichen	5
Verbesserung der Informationsweitergabe von öffentlichen Stellen an private Haushalte	2
Präsentation von Referenzhaushalten als gute Beispiele	1
Sensibilisierung für Energieeinsparungen durch transparente Abrechnungen	1
Beratung und Bildung verstärken	17
Breites Spektrum verständlicher Energieberatungsangebote für private Haushalte	9
Etablierung von Energiesparen als Lehrinhalt in Bildungseinrichtungen	6
Energieberatungsangebote in der Schule	1
Rechtsberatungsangebot für Mieter hinsichtlich Ansprüchen auf energetische Sanierung	1

Handlungsempfehlung	Anzahl der Einzelnennungen in Kleingruppen
Klimaschonende Technik und intelligente Steuerung weiterentwickeln	17
Intelligente Heizungssteuerung mit individueller Regelung der Raumtemperatur für jeden Raum	5
Steuerungssysteme zur Reduktion des Energieverbrauchs im Haushalt (Smart Home)	3
Beachtung der Energieeffizienz bei Neuanschaffung und Austausch von Geräten. u.a. auch Umstellung auf Induktionsherde	3
Umstellung der Beleuchtung auf LED-Technik	2
Automatischer Lichtsteuerung	2
Optimierung von Heizungsanlagen	1
Intelligente Stromzähler (Smart Meter)	1
Finanzielle Anreize schaffen	16
Einführung eines Prämienmodells für den Austausch ineffizienter Anlagen und Geräte	7
Stärkere Förderung von Sanierungsmaßnahmen als Investitionsanreiz	2
Verbesserung der Verständlichkeit und Zugänglichkeit von Förderprogrammen	2
Höhere Abschreibungsquoten für Austausch von ineffizienten Heizungsanlagen	1
Stärkere Förderung ökologischer Bau- und Sanierungsweisen	1
Auslobung von Wettbewerben für energieeffiziente Sanierung	1
Bonussystem der Energieversorger für Energieeinsparungen	1
Günstigere Tarife bei geringerem Energieverbrauch	1
Gesetzliche Vorgaben verschärfen	11
Verschärfung gesetzlicher Vorgaben für die Herstellung von Elektrogeräten (ökologisches Produktdesign)	4
Gesetzliche Vorgaben für energiesparendes Verhalten	2
Verschärfung gesetzlicher Vorgaben für Energieeffizienz von Neubauten	1
Vereinbarkeit von Denkmalschutz und Energiesparmaßnahmen verbessern	1
Unterschiedliche Besteuerung energieeffizienter und -ineffizienter Produkte	1
Ausweitung gesetzlicher Vorgaben zum Austausch von Alt-Elektrogeräten	1
Verschärfung von Mindeststandards für Effizienz von Heizungsanlagen	1
Energieeffizienz von Produkten einheitlich kennzeichnen	11
Aussagekräftige Kennzeichnung zur Energieeffizienz von Geräten durch neutrale Institution	9
Gesetzliche Vorgaben zur aussagekräftigen Kennzeichnung von Geräten	1
Verlässlichkeit der Label sicherstellen	1

B.3 Ausführliche Übersicht zu gesammelten Handlungsempfehlungen zum Schwerpunktthema „Ernährung und Konsum“ (nach Clusterung)

- Lesehinweis zu der Anzahl der Einzelnennungen in den Kleingruppen:

Die genannte Zahl besagt, dass in den insgesamt 20 Kleingruppen X Empfehlungen zu dieser geclusterten Handlungsempfehlung gesammelt wurden. Da eine Kleingruppe auch mehrere Empfehlungen zu der geclusterten Handlungsempfehlung gesammelt haben kann, kann daraus nicht automatisch die Aussage abgeleitet werden, dass beispielsweise 11 von 20 Kleingruppen diese Empfehlung abgegeben haben.

Handlungsempfehlung	Akteur	Anzahl der Einzelnennungen in Kleingruppen
Klimabewusst konsumieren		44
Reduzierter Fleischkonsum	Verbraucher	7
Längere Nutzung und Reparatur	Verbraucher	5
Bevorzugen regionaler Produkte	Verbraucher	5
Kauf saisonaler Produkte	Verbraucher	4
Reduzierter Konsum	Verbraucher	4
Gemeinschaftliche Nutzung	Verbraucher	4
Vermeidung von Verpackungsmüll	Verbraucher	4
Bedarfsgerechter Konsum	Verbraucher	3
Qualitätsorientierung	Verbraucher	3
Bewusster Konsum	Verbraucher	2
Bevorzugen langlebiger Produkte	Verbraucher	2
Gebrauchtes kaufen/verkaufen	Verbraucher	1
Lebensmittel klimaschonend herstellen und handeln		27
Förderung und Ausbau gärtnerischer Selbstversorgung, wie z.B. „Urban Gardening“	Kommunen, Bürger	3
Reduzierte und klimaverträgliche Fleischproduktion, mehr Biohöfe / Keine Massentierhaltung	Gesetzgeber (EU, Bund, Land)	3
Regionale und saisonale Produkte günstiger und ansprechender anbieten	Handel	2
Verzicht auf Vorgaben zum Aussehen von Lebensmitteln	Gesetzgeber (EU, Bund, Land)	2
Spende von Produkten mit Makeln oder ablaufendem Haltbarkeitsdatum	Handel	2
Legalisierung des „Containerns“	Gesetzgeber (EU, Bund, Land)	2

Handlungsempfehlung	Akteur	Anzahl der Einzelnen- nungen in Kleingruppen
Kopplung von Agrarförderung an klimaverträgliche Produktionsweisen	Gesetzgeber (EU, Bund, Land)	2
Regionales und saisonales Produktangebot bevorzugen	Handel	1
Vergünstigungen von Produkten mit Makeln oder ablaufenden Haltbarkeitsdatum	Handel	1
Vegetarisches und veganes Angebot in Mensen	Träger	1
Angebot von klimafreundlichen Gerichten und kleinen Portionen	Gastronomie	1
Erweiterung des Angebots aus regionaler, saisonaler, ökologischer Produktion im Handel (Wochen- und Supermärkte)	Kommunale Träger, Wochenmarktveranstalter, Handel	1
Verteuerung von nicht-regionalen Produkten	Gesetzgeber (EU, Bund, Land), Handel	1
Export & Import unterbinden	Gesetzgeber (EU, Bund, Land)	1
Steuerliche Begünstigung von Direktvermarktern	Gesetzgeber (EU, Bund, Land)	1
Weniger Regularien für Kleinbetriebe	Gesetzgeber (EU, Bund, Land)	1
Vermeidung der Zerstörung regionaler Anbauflächen durch Zersiedlung	Raumplanung	1
Öko-Tier-(bzw. Fleisch-) Patenschaften per App	Landwirte, Genossenschaften	1
Verpackungsmüll reduzieren		17
Verpackungsmüll reduzieren	Hersteller, Handel	8
Vorgaben zur Reduktion von Verpackungen	Gesetzgeber (EU, Bund, Land)	4
Recyclbare Verpackungen anbieten	Handel	2
Veränderung der Hygienevorschriften für Verpackungen im Handel	Gesetzgeber (EU, Bund, Land)	2
Verpackungsfreie Läden fördern	Gesetzgeber (EU, Bund, Land)	1

Handlungsempfehlung	Akteur	Anzahl der Einzelnen- nungen in Kleingruppen
Bildung und Verbraucherinformation ausweiten		15
Bildungs- und Informationsangebote in Schulen & KiTas, auch für Eltern	Gesetzgeber (EU, Bund, Land), Bildungseinrichtungen	5
Sensibilisierung für klimafreundlichen Konsum	Bildungseinrichtungen, Behörden, Verbraucherzentralen	3
Aufklärung über Konsumkonsequenzen und Möglichkeiten der Konsumreduktion	Bildungseinrichtungen, Behörden, Medien	3
Wiedereinführung praxisorientierter bzw. alltagsbezogener Unterrichtsfächer wie Ernährungs-, Koch-, Werk-, Handarbeitsunterricht	Gesetzgeber (EU, Bund, Land)	2
Einführung eines Schulfaches „Klimaschutz/Nachhaltigkeit“	Gesetzgeber (EU, Bund, Land)	2
Transparente Produktkennzeichnung einführen		15
Verständliche Kennzeichnung der CO ₂ -Bilanz von Produkten (CO ₂ Ampel)	Gesetzgeber (EU, Bund, Land)	7
Kennzeichnung der Produktionsbedingungen von Produkten	Gesetzgeber (EU, Bund, Land)	4
Kennzeichnung regional und ökologisch hergestellter Produkte	Gesetzgeber (EU, Bund, Land)	2
Prüfung von Produkten hinsichtlich ihrer CO ₂ -Bilanz durch unabhängige Instanz	Gesetzgeber (EU, Bund, Land)	1
Kennzeichnung der Herkunft von Produkten	Gesetzgeber (EU, Bund, Land)	1
Klimafreundliche Produkte herstellen		9
Erhöhung der Langlebigkeit von Elektrogeräten	Gesetzgeber (EU, Bund, Land), Hersteller	4
Verlängerung der gesetzlichen Gewährleistung	Gesetzgeber (EU, Bund, Land)	2
Förderung von klimafreundlichen Produkten	Gesetzgeber (EU, Bund, Land)	1
Verbesserung der Reparaturfreundlichkeit von Elektrogeräten	Hersteller	1
Handwerksberufe attraktiver gestalten und heimische Wirtschaft stärken	Handwerk, Unternehmen, Wirtschaftsverbände	1

C. Anhang: Ergänzende Hinweise aus der „Meinungskiste“

Während der zweitägigen Veranstaltung konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusätzliche Hinweise und Anregungen zum Klimaschutz geben, die nicht Teil des offiziellen Programms waren. In jeder Gruppe stand dafür eine „Meinungskiste“, in die

jeder seine Hinweise einwerfen konnte. Eine der Bürgergruppen hat zusätzlich eine Stellwand für die Sammlung weiterer Ideen umfunktioniert, die in den Pausen gefüllt wurde. Unter dem Titel „Klimaschutz: Unsere persönlichen Vorschläge“ konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für alle lesbar weitere Vorschläge und Anregungen für den Klimaschutz im Großraum Braunschweig sammeln. Sämtliche Hinweise aus den „Meinungskisten“ und der Stellwand sind in der folgenden Tabelle im Originalwortlaut aufgenommen und nach den Themenbereichen des Bürgergutachtens sortiert.

Hinweise und Anregungen der „Meinungskiste“ und Stellwand „Unsere persönlichen Vorschläge“

Thema: Klimaschonend mobil

ÖPNV

Bus und Tram Fahrplan

- > Ist-Situation: unterschiedliche Fahrpläne für Mo-Fr, Sa-So und die Schulferien
- > Ziel: Vereinheitlichung der Fahrpläne für alle Wochentage und außerhalb/innerhalb der Schulferien, in den Schulferien möchte ich genauso mit dem Bus fahren

Mobilität

- > Das Straßenbahnnetz wird erfreulicherweise richtig erweitert: Die Straßenbahn muss meiner Meinung nach durch die Innenstadt fahren, siehe Städte wie Freiburg, Karlsruhe, Bremen.
- > Die Innenstadt muss erreichbar sein

Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs

- > mehr Linien/bessere Taktung preiswertes Fahren
- > im ländlichen Vorharzbereich

Fahrradfreundlichkeit

Fahrradfreundlichere Strecken

Fokus auf Braunschweig als fahrradfreundliche Stadt (3x)

Fokus auf fahrradfreundliche Stadt

Mehr Fahrradwege neben der Straße im städtischen Bereich (2x)

Ein sehr gut ausgebautes Radnetz mit extra Wegen, insbesondere neben Landstraßen und in Großstädten

Verkehrsberuhigung und -steuerung

- > sog. „verkehrsberuhigende Maßnahmen“ nicht auf Hauptstraßen durchführen, wenn sie zu Staubildung führen (z.B. Rückbau von Bushaldebuchten)
- > Beispiel Lehre: vor einigen Jahren wurde Ortsdurchfahrt umgestaltet, jetzt gibt es mehr Abgase durch Staus hinter haltenden Bussen (und nicht etwa weniger Autoverkehr im Ort)
- > sog. Zählampeln für den Autoverkehr nachrüsten: zeigen an, in wie vielen Sekunden rot oder grün kommen wird. Unnütze Spurts werden vermieden, der Autofahrer kann mit einer Restgeschwindigkeit die grün werdende Ampel erreichen (gibt es schon, z.B. in Russland)

Hinweise und Anregungen der „Meinungskiste“ und Stellwand „Unsere persönlichen Vorschläge“

Thema Klimafreundlich leben: Energiesparen

Single-Haushalte sind mit hohen Energiekosten verbunden

- > Lebensgemeinschaft
- > Reduktion der Single-Haushalte fördern

Energie sparen, nicht soziale Supermärkte bauen

Klimafreundlich leben: Ernährung und Konsum

Klimafreundlicher Konsum, Produkte und Produktion

Ein entscheidender Faktor für den Klimaschutz ist die Bereitschaft der Bürger mitzuhelfen, in Teilen auf Luxus zu verzichten, Kompromisse einzugehen, Ernährungsgewohnheiten zu verändern. Der Verbraucher hat die Macht.

- > Mir fehlte noch die Erhöhung der Verzahnung von Bildung und Kontrolle/Entwicklung von Produkten
- > Zuständigkeit: Bildungsministerien (Finanzen) und Universitäten (Sachverstand)

Transparenz

- > Wo bleiben/entstehen welche Gewinne/Kosten in der Produktionskette, „Wer bekommt was?“, Bsp. Textilindustrie/Ernährung (Milch)
- > Produkte werden stetig teurer, der „Produzent“ bekommt trotzdem nicht zwingend mehr!

Drogerieartikel

- > Micro-Plastik verbieten, z.B. bei Zahnpasta und Creme
- > den enormen Konsum als Verbraucher senken

Lebensmittelversorgung

Fleischkonsum

- > Welchen Fleischverbrauch Anteil hat das Hunde- und Katzen-Futter? Im Detail: Rind, Schwein, Geflügel?
- > Falls hoch, gibt es Maßnahmen?

- > Vorbestellung bei frischem Fleisch und Wurstprodukten z.B., um Überproduktion zu vermeiden
- > selbst abends volle Auslagen bei Bäcker, Schlachter

- > Wie lässt sich der Geschmack Richtung weniger Fleisch „manipulieren“, z.B. Spielfilm im Fernsehen

- > Lösung/Antwort: Pflichtbesuch in der (Groß-)Schlachtereie bzw. fleischverarbeitenden Industrie, Geflügelschlachtereie

Kommunale Förderung von Bioläden und attraktiven Marktangeboten

Ernährungsberater einbeziehen

Containern erlauben

Hinweise und Anregungen der „Meinungskiste“ und Stellwand „Unsere persönlichen Vorschläge“

Verbraucherbildung und Kommunikation

Volkshochschulen nutzen	Wissensvermittlung Angebote für Schulen
Workshops an Hochschulen	Angebote für Eltern und Schüler
Ostfalia Projekte mit Studenten	Direktere Ansprache Bürgern
HWK, Studiengang Medienwissenschaft	Partnerstädte: Klimaschutzprojekte vorstellen
Klimaschutz in Spielfilmen /modernen Medien , Wiederholung	Hochsensible Menschen als soziales Rückgrat der Gesellschaft als Stakeholder aufnehmen und als Multiplikator gewinnen (→ Elaine Aron)

Grünflächenschutz, Freiraumplanung, Naturschutz

Mehr Grünflächen in der Innenstadt (4x)	Förderung für begrünte Hausfassaden (4x)
Mehr Grünflächen	Bestandsschutz für Grünflächen
Ausweitung von Landschafts- und Naturschutzgebieten (4x)	Bestandsschutz für Naherholungsgebiete und Bäume (4x)
Neue Wälder pflanzen	Erhalt der Grünflächen, Schutz der Bäume verstärken
Zwischen Feldern ein Ackergrünstreifen	

D. Einladungsflyer zum Bürgergutachten

Wie sieht das Wochenende konkret aus?

Samstag
1 Begrüßung und Kennenlernen Einführung in das Thema und die Vorgehensweise Kaffeepause
2 Vortrag und Diskussion zu Thema A Mittagspause
3 Handlungsempfehlungen zu Thema A Kaffeepause
4 Vortrag und Diskussion zu Thema B, Handlungsempfehlung zu Thema B Tagesabschluss
Sonntag
5 Vortrag und Diskussion zu Thema C Kaffeepause
6 Vortrag und Diskussion zu Thema D Mittagspause
7 Handlungsempfehlungen zu den Themen C und D Kaffeepause
8 Zusammenfassung/Wahl von Mitgliedern für den Bürgerbeirat zum Masterplan Abschluss, Dank und Verabschiedung

Was noch wichtig ist

Wichtig ist, dass Sie an einem Wochenende an beiden Tagen die ganze Zeit dabei sein können! **Bitte teilen Sie uns bis zum 15. Dezember 2016 mit, ob Sie am Bürgergutachten mitarbeiten möchten** und welches Wochenende Sie einrichten können. Dafür ist der Einladung eine Rückmeldepokarte beigelegt. Sie können sich aber auch gerne per E-Mail unter masterplan@koris-hannover.de anmelden. Sie haben noch Fragen, bevor Sie sich entscheiden? Scheuen Sie sich nicht, uns anzurufen oder uns eine E-Mail zu schicken. Informationen zum Masterplan finden Sie unter: www.zgb.de/klimaschutz



Ansprechpartner für das Bürgergutachten



KoRiS – Kommunikative
Stadt- und Regionalentwicklung
Lena Wrede
Bödekerstraße 11
30161 Hannover
Tel.: 0511/590974-30
E-mail: masterplan@koris-hannover.de
www.koris-hannover.de



Zweckverband Großraum Braunschweig
Nadège Fiard
Frankfurter Straße
38122 Braunschweig
Tel.: 0531 – 24262-70
E-Mail: n.fiard@zgb.de
www.zgb.de/klimaschutz

Bürgergutachten Masterplan 100% Klimaschutz für den Großraum Braunschweig



Klimaschutz
Großraum Braunschweig

Gefördert durch:
Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Raumordnung



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Staatssekretär Gunther Adler (l.) und MdB Dr. Carola Rehmann (3.v.l.) übergeben die Urkunde für den Masterplan 100% Klimaschutz an ZGB-Verbandsdirektor Hennig Brandes (4.v.l.) und das Projektteam: Patrick Nestler, Janna Gehrike und Nadège Fiard. Foto: BMUB

Wer sind die Bürger-Gutachter?

Gutachter für das Bürgergutachten sind Bürgerinnen und Bürger, die in einer Stadt oder Gemeinde der Region Braunschweig wohnen. Sie werden per Zufallsverfahren aus dem Einwohnermelderegister ermittelt. So arbeiten ganz unterschiedliche Menschen mit: Junge und Alte, Berufstätige und Nicht-Berufstätige, Eltern und Jugendliche, Alleingesessene und Zugezogene. Für ihr Engagement erhalten die Mitwirkenden eine Aufwandsentschädigung von 100 Euro.

Wie läuft das Bürgergutachten ab?

In vier Bürgergruppen diskutieren jeweils rund 25 Bürgerinnen und Bürger Fragen rund um das Thema Klimaschutz. Jede Bürgergruppe findet an zwei Tagen an einem Wochenende statt. Fachleute vermitteln anschauliche Grundlageninformationen zu den Themen Energie und Klimaschutz. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutieren in kleinen Gruppen und entwickeln gemeinsam Handlungsvorschläge. Fragen sind zum Beispiel:

- Wie sieht eine klimafreundliche Mobilität in der Region aus?
- Welche erneuerbaren Energien nutzen wir im Jahr 2030?
- Wie können wir gut leben und dabei das Klima schonen?



Das Büro KoRiS – Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung begleitet die vier Bürgergruppen durch das zweitägige Programm und dokumentiert deren Empfehlungen.

Die Ergebnisse der vier Bürgergruppen führt KoRiS zum Bürgergutachten zusammen, das wiederum in den Masterplan einfließt. Jede Bürgergruppe wählt außerdem Vertreterinnen und Vertreter, die in einem Bürgerbeirat die Fertigstellung und Umsetzung des Masterplans begleiten. Sie können so verfolgen, wie die Ergebnisse der Bürgergruppen berücksichtigt werden.

Wer arbeitet noch am Masterplan mit?

In weiteren Veranstaltungen arbeiten Beteiligte aus Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie weitere im Klimaschutz aktive Akteure aus der Region am Masterplan mit, der im Sommer 2017 fertiggestellt wird. Das Projekt wird im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit gefördert. Der ZGB ist eine von 22 geförderten Städten und Regionen in Deutschland und erhält hierfür eine Million Euro Förderung.

Wann finden die Bürgergruppen statt?

Jede Bürgergruppe kommt an einem Wochenende für zwei Tage jeweils rund acht Stunden beim ZGB in Braunschweig zusammen:

Gruppe A	Gruppe B	Gruppe C	Gruppe D
Sa. 04.02. und So. 05.02.17	Sa. 04.02. und So. 05.02.17	Sa. 11.02. und So. 12.02.17	Sa. 11.02. und So. 12.02.17
Jeweils 9-17 Uhr	Jeweils 10-18 Uhr	Jeweils 9-17 Uhr	Jeweils 10-18 Uhr

Wie sieht das Programm aus?

Die Zusammenarbeit in den Bürgergruppen ist durch ein breites Themenspektrum, unterschiedliche Arbeitsweisen und wechselnde Zusammenstellungen der Diskussionsrunden sehr abwechslungsreich. In regelmäßigen Pausen können sich die Teilnehmenden entspannen und stärken. Für das leibliche Wohl ist natürlich gesorgt.

Warum ein Bürgergutachten?

Treibhausgase wie Kohlendioxid und Methan führen zur Erderwärmung, die weitreichende Folgen für Mensch und Natur hat. Klimaschutz ist deshalb weltweit eine der wichtigsten Herausforderungen. Klimaschutz geht jeden etwas an: von der Politik über Industrie bis zu Privatpersonen. Jeder sollte aktiv werden und einen Beitrag leisten.

Auch im Großraum Braunschweig setzen sich Menschen dafür ein, das Klima zu schützen. Konkret bedeutet das, weniger Energie zu verbrauchen und Strom und Wärme möglichst aus erneuerbaren Energien wie Sonne, Wind und Biomasse zu erzeugen.

Wie das geht, soll im "Masterplan 100% Klimaschutz" stehen, den der Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB) als wegweisendes Projekt erarbeitet. Das Bürgergutachten ist ein wichtiger Bestandteil des Masterplans. Es wird von zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet, die damit den Weg zu mehr Klimaschutz in der Region mitgestalten können. Dies ist besonders wichtig, denn:

- Bürgerinnen und Bürger bringen ihr persönliches Wissen und eigene Erfahrungen mit.
- Ihre Einschätzungen und Ideen zum Klimaschutz sorgen dafür, konkrete Handlungsmöglichkeiten für jeden zu entwickeln.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

- Abbildung 1.1: Begrüßung durch Manuela Hahn, 1. Verbandsrätin des Regionalverbandes Großraum Braunschweig und das Team vom Masterplanmanagement - 7*
- Abbildung 1.2: Kleingruppenarbeit - 9*
- Abbildung 1.3: Arbeit im Plenum - 9*
- Abbildung 1.4: Einzelarbeit - 9*
- Abbildung 1.5: Bewertung - 9*
- Abbildung 1.6: Unterstützung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die Moderation - 11*
- Abbildung 1.7: Bürgergruppe A - 12*
- Abbildung 1.8: Bürgergruppe B - 12*
- Abbildung 1.9: Bürgergruppe C - 12*
- Abbildung 1.10: Bürgergruppe D - 12*
- Abbildung 1.11: Vergleich der Altersverteilung der Bürgergruppen im Bürgergutachten Großraum Braunschweig mit der Altersverteilung im gesamten Großraum (LSN 2017) - 13*
- Abbildung 1.12: Höchste Bildungsabschlüsse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer - 13*
- Abbildung 1.13: Herkunft der Bürgergutachterinnen und –gutachter50 - 15*
- Abbildung 1.14: Bisheriges ehrenamtliches Engagement der Teilnehmerinnen und Teilnehmer - 16*
- Abbildung 1.15: Angaben der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur bisherigen Berücksichtigung des Klimaschutzes bei alltäglichen Entscheidungen - 16*
- Abbildung 1.16: Wo haben Sie sich bisher schon einmal Informationen zum Thema Energiesparen/ Klimaschutz beschafft? - 17*
- Abbildung 1.17: Woher würden Sie sich bevorzugt Informationen zum Thema Energiesparen/ Klimaschutz beschaffen? - 17*
- Abbildung 2.1: Wie häufig nutzen Sie die folgenden Verkehrsmittel? - 18*
- Abbildung 2.2: Kleingruppenarbeit und Bewertung zur klimafreundlichen Mobilität - 19*
- Abbildung 2.3: Handlungsempfehlungen für klimafreundliche Mobilität - 20*
- Abbildung 2.4: Wie beurteilen Sie das ÖPNV-Angebot für Fahrten an Werktagen von Ihrem Wohnort aus? - 21*
- Abbildung 2.5: Worauf achten Sie bei Ihrem persönlichen Mobilitätsverhalten? - 23*
- Abbildung 2.6: TOP 5 der Handlungsempfehlungen für eine klimaschonende Mobilität 2050 - 24*
- Abbildung 2.7: Impulsvortrag und Kleingruppenarbeit zu Energiesparen im Alltag - 25*
- Abbildung 2.8: Handlungsansätze zum Energiesparen in privaten Haushalten - 26*
- Abbildung 2.9: TOP 3 der Handlungsempfehlungen für „Energiesparen im Alltag“ mit der übergeordneten Handlungsempfehlung „Energiebewusst leben“ - 27*

- Abbildung 2.10: *Wer muss was tun, um einen klimafreundlichen Konsum voranzubringen?
Ergebnisse der Kleingruppenarbeit in der Übersicht - 29*
- Abbildung 2.11: *Fragebogen „Bereitschaft für Konsumwandel“ - 30*
- Abbildung 2.12: *TOP 3 der Handlungsempfehlungen für „Ernährung und Konsum“ mit der übergeordneten
Handlungsempfehlung „Klimabewusst konsumieren“ - 33*
- Abbildung 2.13: *Arbeitsblatt 1 zum Planspiel ‚Erneuerbare Energien‘: Energiemix und Legende - 34*
- Abbildung 2.14: *Arbeitsblatt 2 zum Planspiel ‚Erneuerbare Energien‘: Flächenbedarf - 34*
- Abbildung 2.15: *Bearbeitung des Planspiels ‚Erneuerbare Energien‘ - 35*
- Abbildung 2.16: *Ergebnisse des Planspiels ‚Erneuerbare Energien‘ im Überblick - 36*
- Abbildung 2.17: *Planspielergebnisse Photovoltaik auf Dachflächen - 37*
- Abbildung 2.18: *Planspielergebnisse Windenergie - 38*
- Abbildung 2.19: *Planspielergebnisse Solarthermie - 39*
- Abbildung 2.20: *Planspielergebnisse Biomasse aus Reststoffen und Holz - 40*
- Abbildung 2.21: *Planspielergebnisse Photovoltaik (Freifläche) - 41*
- Abbildung 2.22: *Planspielergebnisse: Biomasse - Nachwachsende Rohstoffe - 42*
- Abbildung 2.23: *Planspielergebnisse Wasserkraft - 43*
- Abbildung 2.24: *Impulsvortrag und Rollenspiel zur künftigen Zusammenarbeit für den Klimaschutz - 44*
- Abbildung 3.1: *Rückmeldungen zum Verfahren: Stimmungsbild und Fragebogen - 47*
- Abbildung 3.2: *Ausgewählte Einschätzungen aus dem Abschlussfragebogen zur Methode
Bürgergutachten im Originalwortlaut - 46*
- Abbildung 3.3: *Vorschläge für die Optimierung der Teilnehmerstruktur - 47*
- Abbildung 3.4: *Einschätzungen zu Programmelementen der Bürgergruppen - 48*
- Abbildung 3.5: *Einschätzungen zu den Impuls-Referaten - 48*
- Abbildung 3.7: *Einschätzungen zur Meinungsbildung in den Kleingruppen - 49*
- Abbildung 3.6: *Einschätzungen zur Kleingruppenarbeit (Originalwortlaut) - 49*
- Abbildung 3.8: *Form der weiteren Mitarbeit am „Masterplan 100 % Klimaschutz“ - 50*

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1.1: Übersicht der für die Stichprobenziehung ausgewählten Kommunen im Großraum Braunschweig - 8

Tabelle 1.2: Übersicht über das Arbeitsprogramm der Bürgergruppen - 10

Tabelle 1.3: Themen der Impulsvorträge und vortragende Experten - 11

Tabelle 1.4: Teams zur Moderation und Betreuung der Bürgergruppen - 11

Tabelle 1.5: Termine und Teilnehmerzahl der Bürgergruppen - 12

Tabelle 1.6: Berufe/Tätigkeiten der Bürgergutachterinnen und –gutacher - 14

Tabelle 1.7: Städte und Gemeinden, aus denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen - 15

Tabelle 2.1: Wer muss in welchen Bereichen aktiv werden, um Ernährung und Konsum in Zukunft klimafreundlicher zu gestalten? - 29

Tabelle 2.2: Erneuerbare Energien im Großraum Braunschweig: Ertrag 2010, Maximalpotenzial und Flächenbedarf für 500 Gwh/Jahr - 33

IMPRESSUM

Auftraggeber

Regionalverband Großraum Braunschweig

Frankfurter Straße 2
38122 Braunschweig

Tel.: 0531/24262-0 | Fax: 0531/24262-42
info@regionalverband-braunschweig.de
www.regionalverband-braunschweig.de



Auftragnehmer

KoRiS – Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung

Bödekerstraße 11
30161 Hannover

Tel.: 0511/590974-30 | Fax: 0511/590974-60
info@koris-hannover.de
www.koris-hannover.de



Gutachterinnen und Gutachter

Bürgerinnen und Bürger der Region Braunschweig
Ihnen gebührt für Ihre Teilnahmebereitschaft und das Engagement besonderer Dank!

Förderkennzeichen: 03KP0015

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative initiiert und fördert das Bundesumweltministerium seit 2008 zahlreiche Projekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Ihre Programme und Projekte decken ein breites Spektrum an Klimaschutzaktivitäten ab: Von der Entwicklung langfristiger Strategien bis hin zu konkreten Hilfestellungen und investiven Fördermaßnahmen. Diese Vielfalt ist Garant für gute Ideen. Die Nationale Klimaschutzinitiative trägt zu einer Verankerung des Klimaschutzes vor Ort bei. Von ihr profitieren Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie Unternehmen, Kommunen oder Bildungseinrichtungen.

August 2017 (aktualisiert 02/2020)

